

ZEITSCHRIFT FÜR

GEO POLITIK



2.340

X. JAHRGANG 1933

5.

H E F T / M A I

SEEMACHT...?

VOM NEUEN KOLONIALWILLEN

Colin Ross: Kolonien?

Siewert: Geographische Grundlagen unserer Seestellung

Semjonow: Nationalitätenproblem der UdSSR

v. Kohl: Geopolitik als Staatswissenschaft

Zeiss: Entwurzelung und Wurzellosigkeit

Postvertrieb ab Leipzig

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

verbunden mit der Zeitschrift

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

begründet von

Professor Dr. KARL HAUSHOFER und Professor Dr. ERICH OBST

Herausgegeben von

DR. KARL HAUSHOFER

Generalmajor a. D., Honorarprofessor an der Universität,
München O 27, Kolberger Straße 18, Fernsprecher 480444

Unter ständiger Mitarbeit von Geheimrat Prof. Dr. K. Wiedenfeld, Leipzig, Privatdozent Dr. H. Lautensach, Gießen,
Dr. G. Herrmann, Leipzig, und Dr. Albrecht Haushofer, Berlin

SCHRIFTLEITUNG:

Kurt Vowinkel, Berlin-Grünwald, Hohenzollerndamm 83
Fernsprecher: H 1, Pfalzburg 2234

Manuskript- und Buchzusendungen werden an die Schriftleitung erbeten.

X. J A H R G A N G / H E F T 5 / M A I 1933

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

<i>Colin Ross: Kolonien?</i>	257
<i>Wulf Siewert: Die geographischen Grundlagen der deutschen Seestellung</i>	270
<i>Jurij Semjonow: Das Nationalitätenproblem in der Sowjetunion</i>	280

BERICHTE

<i>Albrecht Haushofer: Berichterstattung aus der atlantischen Welt</i>	289
<i>Karl Haushofer: Bericht über den indopazifischen Raum</i>	295

GRUNDFRAGEN

<i>Denkschrift der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik</i>	301
<i>Louis von Kohl: Biopolitik und Geopolitik als Grundlagen einer Naturwissenschaft vom Staate</i>	304
<i>Heinz Zeiss: Entwurzelung und Wurzellosigkeit</i>	310

LITERATURBERICHT

<i>Hans Hummel: Büchertafel</i>	320
---	-----

Prels: Vierteljahr M. 5.50 / Einzelnen M. 2.— / Jahrgang mit Register M. 22.—

Österreich: Vierteljahr ö. Sch. 10.—, Ausland (portofrei): Jährlich RM 23.—
Gebunden (2 Bände) RM 28.— / Register für den Jahrgang RM 0.90 / Inhalts-
verzeichnis kostenlos / Einbanddecke für den Halbjahresband RM 2.—
Postcheckkonten: Kurt Vowinkel Verlag G.m.b.H. / BERLIN 18769 / WIEN 55918 / PRAG: Kreditanstalt der Deutschen, 62730

A N S C H R I F T E N D E R M I T A R B E I T E R

Dr. Albrecht Haushofer, Generalsekretär der Gesellschaft für Erdkunde, Berlin SW 48, Wilhelmstr. 23 —
Dr. Karl Haushofer, Gen.-Major a. D., Honorarprofessor a. d. Universität, München O 27, Kolberger Str. 18 —
Hans Hummel, Berlin W 15, Lietzenburgerstr. 38 — Dr. Louis von Kohl, Pichelswerder (Spandau), Haus
Wilhelmshöhe — Dr. Colin Ross, auf Reisen, Anschrift durch Verlag — Dr. Jurij Semjonow, Berlin W 30,
Geisbergstr. 34 — Wulf Siewert, Berlin-Schöneberg, Hewaldstr. 10 — Dr. Heinz Zeiss, Professor, Berlin-
Wilmsdorf, Kaiserplatz 7 II

**KURT VOWINCKEL VERLAG / GMBH / BERLIN-GRÜNEWALD
HOHENZOLLERN DAMM 83**

COLIN ROSS:**Kolonien?****Erinnerung an eine Südseefahrt**

Wir fahren durch die Basilanstraße. Zur Linken liegt das kleine Basilaneiland, die nördlichste der Suluinseln, zur rechten Mindanao, die südlichste der Philippinen. Die beiden großen Inseln Mindanao im Süden und Luzon im Norden schließen mit ihren langen, schmalen, wie schützende Arme ausgebreiteten Halbinseln die siebentausend Inseln ein, jene Inselgruppe, die restlos zu unterwerfen sich die Spanier von 1570 bis 1898 vergeblich bemühten. Ihre Nachfolger, die Amerikaner, zeigen geringere Zähigkeit und Ausdauer. Senat wie Repräsentantenhaus der USA. haben die baldige definitive Aufgabe eines Besitzes beschlossen, der sich als allzu schwer verdaulich erwiesen.

Dreihundert Jahre spanischer Herrschaft gegen ein halbes Hundert amerikanischer! Heißt das Kolonialunfähigkeit oder Kolonialmüdigkeit unserer Zeit? Leicht gemacht haben die Philippinos weder den Spaniern noch den Amerikanern die Herrschaft. Sie rühmen sich, gegen erstere an die hundert Revolutionen angezettelt zu haben. Und gegen letztere haben sie zuerst jahrelang erbittert mit den Waffen gekämpft, und als dies infolge der militärischen Überlegenheit der Amerikaner nicht mehr ging, ebenso erbittert mit Resolutionen, Protesten, Propaganda, Bearbeitung von Presse und öffentlicher Meinung in Amerika wie in der Welt, kurz mit all den Mitteln, mit denen man heute Revolution macht.

Die Spanier haben nicht nachgegeben, in all den Jahrhunderten nicht. Und sie hätten die Philippinen auch nicht aufgegeben, wären die Vereinigten Staaten den Aufständischen nicht zu Hilfe gekommen und hätten nicht diese ihnen im Spanisch-Amerikanischen Kriege die Inseln entrissen. Heißt das, daß die Amerikaner schwächer sind als die Spanier? Kaum. Es bedeutet lediglich, daß die Kolonialideologie sich gewandelt hat. Die Antwort auf die Frage: Kolonien oder nicht, ist eben keineswegs für alle Epochen und Völker gleich. Sie hängt ab von Weltanschauung und Zeitströmung. Den politischen Vorteil oder Nachteil von kolonialem Besitz bestimmt nicht nur die jeweilige Machtgruppierung und Weltkonstellation, sondern ebenso die jeweils herrschende Welthypothese. Und ihr wirtschaftlicher Nutzen ist kein absoluter, sondern abhängig von Wirtschaftsform und Technik einer jeden Zeit.

Wir passieren Zamboanga, den Hauptort Mindanaos. Von dem typisch altspanischen Charakter, den das Zentrum Manila, die Hauptstadt Luzons wie der ganzen Philippinen heute noch trotz Nationalisierung und Amerikanisierung bewahrt, ist in Zamboanga nichts zu bemerken. Es ist eine typische, national farblose Tropenstadt: ein Holzkai, eine Anzahl Schuppen, eine lange Reihe von Bungalows.

Hinter diesen dehnen sich endlose Plantagen. Und diese begleiten unseren Dampfer, als wir jetzt die Halbinsel umrunden, an deren Spitze Zamboanga liegt, und längs der Küste von Mindanao nach Norden dampfen.

Diese Plantagen — es handelt sich vor allem um Zucker — machten einst die Philippinen wertvoll und begehrenswert. Und gerade sie sind es, die sie heute wertlos machen oder vielmehr ihre Abstoßung wünschenswert.

„Absurd!“ sagt der Erste Offizier, der neben uns an der Reling lehnt, „wenn ich denke, was einmal für ein Geriß um die Aktien der großen Zuckergesellschaften war, und heute will sie kein Mensch haben! Das sieht übrigens den Amerikanern ähnlich, daß sie die Philippinen aufgeben, sobald sie kein Geschäft mehr sind. Nach außen wird es freilich heißen, daß es aus ethischen Gründen geschieht, als leuchtendes Beispiel für die Welt, wie die Staaten die Interessen der kleinen Völker schützen und den Tagalen die volle Unabhängigkeit geben, nachdem Amerika sie selbstlos im Dienst der Zivilisation dazu erzogen und befähigt hat.“

„Die Zuckerinteressenten und die Pflanzer in den Südstaaten haben dem Kongreß lange genug zugesetzt“, antwortete ich. „Es war ja auch nicht sehr angenehm für sie, daß der billige Zucker von den Philippinen zollfrei herein durfte...“

Ja, es ist ganz gut und schön mit der Ergänzung der heimatlichen Wirtschaft durch die Kolonien. Die Produktionstechnik hat sich nun derart entwickelt, daß aus der Ergänzung Konkurrenz wird. Und so sind heute die berühmten drei Gründe, die man für den Wert von Kolonien anführt, durchaus nicht absolut und keineswegs unter allen Umständen stichhaltig: Kolonien sollen dem Heimatland billige Rohstoffe liefern, sie sollen einen Markt für seine Industrie bilden, und sie sollen seine überschüssige Bevölkerung aufnehmen.

Von diesen drei Gründen gilt im Falle Amerika—Philippinen höchstens der zweite. Der amerikanische Absatz hat sich durch die Okkupation tatsächlich wesentlich gehoben. Billige Rohstoffe liefert die Kolonie auch, nur eben — zu billig, so billig, daß sie dem einheimischen Produzenten Konkurrenz macht. Und was den dritten Punkt anbetrifft, so verkehrt sich der Vorteil völlig in Nachteil. Statt die überschüssige Bevölkerung der USA. aufzunehmen, müssen diese dem Bevölkerungsüberschuß der Philippinen Einlaß gewähren. Amerika, das sich sonst allen Asiaten streng verschließt, hat durch sein asiatisches Territorium selber eine Lücke in seinen Abwehrwall gebrochen; denn es ist nicht angängig, Menschen, die unter dem Sternenbanner leben, den Eintritt in das Herzland dieses Banners zu verwehren. Und so wandert denn Jahr für Jahr eine erkleckliche Anzahl von Tagalen nach Kalifornien ein, so erklecklich jedenfalls, daß die Arbeiterorganisationen ihren Einfluß im Verein mit dem der Zuckerproduzenten in Washington geltend machten, um durch die Unabhängigkeitserklärung diesen unbequemen Konkurrenten loszuwerden.

Der Einwand liegt nahe, daß die Philippinen ein besonderer Fall sind. Allein nichts anderes sollte bewiesen werden. Jede Kolonie ist ein besonderer Fall. Und in jedem einzelnen Fall muß nachgewiesen werden, ob ihr Besitz wünschenswert ist, ob seine Vorteile die Nachteile übersteigen. Eine Entscheidung hierüber läßt sich einigermaßen zufriedenstellend natürlich nur in bezug auf die materiellen Werte einer Kolonie fällen, und nicht einmal für diese immer ohne weiteres und mit Sicherheit. Die Agrarrevolution, die Rationalisierung, die chemische Industrie mit ihren hochwertigen Ersatzstoffen tropischer Produkte und überhaupt die ganze Weltwirtschaftskrise haben auch in den wirtschaftlichen Werten der Kolonien solche Umwälzungen zur Folge gehabt, daß Gebiete, die einst wahre Goldgruben für ihre Besitzer bedeuteten, sich in schwer leidende Zuschußgebiete verwandelten.

Nun darf man allerdings zweierlei nicht vergessen: Erstens bedeutet die gleiche wirtschaftliche Situation bei verschiedenen Völkern noch nicht das gleiche, sondern es kommt auf die seelische Einstellung an. Und zweitens ist die ganze koloniale Frage im Grunde und vor allem ein irrationales Problem. Selbstverständlich zogen im Gefolge der großen Entdecker und Eroberer auch Goldhunger und Erwerbsgier; sie waren zum Teil mitbestimmende Faktoren. Aber den entscheidenden Impuls gab doch stets ein innerer Drang, mochte er sich nun als Ruhmsucht, Glaubenseifer oder reine Abenteuerlust geben.

Eine rein materiell empfindende Zeit vermag natürlich auch in der Kolonialfrage nur materiell zu werten. Und es ist bezeichnend für die jetzt ablaufende Epoche des reinen Materialismus, daß Kolonialfreunde, ja selbst Kolonialfanatiker aus reinem Idealismus, die ein innerer Trieb für Kolonialerwerb und Kolonialbesitz entflammte, ihre Stellungnahme nur mit materiellen Gründen zu verfechten pflegen, eben mit den bewußten drei Gründen der Rohstoffversorgung, des Absatzmarktes und der Aufnahme überschüssiger Bevölkerung, obgleich jeder Tertianer nachweisen kann, daß diese drei Gründe heute nicht stichhaltig sind. Aber ebenso bezeichnend ist, daß solche Kolonialfreunde und -fanatiker in ihrem Glauben auch nicht durch die triftigsten Gegenargumente wankend gemacht werden können. Sie bleiben beispielsweise unerschüttert davon überzeugt, daß die ganze Not der Arbeitslosigkeit in dem Augenblick behoben würde, in dem Deutschland wieder Kolonien bekäme. Es macht sie weder der Beweis wankend, daß sämtliche deutsche Kolonien auch im günstigsten Falle nur einen verschwindenden Bruchteil der Arbeitslosen aufnehmen könnten, der volkswirtschaftlich überhaupt keine Rolle spielt, noch der Hinweis auf England. England verfügt wirklich noch über Siedlungsland in Übersee. Das britische Weltreich besitzt noch jene weiten, leeren Strecken fruchtbaren Landes, nach denen wir uns vergeblich sehnen. Und trotzdem, trotz aller Vereinbarungen zwischen Mutterland und Dominien, trotz aller Freipassagen, Siedlerunterstützungen und großangelegter Kolonisationspläne war es nicht möglich, die Arbeitslosen in England auf die Freiräume in Übersee zu verpflanzen.

Diese eine Erfahrung lehrt, wie schwierig das Kolonisations- und Siedlungsproblem unserer Tage ist. Sie zeigt, daß das Primäre der Wille zur Kolonisation sein muß, der alte Pioniergeist, der im heutigen Großbritannien völlig erloschen scheint. Ohne Zweifel wäre der Effekt in Deutschland oder Italien ein anderer, verfügten diese beiden Länder über Englands Freiraum in Übersee. Aber auch eine deutsche wie italienische koloniale Siedlungspolitik könnte und dürfte nicht übersehen, wie sich die wirtschaftlichen Voraussetzungen jeder erfolgreichen Kolonisation von Grund aus geändert haben. In der Pionierzeit genügte tatsächlich der Wille, verbunden mit einem Minimum von Gerät, um Wildnis in Kulturland zu verwandeln. Die Pilgerväter in Neu-England, die Deutschen im chilenischen wie im brasilianischen Urwald, die Buren in Südafrika, die schottischen Presbyterianer in Neuseeland, sie alle brauchten nicht mehr als Axt und Pflug. In der Zeit des Mähdreschers aber kann erfolgreiche Siedlung auch in Übersee, oder vielmehr gerade in Übersee, nur mit zeitgemäßem technischem Apparat und entsprechender Wirtschaftsorganisation, die den Absatz garantiert, getrieben werden. Das kann sich freilich mit dem Abbau der weltwirtschaftlichen Verflechtung und dem Aufbau neuer autarker Bindungen zwischen Kolonie und Mutterland wieder ändern. Aber es zeigt, wie abhängig heute jede koloniale Tätigkeit von der politischen und wirtschaftlichen Gesamtkonstellation der Welt ist.

So wenig das Kolonialproblem ein rein materielles ist, so wenig die Frage, ob Kolonien oder nicht, sich lediglich auf Grund des augenblicklichen wirtschaftlichen Vorteils oder Nachteils entscheiden läßt, so wenig dürfen diese Fragen bei Kolonialerwerb und kolonialer Betätigung völlig außer acht gelassen werden.

Dabei muß man sich klar sein, daß der wirtschaftliche wie der politische Wert einer Kolonie kein absoluter ist, sondern sich ständig wandelt. Ja, diese Wandlungen in der Bewertung sind teilweise geradezu grotesk. Denkt man beispielsweise daran, daß bei dem Friedensschluß von 1763, der die große welt- und kolonialpolitische Auseinandersetzung zwischen England und Frankreich beendete, in London eine lebhafte Debatte darüber entstand, ob man den Franzosen ihre amerikanischen oder ihre westindischen Besitzungen nehmen solle. Die Frage hieß Kanada oder Guadeloupe? Die eine kleine Zuckerinsel Guadeloupe wog in den Augen maßgebender Briten so viel wie der ganze französische Besitz in Kanada mit dem weiten Hinterland, das sich den ganzen Mississippistrom hinabstreckte und das riesige Louisiana umfaßte. Es hätte nicht viel gefehlt, und England hätte sich für Guadeloupe entschieden, da ein Teil von Regierung und Parlament der Ansicht waren, daß der Pelzhandel am Sankt Lorenz nie so viel einbringen könne wie die wirtschaftlich damals so wertvolle Insel mit ihren Zuckerrohrplantagen, mit denen nicht belastet zu sein, heute jede Kolonialmacht froh ist.

Denkt man noch daran, daß nach Abschluß der napoleonischen Kriege Groß-

britannien von den den Holländern abgenommenen Kolonien das Kapland behielt und die gesamten Sundainseln zurückgab, eine Wahl, die heute völlig unverstündlich erscheint?

Aber es wechselt im Lauf der Jahrzehnte und Jahrhunderte ja nicht nur der Wert einzelner Kolonien, sondern auch die Bedeutung, die man kolonialer Tätigkeit überhaupt beilegt. Das gleiche England, das während des 19. Jahrhunderts in der Sicherung Indiens und der Seewege dorthin den Angelpunkt seiner Politik sah, hat noch 1784 einen Parlamentsbeschluß gefaßt, in dem es heißt: „Pläne der Eroberung und Herrschaftserweiterung in Indien sind Maßnahmen, die den Wünschen, der Ehre und der Politik dieser Nation widerstreben.“

Solche wechselnde, von Extrem zu Extrem schwankende Beurteilung des Wertes von Kolonien und Kolonialpolitik finden wir nicht nur bei den Briten. Auch wir sind nicht frei davon. Auch wir haben im Verlauf unserer Geschichte Kolonien ausgeschlagen, wo wir sie hätten haben können, und danach gestrebt, wo ihr Besitz für uns mit Schwierigkeiten und Gefahren verbunden war. Daß „kolonialfreundlich“ nicht ohne weiteres mit „national“ gleichgesetzt werden kann, beweist Fichte, der in seinen „Reden an die deutsche Nation“ flammenden Patriotismus predigte und der gleichzeitig von dem „unnatürlichen Kolonialsystem“ sprach. Das heißt: heute würde ein Fichte wahrscheinlich für Kolonialerwerb sein, während er gestern vielleicht noch dagegen gewesen wäre. Der Wechsel in der weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Konstellation, ja in der ganzen Mentalität und seelischen Einstellung zu den Grundproblemen des Seins vollzieht sich in unserer Epoche so rasch, daß heute entschieden für Kolonien sein kann, wer gestern noch ebenso entschieden dagegen war.

Freilich, nichts wäre bedenklicher, nichts gefährlicher für ein sich langsam konsolidierendes, langsam wieder erstarkendes Deutschland, als sich Hals über Kopf und unüberlegt in koloniale Abenteuer hineinzustürzen.

Diese Gefahr besteht. Der Augenblick, in dem Deutschland vor der Möglichkeit steht, wieder aktiv in die Front der Kolonialmächte einzutreten, ist wahrscheinlich näher, als die meisten ahnen. Vielleicht darf ich daran erinnern, daß ich bereits vor vielen Jahren schrieb, daß meiner Ansicht nach weite und maßgebende Kreise in England eine neue koloniale Tätigkeit Deutschlands nur begrüßen würden. Diese Bereitwilligkeit ist von Jahr zu Jahr gewachsen, und wenn es nur nach England ging, hätten wir morgen bereits wieder Kolonien. In Frankreich ist man allerdings auch in dieser Hinsicht von dem nötigen Verständnis noch weit entfernt. Als ich vor einem Jahr in Paris mit dem Kolonialminister über die Möglichkeiten deutscher kolonialer Tätigkeit sprach, war er dafür, den Deutschen alle Chancen zu geben, allein er meinte doch nur wirtschaftliche und war peinlich berührt, als ich die Frage neuen deutschen Kolonialbesitzes anschnitt.

Aber auch in Frankreich kann sich die Situation ändern, ja, es kann einem französischen Staatsmann einmal ebenso wünschenswert erscheinen, der wiedererstarkten Energie des ehemaligen Gegners in Übersee ein Feld zu öffnen, wie Bismarck nach dem Frankfurter Frieden Frankreichs koloniale Expansion auf jed Weise förderte.

Wie es auch kommen mag. Es kann die Situation entstehen, und zwar überraschend schnell, daß das ganze Weltkolonialproblem neu aufgerollt wird und Deutschland dann wissen muß, welchen Standpunkt es einzunehmen hat.

Ein Standpunkt sollte dabei von vornherein ausgeschlossen sein, das ist der: Kolonien um jeden Preis. Es kann eine Zeit kommen, wo Mut dazu gehört, dies zu sagen, ja, sie ist vielleicht schon da. Aber kein persönliches Bedenken sollte den, der etwas von Weltpolitik und Kolonien versteht, davon abhalten, seinen Standpunkt zu vertreten, daß Kolonien für ein Land nicht in jedem Fall einen Gewinn zu bedeuten brauchen. Es gibt ohnehin nicht allzu viele Menschen in Deutschland, die unsere ehemaligen Kolonien wie das sonst in Frage kommende Kolonialgebiet aus eigenem Augenschein kennen und ihre Möglichkeiten ebenso zu beurteilen wissen wie die Gefahren, die ihr Besitz im Gefolge haben könnten. Und noch kleiner ist die Zahl jener, die dabei restlos von persönlichem Interesse und Eitelkeit frei sind, die auch nicht im Unterbewußtsein der Wunsch mitbestimmt, wieder einen Posten in der Kolonialverwaltung einzunehmen, seine Pflanzung zurückzubekommen oder überhaupt nur wieder hinaus zu können und in der kolonialen Bewegung eine Rolle zu spielen.

Ehe über den Wert beziehungsweise Unwert einzelner Kolonien gesprochen werden kann, muß man sich klar sein: bestehen überhaupt noch koloniale Möglichkeiten, oder ist die Epoche der Kolonialpolitik vorbei. Diese Frage kann nicht vom einzelnen und nicht vom einzelnen Volk beantwortet werden, sondern nur aus der Gesamtsituation der Welt heraus und den sie bewegenden Ideen und geistigen Kräften. Dazu muß gesagt werden: Koloniale Expansion hat es immer gegeben, von den frühesten Zeiten an, ebenso aber den immer wieder auftauchenden Gedanken, daß die Zeit der Kolonisation jetzt beendet sei. Die Idee, daß es mit der Herrschaft des Weißen Mannes zu Ende geht, datiert nicht erst seit dem „Untergang des Abendlandes“. Seitdem weiße Menschen über die Meere fahren und sich Farbige unterwerfen, hat sie immer wieder das Gefühl von Müdigkeit und Schwäche gepackt, daß es jetzt zu Ende sei. In der englischen wie der französischen Geschichte wechseln solche Perioden von Kolonialfreudigkeit und Kolonialmüdigkeit mit bemerkenswerter Regelmäßigkeit.

Die Epochen kolonialer Müdigkeit sind in der Regel solche universalistischer, humanitärer Ideen. Das war im Mittelalter der Fall wie nach der französischen Revolution. Verstärkt wurden sie durch Perioden europäischer Kriege mit anschließender Erschöpfung. „Die Kolonialbande sind zerbrochen, die Menschheit

steht am Sterbebette der Kolonialpolitik.“ Diese Formulierung war nach dem Pariser Frieden in Europa allgemein. Die Tatsache, daß danach eine solche Reaktion möglich war und die Inbesitznahme der Erde durch die weiße Rasse in ganz großem Maßstabe überhaupt erst einsetzte, sollte uns warnen, die gegenwärtige Kolonialmüdigkeit zu überschätzen.

Die humanitären und liberalen Ideen, die sich im Verlauf des neunzehnten Jahrhunderts immer stärker auswirkten und die ihre krasseste Formulierung in dem Völkerbundsstatut für die Kolonialverwaltung fanden, machten schließlich jegliche Kolonisation zu einer *Contradictio in adjecto*, zu einem vollkommenen Widersinn. Wenn man nicht nur als letztes, sondern überhaupt als einziges Ziel aller kolonialen Tätigkeit lediglich die Wohlfahrt der beherrschten Eingeborenen ansieht, so bleibt eigentlich keine andere Kolonialpolitik möglich als die Sir Murrays in Papua. Allein Papua ist der einzige Fall, den ich kenne, wo eine Kolonie tatsächlich ausschließlich um der Eingeborenen willen verwaltet wird. Und auch in Papua ist diese Politik *cum grano salis* zu verstehen. Wollte Sir Murray diese Politik wirklich restlos durchführen, so dürfte er gar keine Pflanzler ins Land hereinlassen und vor allem keine Goldsucher.

Und wenn man ganz ehrlich ist und die letzte Konsequenz zieht, so muß man zugeben, daß all die schönen Reden von „the white man's burden“ und von dem „sacred trust“ und der schweren verantwortungsvollen Aufgabe der Weißen, die Farbigen zur Höhe der Zivilisation zu erziehen, bestenfalls eben nur schöne Worte sind. Wollte man wirklich nur das Glück und Wohl der Eingeborenen, so ginge man besser heute als morgen aus allen Kolonien wieder heraus. Dabei sei ohne weiteres zugegeben, daß die Eingeborenen in allen Gebieten durch die Europäer besser, hygienischer und gesünder leben als vorher, daß ihre persönliche Sicherheit größer, der Lebensstandard höher ist als vorher. Ob sie glücklicher sind, ist jedoch schon die Frage. Das Aussterben ganzer Völker durch die Zivilisation ohne sichtbare Ursache spricht nicht dafür. In jedem Fall aber wollen sie die Wohlfahrt nicht, die ihnen die Europäer bringen; ja, sie wollen sich lieber gegenseitig totschiessen dürfen, als von den Europäern beschützen lassen. Der Mensch ist nun einmal ein merkwürdiges Wesen, und der Wunsch nach nationaler Freiheit und Selbständigkeit ist bei den Farbigen nicht geringer als bei den Weißen.

Das markanteste Beispiel in dieser Hinsicht sind die Philippinen, deren bewaldete Bergkuppen langsam am Horizont versinken, wie die „Bremerhaven“ weiter nach Norden dampft. Die Philippinos haben von der Unabhängigkeitserklärung keinen, auch nicht den allerkleinsten Vorteil zu erwarten; im Gegenteil eine Fülle schwerster Nachteile und Gefahren. Der augenblickliche Zustand ist *de facto* bereits fast die vollkommene Unabhängigkeit. Die Amerikaner ernennen eigentlich nur noch den Gouverneur, und der hat nichts zu sagen. Dagegen genießen die

Philippiner den Schutz der amerikanischen Macht. Sie sparen sich die Ausgabe für Heer und Flotte. Sie haben den enormen Vorteil der Zollunion mit den Vereinigten Staaten und der freien Einreise dorthin. Der allgemeine Lebensstandard ist so hoch, wie er ohne die Amerikaner nie sein könnte. Und trotzdem! Trotzdem haben die Philippinos seit Jahr und Tag nur den einen Wunsch nach vollkommener Unabhängigkeit, und sie kämpfen mit beispielloser Zähigkeit dafür. Das gleiche gilt von den Ägyptern und den Indern, und im Grunde auch von den Negern und Südseeinsulanern. Wenn also wirklich die Wohlfahrt der „Beschützten“ das oberste Leitmotiv der Kolonialmächte ist, bitte — —! Der Weg ist klar vorgezeichnet.

An dieser inneren Unwahrhaftigkeit und der auf ihr basierenden Unsicherheit muß die Kolonialpolitik der europäischen Mächte, so wie sie sich nach dem Weltkrieg entwickelte, zugrunde gehen. Es ist ein Widersinn, Völker, die man beherrschen will, zur Höhe europäischer Zivilisation heranzubilden und ihnen dann den vollen Genuß dieser Zivilisation zu versagen. Es war eine Wahnidee, wenn England in Indien unter Aufwand größter Mittel ein Schul- und Hochschulsystem schuf; ein gewaltiges akademisches Proletariat wurde herangebildet, das dann keine oder wenigstens keine genügende Verwendung für seine Kenntnisse und Fähigkeiten vorfand. Das gleiche gilt von der weitgehenden hygienischen Fürsorge, der Steigerung der Geburtenziffer, alles Maßnahmen, die sehr schön, sehr gut und sehr edel sind, über deren Konsequenzen man sich jedoch in keiner Weise im klaren war.

Diese Unklarheit, diese Verschwommenheit humanitärer Ideen und dabei der Wunsch, die Vorteile der Kolonien zu behalten ohne die nötigen Opfer zu bringen, sind der letzte Grund für die „rising tide of colour“. Wenn England Indien verliert, so verliert es diesen, seinen reichsten Besitz nicht in Indien, sondern in England. Im Herzen der Briten ging Indien zuerst verloren.

Wir haben die Engländer lange für politische Heuchler gehalten, halten sie vielfach heute noch dafür. Aber wenn der Brite heuchelte, tat er es mit der Naivität des guten Gewissens. Das heißt, im Grunde heuchelte er gar nicht, sondern er war davon überzeugt, daß das, was ihm nützte, auch das Gute und Rechte für die ganze Welt wäre. Von dem Augenblick an, wo England diese Naivität verlor, datiert sein Abstieg. Heute gibt es vielleicht auf der ganzen Welt keine so fanatischen indischen Freiheitsfreunde wie in England selbst. Als Gandhi nach London kam, wurde er in diesen Kreisen wie ein Gott und Heiland gefeiert.

Ich sprach damals mit manchen dieser Gandhifanatiker. Ich glaubte, daß sie sich der Konsequenzen ihrer Haltung nicht bewußt seien. Aber das Gegenteil war der Fall. Sie waren sich ganz klar, daß Großbritannien durch den Verlust Indiens und seiner Kolonien zu einem kleinen, unbedeutenden Staat zusammenschrumpfen würde, daß es infolge der Aufgabe eigener Landwirtschaft in schwerste wirtschaft-

liche Krisen stürzen müsse, sobald es seine Stellung als Exportmacht verliert. Und trotzdem waren sie für die Freigabe Indiens und der Kolonien, weil sie es für das Richtige hielten.

Man muß die menschliche Größe dieses Standpunktes würdigen. Und man muß erkennen, daß sich hier ein neuer, ganz weit gefaßter Humanismus bildet, der wirklich die ganze Welt zu umschließen sucht, wie ja auch der entschiedenste Nationalismus unserer Zeit selbst die Wurzel zu einem neuen Internationalismus legt. Das sind geschichtsphilosophische Erfahrungen, die weit über den Wünschen und Wollen der Einzelnen, ja der Völker stehen.

So wichtig aber nun auch diese Pioniere einer neuen Humanität für eine ferne Zukunft sind, so wenig können ihre Ideen zum Leitsatz praktischer Gegenwarts politik gemacht werden. Völker, die in der kommenden Zeit nicht Amboß sein wollen, haben sich auf harte Notwendigkeiten einzustellen. Das gilt natürlich auch von der prinzipiellen Einstellung zur Kolonialpolitik und sogar in erster Linie von ihr. Natürlich ist es abwegig, heute schon von der Möglichkeit zu reden, daß ein weißes Land einmal Kolonie eines farbigen werden könnte. Aber prinzipiell besteht diese Möglichkeit. Und sie ist jedenfalls größer als der schöne Wahn, in dem viele Europäer leben, daß der Weltfriede gesichert wäre, wenn die europäischen Mächte nur von dem Imperialismus ließen. Der japanische Imperialismus sollte doch zu denken geben. Dem japanischen Imperialismus aber kann eines schönen Tages ein chinesischer wie ein indischer nachfolgen, trotz allen Beteuerns prinzipiell pazifistischer Einstellung, das heute aus China wie aus Indien kommt.

Nur in diesem weitgesteckten weltpolitischen Rahmen läßt sich die Frage etwaiger neuer deutschen Kolonialpolitik erörtern. Und da ergeben sich eigentlich nur zwei Möglichkeiten: entweder Deutschland erhält und ergreift die Möglichkeit zur Gründung eines neuen großen Kolonialreiches, oder es bleibt besser auch weiterhin ohne Kolonien. Selbstverständlich wird keinem Land, am allerwenigsten Deutschland, ein großes Kolonialreich auf dem Präsentierteller angeboten, und es ist nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich, daß wir ganz klein wieder anfangen müssen. Aber in der Idee muß uns das neue große Kolonialreich von Anfang an vorschweben, und die Kolonien, mit denen wir anfangen, müssen ausbau- und erweiterungsfähig sein. Sie dürfen weder in Sackgassen münden noch auf weltpolitisches Glatteis beziehungsweise in unnütze Gefahrenzonen.

Dafür, daß es möglich ist, kolonialpolitisch ganz neu wieder anzufangen, dafür ist unser westlicher Nachbar ein gutes Beispiel. Frankreich verfügte im 17. und 18. Jahrhundert über ein großes Kolonialreich in Amerika wie in Ostasien. Mit dem Frieden von 1763 verlor es alles bis auf ein paar kleine Inseln und hat sich doch wieder zur zweiten Kolonialmacht der Welt emporgeschwungen. Dabei dür-

fen wir nicht vergessen, daß dieses zweite französische Imperium allerjüngsten Datums ist. Eigentlich hat Frankreich kolonialpolitisch erst gleichzeitig mit Deutschland neu wieder angefangen. Vor 1884, dem Beginn von Deutschlands überseeischer Besitzergreifung, besaß Frankreich nur Algier, von den kümmerlichen Resten seiner einstigen kolonialen Herrlichkeit abgesehen. Die Entwicklung von Frankreichs und Deutschlands Kolonien ist ein Beispiel, wie man es machen und wie man es nicht machen soll. Auf der einen Seite der systematische Aufbau eines in sich geschlossenen verteidigungsfähigen Imperiums, auf der anderen wahllose Besitzergreifung in allen Weltteilen ohne Rücksicht auf Verteidigungsfähigkeit und Komplikationsmöglichkeiten.

Die möglichen weltpolitischen Komplikationen müssen der erste Punkt sein, den man bei neuem Kolonienwerb bedenkt. Es ist uns heute eine Selbstverständlichkeit, daß Amerika als Boden europäischer kolonialer Betätigung ausscheidet. Aber dieser Standpunkt ist noch recht jungen Datums. Jahrhunderte hindurch war Amerika der koloniale Kontinent. Noch unmittelbar vor Ausbruch der französischen Revolution hatte der Staatswissenschaftler Mably erklärt, daß Amerika den wahren Reichtum der Europäer bilde. Heute erscheint solcher Ausspruch grotesk. Aber vielleicht wird eine nicht allzuferne Zukunft die Idee nicht weniger grotesk finden, daß Europa nach dem Weltkrieg glaubte, in Asien noch kolonisieren zu können.

Wir müssen das als Faktum nehmen; wie durch die Napoleonischen Kriege Amerika seine Selbständigkeit gewann, so Asien durch den Weltkrieg. Vor dem großen Krieg war Asien praktisch aufgeteilt zwischen den großen Mächten. Die Verteilung von Ostasien und der Türkei erschien nur noch eine Frage der Zeit und des Verteilungsschlüssels. Heute ist Asien praktisch unabhängig, nachdem Rußland asiatisch wurde und die Unabhängigkeit Indiens unvermeidlich erscheint. Was an Kolonien bleibt, ist eigentlich nur Hinterindien und Insulinde. Und hier sind die Schwierigkeiten groß genug. So bedarf es kaum der Erwähnung, daß Asien als eventuelles Kolonialgebiet für Deutschland ausscheidet.

Aber auch die Südsee scheidet aus. Und das mag manchem bitter und unnötig dünken, der ihre schönen Inseln kennt oder seine Träume und Wünsche an sie gehängt hat. Allein die Weisheit erfolgreicher Expansion besteht nicht nur darin, die richtigen Gebiete im richtigen Augenblick zu besetzen, sondern auch darin, auf die unrichtigen zu verzichten. Wir können da von den Amerikanern lernen, die die Philippinen preisgeben. Die Vereinigten Staaten haben diese Inseln besetzt im Lauf ihres Dranges nach Westen, der am Pazifik nicht halt machte. Die Etappen dieses Vordringens bis an den Rand des asiatischen Kontinents waren Hawai und Guam. Diese amerikanische ostwestliche Expansion wurde gekreuzt von der japanischen nordsüdlichen, das an Guam vorbei zum Äquator vorstieß. Es ist ein Zeichen großen weltpolitischen Verständnisses, daß die Amerikaner nicht aus

Prestigegründen an einem Vorposten festhalten, der zu weit vorgeprellt ist. Wenn bei der Aufgabe der Philippinen nach außen hin lediglich wirtschaftliche Gründe maßgebend erscheinen und ethische vorgeschützt werden, so spielt die entscheidende Rolle doch die Unmöglichkeit, die Philippinen im Konfliktsfalle mit einer ostasiatischen Macht zu halten, und die mancherlei Reibungsflächen, die ihr Besitz mit sich bringt. Räumt aber Amerika die Philippinen, so fügt es seinem an sich schon sehr großen Prestige in Ostasien noch den Ruhm hinzu, ein wahrer Freund der Asiaten zu sein, auf den man sich verlassen kann. Diesen Ruf genießen heute wir, und wir würden ihn leichtsinnig aufs Spiel setzen, durch Kolonialerwerb am Pazifik, den seine Anrainer als ein „mare nostrum“ zu betrachten anfangen.

Auch von Rußlands pazifischer Politik können wir lernen. Es ist heute fast der Vergessenheit anheimgefallen, daß der Nordpazifik einmal ein russisches Meer war. Nicht nur Alaska war einst russisch, sondern die pazifische Küste bis weit nach Kalifornien hinunter. Es mag als überflüssige Schwäche erscheinen, daß Rußland aus Kalifornien zurückwich, und der Verkauf Alaskas mag als das schlechteste Geschäft der Weltgeschichte gelten; denn der damalige Kaufpreis von 7,2 Millionen Dollar wird heute bereits von dem Erlös aus dem Lachsfang eines Jahres übertroffen. Und doch war der Verzicht richtig. Rußland hätte diesen vorgeschobenen Posten gegenüber dem Nachdrängen der pazifischen Anrainer nicht halten können. Es schaltete rechtzeitig unnötige Konfliktsmöglichkeiten aus und bewahrte sich durch den Rückzug aus Amerika die Kraft, seinen Besitz in Asien zu konsolidieren.

Eine koloniale Tätigkeit Deutschlands im Pazifik wäre nur möglich im engen Anschluß an England und Australien und in vollem Bewußtsein der damit bestimmt eingegangenen Verwicklungs- und Kriegsmöglichkeiten.

Bleibt also allein Afrika. Afrika aber ist verteilt wie die übrige Welt auch. Und wenn uns die ehemaligen Feindmächte nicht unsere Kolonien zurückgeben, so erscheint keine Möglichkeit, im Dunklen Erdteil wieder Kolonien zu erhalten. Aber einmal wird sich in absehbarer Zeit über die wenigstens teilweise Rückgabe der Kolonien verhandeln lassen, und zum andern brauchen wir die heutige Verteilung Afrikas nicht als eine ewige und endgültige hinzunehmen. Wie schon einmal gesagt: im Grunde ist die Welt immer verteilt gewesen, und sie muß immer wieder verteilt werden.

Über diese etwaige Neuverteilung Afrikas heute schon zu reden, wäre untunlich. Dies gehört bereits in die Sphäre aktiver Weltpolitik, und voreilige Vermutungen, Diskussionen und Vorschläge könnten da nur schaden. Dafür ist die Materie allzu delikat.

Diese Fragen sind einstweilen auch noch verfrüht. Einstweilen handelt es sich für das deutsche Volk lediglich darum, zu wissen, ob es

wieder kolonisieren will. Es ist leicht, in verantwortungsloser, begeisterter Aufwallung „ja“ zu sagen. Aber nachdem wir unser erstes Kolonialreich verloren haben, müssen wir beim Aufbau des zweiten doppelt vorsichtig sein, zumal die weltpolitische Situation heute unvergleichlich schwieriger und gefährlicher ist. Ein blinder Kolonialrausch wäre heute noch bedenklicher. Wollen wir heute wieder Kolonien erwerben, so müssen wir uns klar sein, daß wir uns mit einer großen und schwierigen Aufgabe belasten. Aus all den schönen Versprechungen glühender Kolonialfreunde, deren Begeisterung durch keine Sachkenntnis getrübt ist, wird zunächst nichts werden, weder aus den billigen Rohstoffen, noch aus den Absatzmarkt, noch aus dem Aufnahmegebiet für unsere Arbeitslosen, wenigstens nicht in einem Maßstab, der volkswirtschaftlich irgendwie für uns ins Gewicht fällt.

Und dennoch sage ich, vor die Frage gestellt: „Kolonien oder nicht“, heute „Ja“. Zuerst aus einem realen Grund. Die Expansionsmöglichkeiten, die sich uns eine Zeitlang im Osten zu bieten schienen, erscheinen heute verbaut. An die im Südosten habe ich nie geglaubt. Bleibt also nur Übersee, wobei wir freilich unsere ungünstige marinestrategische Lage in Kauf nehmen müssen. Der zweite Grund ist irrealer Natur. Der Mensch lebt nicht von Brot allein. Das gilt auch für die Politik. Nicht Rohstoffgebiet noch Absatzmarkt sind das Entscheidende für ein Volk, sondern seelische Impulse. Um des seelischen Impulses willen, um der weltpolitischen Schulung, um der unmittelbaren Berührung mit allen Weltproblemen willen bin ich für Kolonien. Auch damit sage ich nichts Neues, sondern nur etwas, was ich bereits vor Jahren in der „Welt auf der Waage“ geschrieben.

Allerdings schrieb ich an der gleichen Stelle auch, daß wir nicht für einen mehr oder minder wertlosen Fetzen afrikanischen Landes die Vorteile unserer einzigartigen Stellung als kolonielose Großmacht preisgeben dürfen.

Vorbedingung für neue deutsche koloniale Tätigkeit muß sein, daß die Kolonien, mit denen wir neu starten, ausbaufähig sind, und zweitens, daß unsere Kolonialpolitik im Rahmen unserer Gesamtpolitik liegt und in genau bewußter Kenntnis und Erkenntnis aller dadurch bedingten Möglichkeiten wie Gefahren.

Wichtiger aber als alles das ist, daß das alte Pioniertum und der Wikingergeist in unserem Volk noch lebt oder wieder erwacht, ein Geist, der nicht um des Gewinnes wegen nach Übersee geht, sondern um der Idee willen. Diese Idee aber kann nur sein, die Wiedererweckung des uralten Herrentums der weißen Rasse. Kolonialpolitik ist mehr und mehr Geschäftspolitik geworden. Um Absatzmärkte zu erschließen, um die Eingeborenen zu Konsumenten zu machen, scheute man sich nicht, sie viel weiter in die europäische Zivilisation einzuführen, als es mit dem Herrenstandpunkt und dem Herrschaftsgesetz der Weißen verträglich war.

Wir Deutsche waren noch Herren in unseren Kolonien, wie es die Weißen früher

überall waren, gütige, gerechte Herren, aber doch Herren. Gerade daraus haben ja unsere Gegner im Weltkrieg uns einen Strick zu drehen versucht. Aber sie haben es nirgends besser zu machen versucht, und sie haben in keiner Kolonie den Wunsch nach Rückkehr der Deutschen unterdrücken können. Durch Abstimmungen ließe sich das leicht feststellen.

Diese Rückkehr zum Herrentum des weißen Mannes in Afrika und die Sicherung eines Herrschaftsanspruches ist noch aus einem zweiten Grund wesentlich. Will Europa nicht hoffnungslos von den entstehenden amerikanischen und asiatischen Großraum-Mächten überflügelt werden, so muß es sich den geringen, noch vorhandenen Freiraum in der Welt sichern. Und dieser ist Afrika. Der Dunkle Kontinent ist das natürliche Expansionsgebiet des für seine Energien viel zu klein geratenen europäischen Erdteils. Es ist ja ganz gut und schön, die Interessen der Eingeborenen gegen die der Europäer ins Treffen zu führen, aber sobald Europa aus Afrika herausgeht, geht Asien hinein. Indien macht heute Anspruch auf die afrikanische Ostküste, und Arabien hat sie lange genug beherrscht. Der Araber hat die Neger versklavt, und der Inder saugt ihn aus. Vor die Wahl gestellt: europäische oder asiatische Herrschaft, wird kein Schwarzer um die Antwort verlegen sein.

Längst waren die Kuppen der Waldberge von Mindanao versunken. Längst hatte der Steward das Abendessen auf- und wieder abgetragen. Längst waren die Sterne hochgegangen, und noch immer saßen wir an Deck und diskutierten die Möglichkeiten deutscher Kolonialpolitik. Wir konnten uns nicht einigen, und die Stimmung war ein wenig gespannt. Da huschte auf leisen Sohlen der gelbe Bootsmann an uns vorbei die Treppe zur Brücke hinauf, um den Rudergänger abzulösen. Und er erinnerte uns daran, daß wir nur einige wenige Weiße auf dem Schiff waren unter all der chinesischen Besatzung und den gelben Deckpassagieren. Und wir dachten, daß wir ein paar Tage später in Hongkong erst recht nur wie ein dünnes Schaumgädder auf der unabsehbaren Flut des chinesischen Volkes sein werden, das sich anschickt, neue Wege zu gehen, die sich einmal mit denen der Weißen kreuzen müssen. Und wir dachten daran, daß es bei all dem Streit und Völkergezank im fernen Europa doch etwas gibt wie eine weiße Schicksalsverbundenheit, und daß es gilt, sich dieser bewußt zu werden, ehe die farbige Flut über uns hereinbricht.

WULF SIEWERT:

Die geographischen Grundlagen der deutschen Seestellung

Wem stände nicht — ehe er hart und nüchtern das geopolitisch heute noch Mögliche an deutscher Seegeltung untersucht — weltumspannende Wikingerfahrt nordischer Rasse, überseeische Reichsgründung, Weltherrschaft, in deren Bereich die Sonne nicht untergeht, oder wenigstens die zweit-wichtigste Seemacht der Erde des „Zweiten Reichs“ vor der Erinnerung!

Aber gerade damit uns kein Wunschtraum die klare Sicht umneble, sind solche Untersuchungen wie die folgende unerlässlich, muß neben der Lichtseite die Nachtseite kolonialen Strebens erwogen werden. „Zweimal im Kriege fehlen ist unerlaubt“ (Bis peccare in bello non licet) mahnt uns ein hartes Römerwort, wenn das Auge allzu willig in das Gold der Vergangenheit zurückträumt, in dem ein Wunschbild, sei es auch mit wehender Flagge, versank. Wunder, wie die Vorschau auf wieder aus der Flut empor tauchende Flotten, wirkt nur ein vorher dazu erzogener, des Wunders würdig gewordener Wille. Diesen Willen härtet weit mehr ehrliche Rechenschaft über den ganzen Zustand der Gegenwart als rückschauende Autohypnose, die zuletzt selbst einen Genius wie Napoleon I. zum Narren der eigenen Phantasie machte und ihm Nichtwirkliches als wirklich zeigte. Davor schütze uns Geopolitik!

K. Haushofer.

In der Flut der politischen Bücher, die sich mit dem Verlust des Krieges befassen, gibt es nur wenige, die, ohne in Einzelheiten zu geraten, den Versuch machen, das Problem der deutschen Vorkriegspolitik nach großen geopolitischen Gesichtspunkten darzustellen (wie etwa Prof. Georg Wegner: „Die geographischen Ursachen des Weltkrieges“). Die Untersuchung über die geographischen Grundlagen und Leitlinien der deutschen Vorkriegspolitik ist aber nicht allein für das Verständnis des Kriegsausganges, sondern ganz besonders für die Richtlinien einer zukünftigen deutschen Außenpolitik wichtig. Im Folgenden soll daher die geographische Problematik der deutschen Seemachtpolitik und ihre Auswirkung im Kriege umrissen werden.

Der Zwang zur Expansion

Der später als bei anderen europäischen Völkern erfolgte politische Zusammenschluß Deutschlands gab den staatlichen Rahmen zu einer Ära des Aufstiegs und Wohlstands. Die Vitalität Deutschlands fand ihren sinnfälligsten Ausdruck in dem rapiden Steigen der Bevölkerungsziffern: wir zählten 1870 nur 40 Millionen, 1895 etwa 45 Millionen, 1910 schon 63 Millionen Einwohner. Hand in Hand mit dem zunehmenden Bevölkerungsdruck ging eine völlige Umstellung der sozialen Struktur. Die Zahl der Auswanderer sank laufend, besonders nachdem Caprivi von der Notwendigkeit, „Waren statt Menschen zu exportieren“, gesprochen hatte (1891). Der Menschenüberschuß wanderte mit dem Wachsen der Industriemonokultur in die Fabriken und Städte. Der Anteil der Städte an der Gesamteinwohnerzahl nahm

sprunghaft zu. Lebten 1871 noch 64% aller Deutschen auf dem Lande, so 1914 nur noch 36%. Die Zahl der Großstädte stieg von 8 (1871) auf 45 (1925). Man kann eine bestimmte Richtung dieser Wanderung feststellen. Der Osten gab Menschen ab für den Westen. Damit gewann der Westen wachsend an wirtschaftlicher und damit an politischer Bedeutung.

Der schnelle Übergang vom reinen Agrarstaat, der relativ unabhängig vom Ausland war, zum Industriestaat, brachte schwere Nachteile. Industrieentwicklung bedeutet Spezialisierung und damit Monokultur, diese aber zieht weitere Monokulturen nach sich. Es ist eine der wesentlichen Eigenschaften der Monokultur, daß ihr der Drang zur Ausdehnung jenseits der Grenzen innewohnt, weil sie den Austausch von Gütern und Kapital braucht. Austausch bedeutete für Deutschland gewinnen von Absatzmärkten und Rohstoffbasen nicht nur in Europa, sondern auch in Übersee. Die einmal eingeschlagene Entwicklung hat ihr eigenes Schwerkraft, sie führt im Endstadium notwendig zum Ruin der Landwirtschaft und zum Verlust der Ernährungsbasis einerseits, zur wirtschaftlichen Labilität und Abhängigkeit vom Ausland andererseits. Denn nach dem Übergang zum Industriestaat lag eine wichtige Kraftreserve außerhalb der deutschen Staatsgrenzen im Welthandel, in Kolonien und den Auslandsinvestitionen (1914 etwa 25 Milliarden RM.). Das verlangte Schutz durch eine starke Flotte; Deutschland wurde zwangsläufig zur Seemacht.

In dieser Entwicklung lag von Anfang an eine schwere Gefahr für die deutsche Sicherheit. Da es im Herzen Europas liegt, geriet Deutschland in einen unlösbaren Konflikt zwischen Kontinental- und Seemachtpolitik. Kontinentalpolitik trieb das Reich, dem Donaulauf folgend, südostwärts durch sein Bündnis mit Österreich und der Türkei. Hier erwuchs durch die wirtschaftliche Durchdringung ein sich wirtschaftlich ergänzender Block, der zwar starke nationale Schwächen hatte, der allein es aber später den Zentralmächten ermöglichte, die Blockade so lange auszuhalten. Aber Rußland konnte es nicht zulassen, daß Deutschland nach Süden vordrang und ihm die Dardanellen verschloß, die doch ein altes Ziel der russischen Politik waren. Neben der alten französischen Feindschaft an der Westgrenze entstand uns aus der Kontinentalpolitik ein neuer Gegensatz im Osten und Südosten.

Gleichzeitig trieb die oben geschilderte innere Dynamik Deutschland aber auch auf die Weltmeere hinaus. Dort mußte es dem alten englischen Anspruch auf Alleinherrschaft zur See begegnen. England fühlte sich nicht nur durch den Flottenbau, sondern auch durch die Bagdadbahn, die Kolonialpolitik und die Konkurrenz Deutschlands als Industrie- und Handelsstaat bedroht. Den Ernst der Weltlage hat man in Deutschland wohl kaum erkannt, trotzdem schon damals die Geopolitik warnte: Kjellén schrieb von dem „Irrtum Deutschlands, überhaupt an eine Zukunft auf dem Wasser neben England zu glauben“.

Schicksalhaft nahm die Spannung zwischen Deutschland und England (zum

erstenmal in der Geschichte) zu, ohne durch Verhandlungen oder deutsche Angebote beseitigt werden zu können. Schon ab 1906 zog England seine Flotte aus dem Mittelmeer zurück und konzentrierte sie in der Nordsee. Der Schutz des entblößten Mittelmeeres wiederum erforderte Verständigung mit Frankreich, die 1912 in der englisch-französischen Marinekonvention ihre endgültige Formel fand. In dieser Marinekonvention wurde die Verteidigung der französischen Nordküste England übertragen, die Deckung des Mittelmeers Frankreich. So war die Einkreisung Deutschlands vollkommen. Man ist versucht zu sagen: Deutschland hatte schon 1912 den Krieg verloren!

Der deutsch-englische Gegensatz nämlich hatte außerdem die völlige Entwertung Italiens als Bundesgenossen zur Folge. Aus seestrategischen Gründen kann Italien sich niemals gegen England stellen. Italien machte daher 1883 (was viel zuwenig bekannt ist) beim Eintritt in den Dreibund den Vorbehalt, daß es niemals seine Bündnispflichten gegen England erfüllen könne. Der Austritt Italiens aus dem Dreiverband 1915 konnte also nicht überraschend kommen! Es ist grundfalsch, Italien „Treulosigkeit“ vorzuwerfen, denn es handelte nur nach dem Vertrag.

So stand Deutschland in der Vorkriegszeit zwischen England und Rußland ohne Verständnis seiner geopolitischen Lage und daher ohne Entschluß. Vielleicht hätte eine Preisgabe der Türkei und der Dardanellen an Rußland dieses noch aus der Entente herausgehalten? Das jedenfalls meinte Bismarck, wenn er in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ (Band II, Seite 263 bis 270) schreibt:

„Ich glaube, daß es für Deutschland nützlich sein würde, wenn die Russen auf dem einen oder anderen Wege, physisch oder diplomatisch, sich in Konstantinopel festgesetzt und dasselbe zu verteidigen hätten. Wir würden dann nicht mehr in der Lage sein, von England und gelegentlich auch von Österreich als Hetzhund gegen russische Bosphorus-Gelüste ausgebeutet zu werden, sondern abwarten können, ob Österreich angegriffen wird und damit unser casus belli eintritt.“ —

„Unsere Interessen sind mehr als die der anderen Mächte mit dem Gravitieren der russischen Macht nach Süden verträglich; man kann sogar sagen, daß sie dadurch gefördert werden. Wir können die Lösung eines neuen von Rußland geschürzten Knotens länger als die anderen abwarten.“

So weit Bismarck. Ohne Zweifel hätte das Erscheinen der Russen im östlichen Mittelmeer die Engländer stark gebunden, Deutschland im Osten entlastet und seine Armfreiheit nach beiden Seiten sehr begünstigt. Deutschland wäre zur Zunge an der Waage geworden.

Statt dessen versuchte es, im Westen seiner Politik dieselbe Richtung zu geben wie die am offenen Meer liegenden Westmächte; aber ihm fehlten die geographischen Voraussetzungen dazu. Bei der politischen Konstellation von 1914 ist zu beachten, daß der gesamte Westen sich gegen Mitteleuropa verschwor und mit Rußland zusammen die Zentralmächte erdrückte. Ergebnis: die atlantischen Mächte vertrieben Deutschland gemeinsam aus der Welt, drängten es vom Ozean zurück.

und teilten sich in den Gebietsraub. So endete dieser Krieg mit dem Sieg des atlantischen Westens über das kontinentale Innereuropa. Die heutige Karte von Europa (Karte 1) zeigt in der Tat das ganze grausame Zerstörungswerk und die Zerstückelung des deutschen Volksbodens!

Küstenlage und Seemachtentwicklung

Nach Ratzel ist der ozeanisch-kontinentale Gegensatz, das Ringen der Insel- und Festlandmächte miteinander, eine der größten Triebkräfte der Geschichte.



Karte 1

Die verschiedene Raumvorstellung und Kräfteverteilung der Insel- und Festlandmächte hat oft in der Weltgeschichte zu Zusammenstößen geführt; sie wurden freilich nicht immer so rein durch Persönlichkeiten repräsentiert wie in Nelson und Napoleon, dessen Landung in England an seinem kontinentalen Denken scheiterte. Ebenso unglücklich waren andere Kontinentalstaaten, die Seemächte zum Gegner hatten. Rußlands Kampf um Zugänge zur offenen See, der sich durch seine ganze Geschichte zieht, ist wegen der ausgesprochen ungünstigen Küstenlage des Riesenreiches eine einzige Kette von Fehlschlägen: Kronstadt, Sebastopol, Wladiwostok und Port Arthur — —. Alle diese Häfen sind leicht zu blockieren und wirken wie Mausefallen. Klassisches Ende eines falschen Planes: Tsuschima.

Bekannt ist die kontinentale Eigenschaft von Teillandschaften: Nordchina gegenüber dem Süden, Kastilien gegenüber Katalonien, die Lombardei gegenüber

Venedig usw. Daß sich hieraus geschichtliche Spannungen ergeben, liegt auf der Hand. In Deutschland besonders ist ein ewiger Widerstreit zwischen dem küstenbestimmten Norden und dem kontinental verankerten Süden wahrzunehmen, vielleicht der tiefere Grund zur „Mainlinie“. Sehr aufschlußreich sind die Verluste an Küstenteilen großer Kontinentalmächte. Chinas Küsten wurden im Laufe von 100 Jahren von 17 000 km auf heute 7100 km zurückgeschnitten, Deutschlands von 3200 km der Hansezeit auf etwa 1500 km, während Österreich seinen gesamten Küstenanteil verlor!

Inselmächte haben eine ganz anders geartete wehrgeographische Vorstellung. Das Angewiesensein auf ein einziges Verkehrselement und die sichtbare Begrenzung durch den Meeresgürtel schaffen bei Inselvölkern, wie Prof. Karl Haushofer in seiner „Wehrgeopolitik“ schildert, ein viel helleres Bewußtsein für wehrpolitische Bedürfnisse und einen besonders ausgeprägten Instinkt für Fernbedrohungen über das Wasser hinweg (England, Japan). Damit verbindet sich glänzende Erkenntnis der Bedeutung wichtiger und lebensnotwendiger Meeresteile, Seestraßen und Häfen („mare nostrum“, Gibraltar, Hongkong, Tsuschima usw.). In der Wahl von Stützpunkten und im Fordern von Hoheitsgebieten sind Seemächte nie kleinlich gewesen, beanspruchte doch US.-Amerika die Linie Manila-Vancouver-Seattle-Panama-New York als US.-Amerikanische „Küstenfahrt“.

Als kontinentaler Grundzug fällt dagegen das Betonen der Defensive auf, der Küstenschutz, obgleich das Wesen der See erfordert, nicht Küsten, sondern Seestraßen zu verteidigen. Wenn wir uns nun der deutschen Küstenentwicklung zuwenden, so fällt auf, daß sie für eine maritime Politik sehr ungünstig ist. Der Schwerpunkt Deutschlands mit dem gesamten Süden ist ausgesprochen kontinental. Die Einkreisung zu Lande durch feindliche Nachbarn erfordert die ganze Aufmerksamkeit der deutschen Politik (Bismarcks „cauchemar des coalitions“). Von vornherein ist also dank der kontinentalen Grundeinstellung ein grundsätzliches Vorrecht der Armee gegenüber der Marine festzustellen. Die längste Küstenentwicklung besitzt die Ostsee; es ist kein Zufall, daß die größte Seemachtentfaltung der Hansezeit hier ihren Ausgangspunkt nahm. Die intimen Beziehungen, welche die Hanse mit allen Ostseeländern unterhielt, beruhten nicht zum wenigsten auf der günstigen Lage zum damaligen Verkehrsstrom. Der Hauptseeverkehr ging durch Nord- und Ostsee und damit längs der deutschen Küsten. Auch der Eingang zur Ostsee konnte von Deutschland aus leicht kontrolliert werden (Karte 2).

Das Bild änderte sich radikal mit der Entdeckung Amerikas und als der Handel sich nach Westen verlagerte. Von nun an lagen Nord- und Ostsee im Schatten, und die atlantischen Häfen blühten auf, da sie ihr Gesicht dem offenen Ozean zuwandten. Dementsprechend schufen sich auch alle Staaten mit Atlantikfront Kolonialreiche, aber nicht die nunmehr zurückbleibenden Staaten Mitteleuropas.

Doch England war allen überlegen. Kraft seiner wunderbaren seestrategischen Lage konnte es nacheinander alle Mächte niederringen und ihnen ihre Kolonien rauben: Spanien, Holland, Frankreich, Deutschland... Wenn heute Holland noch Kolonien hat, dann nur, weil es britischer Vasallenstaat ist. Gegen Deutschland war die englische Stellung am günstigsten. Jeder Ostwestverkehr muß durch den Kanal, der unter englischer Aufsicht steht. Die britischen Inseln blockieren die deutsche Bucht ebenso wie Japan Wladiwostok.



Karte 2

Anders steht es mit der Ostsee. Hier hat Deutschland durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal den Vorteil der inneren Linie und kann jeden Einbruch in die Ostsee nicht nur wegen der Meerengen vereiteln, sondern Deutschland kann auch einem eindringenden Gegner von der Nordsee her in den Rücken fallen. Während des Weltkrieges forderten die Russen mehrmals von England, mit der Flotte in die Ostsee einzudringen, um die Verbindung mit dem zusammenbrechenden Alliierten herzustellen und eventuell eine Armee an der pommerschen Küste zu landen. Jellicoe lehnte immer, wie der russische Verbindungsoffizier auf der englischen Flotte, Commodore von Schoultz, schreibt („Mit der Grand Fleet im Weltkriege“), dieses Ansinnen ab, mit dem Bemerkten, daß dies so lange unmöglich sei, wie die deutsche Flotte ungeschlagen in der deutschen Bucht stehe. Deutschland blieb auf Grund seiner Flankenstellung Herr der Ostsee, was für den Erzbezug aus Schweden wichtig war, und Rußland brach aus Mangel an Industrieerzeugnissen zusammen.

Lehren des Krieges

Die Situation in der Nordsee war so: die Seeverkehrsstraßen gingen von den deutschen Häfen aus durch den Kanal, im Notfall über die Orkneys. Mit Kriegsausbruch wurden beide Linien durch England geschlossen. Damit war für Deutschland jede Verbindung mit der Welt oder den Kolonien zerschnitten. Von nun an lag die Nordsee völlig verödet da. England hatte also sein strategisches Ziel sofort und allein durch die Gunst seiner geographischen Lage erreicht, ohne daß seine eigenen Seeverbindungen nennenswert gefährdet waren. Die erste Folge war das völlige Erliegen des deutschen Kreuzerkrieges auf den Weltmeeren binnen weniger Monate, weil die Kreuzer weder überseeische Stützpunkte noch Kraftzufuhr aus der Heimat hatten. An Deutschland war es, zu versuchen, die Blockade zu durchbrechen. Die Vorkriegsauffassung der Marine erwartete aber einen englischen Angriff auf die deutschen Häfen, zum mindesten aber eine enge Blockade. Wer die Entwicklung des deutschen Operationsplanes in der Nordsee studiert (s. Weniger, Mar.-Rundschau, 1930, II), weiß, daß dieser mit einer engen Blockade rechnete und nur unter günstigen Umständen der deutschen Flotte einen Angriff auf diese Linie erlaubte. Sehr spät und erst nach langen Kämpfen setzte sich in der Regierung vorsichtig die Ansicht durch, daß es an Deutschland sei, anzugreifen und die Schlacht zu suchen. Inzwischen zog sich aber die englische Flotte nach Scapa Flow zurück, einem für die Defensive genial gewählten Stützpunkt. Schon 1913 nämlich hatte die englische Admiralität unter Churchill den Gedanken der engen Blockade aufgegeben und die Fernblockade vorgesehen, da mit der Entwicklung der Minen- und Torpedowaffe die Annäherung an Küsten riskant wurde. Nach Ansicht des amtlichen Seekriegswerks bestand 1914 und 1915 trotzdem mehrmals die Möglichkeit zu einer Schlacht, da die englische Flotte häufige Vorstöße machte. Auf deutscher Seite machten sich aber bekanntlich verhängnisvolle und nur mit mangelndem Verständnis für die Aufgaben der Marine zu erklärende Hemmungen bemerkbar. Es gab keine einheitliche Flottenführung, stattdessen zahlreiche Kommandobehörden, außerdem wollte man in politischen Kreisen die Flotte bis zur Entscheidung zu Lande „aufsparen“, eine Ansicht, die heute unbegreiflich erscheint.

Im übrigen bestand auch keinerlei Zusammenarbeit zwischen Armee und Marine. Die spärlichen Versuche, die vom Generalstab und Admiralstab gemacht wurden, verliefen leider. So kam es, daß man sich über die Rolle der Flotte nicht klar war (ebensowenig wie über die politischen Folgen des Schlieffenplanes).

Trotz Skagerrak, das keine Entscheidung gebracht hatte, wurde die Lage für Deutschland in der Nordsee immer ungünstiger. Die englische Flotte blieb in Scapa und ließ den Seeraum wirken. Das deutsche Seekriegswerk, Band 5, sagt darüber (Seite 448): „Daß die Vernichtung der deutschen Flotte das Hauptziel der britischen sein müßte, selbst auf die Gefahr hin, schwere Verluste zu erleiden,

schien vergessen. In dem Operationsprogramm der Admiralität hatte das Anstreben einer entscheidenden Seeschlacht mit der Zeit eine immer untergeordnetere Bedeutung erhalten, und erst recht nach der Schlacht war man keineswegs gewillt, zu den bewährten Traditionen Nelsonscher Richtung zurückzukehren. Vielmehr gipfelten Lehre und Erfahrung dieses Tages für die Engländer in dem Entschluß, daß eine weitere Seeschlacht, von der das Schicksal Englands und der Welt abhängen würde, wenn überhaupt, nur in unmittelbarer Nähe der eigenen Küste angenommen werden dürfte.“



Karte 3

Die deutsche Flotte erschöpfte sich in kleineren Unternehmungen, sie beschoß die englische Küste und organisierte endlich den U-Bootkrieg. Aber auch diese Reizmittel lockten die Engländer nicht mehr hervor. Anscheinend wurde die moralische Wirkung der Beschießungen und Luftangriffe ebenso überschätzt wie die Ergebnisse des reinen Handelskrieges. So mußte schließlich auch der U-Bootkrieg, trotzdem er Englands Grundpfeiler erschütterte, an der Tatsache versagen, daß die militärische Kraft Englands ungeschwächt blieb. 1918 wurde die Aktionsfreiheit der deutschen Flotte immer mehr eingeengt und England begann, die Geschwader zur Begleitung der Handelsschiffe aufzuteilen.

Das Ausbleiben der Entscheidungsschlacht ist oft kritisiert worden. Vom geographischen Standpunkt aus ist in dieser Tatsache die Folge einer überaus ungünstigen Ausgangslage der deutschen Flotte festzustellen. Hielt sich die englische

Flotte, die ja im Besitz der Nordseeausgänge war, zurück, dann konnte Deutschland von seiner schmalen Operationsbasis in der deutschen Bucht aus die Schlacht nicht erzwingen, sofern man sie nicht unter der feindlichen Küste schlagen wollte. Durch die Nordsee liefen ja während des Krieges weder englische noch deutsche Verbindungslinien, die einen Angriff und damit die Begegnung der Flotten veranlaßt hätten. Hier setzt die stark umstrittene Kritik des Vizeadmiral Wegener ein, der in seiner Broschüre („Seestrategie des Weltkrieges“, Mittler & Sohn) auseinandersetzt, daß man nur dann die Engländer hätte stellen können, wenn man ihre Nervenbahnen bzw. Seestraßen angriff. Diese aber liegen im Westen am Atlantik. Um an sie heranzukommen, hätte man sich strategische Ausgangspunkte schaffen und die englische Seestellung überflügeln müssen. Das wäre also entweder die französische Küste (besonders geeignet Brest) oder Norwegen gewesen (siehe Karte 3). Da das erste scheiterte, hätte Deutschland weit ausholen und Dänemark und Norwegen als Flottenbasis benutzen müssen, um von dort aus den Durchbruch in den offenen Atlantik zu erkämpfen. An dieser Stelle hätte, so meint Admiral Wegener, England jede Schlacht angenommen, um die nördliche Blockadelinie zu verteidigen und um die eigenen Seeverbindungen zu schützen.

Wieweit diese Gedanken in der Praxis hätten durchgeführt werden können und ob nicht die Politik schon vor dem Kriege ein brauchbares Stützpunktsystem hätte schaffen müssen, kann hier nicht entschieden werden. Tatsache ist, daß die deutsche Seemacht infolge falscher Führung und Auffassung zusammenbrach, Tatsache ist aber auch, daß die geographischen Voraussetzungen für sie selten ungünstig waren.

Wir aber haben aus den Erfahrungen des Weltkrieges für die Zukunft zu lernen.

Schlußfolgerungen

Überblicken wir die Lage, wie sie sich heute im Rahmen des Versailler Vertrages darbietet, so müssen wir zugeben, daß Deutschland nicht nur auf seinen Ausgangspunkt zurückgeworfen worden ist, sondern daß ihm auch die wesentlichen Grundlagen für eine neue weltpolitische Epoche fehlen. Hatte Deutschland früher die imperialistische Politik der Großmächte nachgeahmt, so muß es sich heute davor hüten; denn ihm ist ja nicht einmal die Möglichkeit gegeben, seine Grenzen zu schützen! Zuerst muß alle Kraft darauf verwandt werden, die eigene Stellung in Europa zu verstärken. Deutschland darf seine Zukunft nicht ausschließlich in der Industrie, nicht im Export und Überseehandel suchen, sondern im eigenen Boden wie zur Zeit Heinrichs des Löwen und Friedrichs des Großen, den beiden größten Innenkolonisatoren.

Diejenigen aber, die wieder Kolonien für Deutschland fordern, mögen bedenken, daß Deutschland durch diese Forderung seine Außenpolitik in zweierlei Hinsicht kompliziert. Einmal sind die Mandate in englischer Hand und nur mit Ein-

willigung Englands zu erlangen, dann aber wird Deutschland als Kolonialmacht in schwerste Rassenprobleme hineingezogen. Es kann heute nicht das Ziel sein, durch Kolonialforderungen das Verhältnis zu England zu trüben. Die deutschen Kolonien oder ein Teil von ihnen können eventuell ein Handelsobjekt gegenüber England sein, um andere Kompensationen dafür zu erhalten. Abgesehen davon, daß nach offizieller japanischer Erklärung Japan seine Südseemandate endgültig behalten will, würde der Besitz der Südseeinseln Deutschland heute in die ganzen indopazifischen Probleme hineinreißen, denen es, waffen- und einflußlos, in keiner Weise gewachsen wäre. In absehbarer Zeit stände Deutschland dann im Kreuzfeuer zwischen Japan und Australien.

Kann Deutschland überhaupt seinen Kolonien Sicherheit gewährleisten? Doch nur, wenn ein entsprechend großes koloniales Landgebiet wirtschaftlich und wehrpolitisch völlig selbstgenügsam ausgebaut würde, — eine Tatsache, die weitgehende Autarkie auch vom Mutterland verlangt. Sind beide Voraussetzungen nicht gegeben, ist also Deutschland im Kriegsfall auf Rohstoffbezug aus seinen Kolonialgebieten angewiesen, muß der Seeweg dorthin gesichert sein. Völlig — also gegebenenfalls gegen England — ist das aus der Tiefe der deutschen Bucht heraus nicht zu erreichen. Nur als englischer Vasallenstaat (wie Holland und Portugal) könnte Deutschland solche Pläne durchführen.

Um aber allen Mißverständnissen vorzubeugen, sei zum Schluß ausdrücklich betont, daß hier kein Verzicht auf Seemacht überhaupt gepredigt wird. Im Gegenteil, die natürlichen Verteidigungsbedürfnisse Deutschlands erfordern eine Flotte, vor allen Dingen, um die Ostsee zu beherrschen. Ostpreußen kann im Ernstfalle nur auf dem Seewege erreicht werden. Die natürlichen Einflußgebiete einer deutschen Seemachtpolitik liegen in Nord- und Ostsee. Aufgabe der Marine ist es, die Seezufuhr in beiden Meeren gegen jeden Gegner (allerdings mit Ausnahme Englands) sicherzustellen. Mit den heutigen Einheiten kann aber nicht einmal die Verbindung zwischen Deutschland und England vor französischen Angriffen geschützt werden. Im Washingtoner Flottenvertrag wurde das Verhältnis der Flottenstärken zwischen England-Amerika-Japan-Frankreich-Italien auf 5:5:3:1,75:1,75 festgelegt. Deutschland kann sich unter den geltenden Umständen mit der letzten Ziffer begnügen, denn seine Hauptverteidigungskraft muß auf dem Festland und in der Luft liegen. Es kann nur nützen, wenn den Engländern die deutsche Ansicht recht deutlich gemacht wird, daß kein Flottenbau gegen sie geplant ist. Merkwürdigerweise geht die englische Presse in der Beurteilung der deutsch-englischen Beziehungen meistens noch von den Vorkriegsverhältnissen aus und behauptet, das neue Deutschland mache „all' die alten Fehler wieder“. Hier muß gründlich Klarheit geschaffen werden. Denn nimmt Deutschland die alte Linie seiner Vorkriegspolitik wieder auf, wird es sich sehr bald der alten Einkreisung gegenüber sehen.

Aus dem Vorstehenden ergeben sich die Richtlinien für eine zukünftige Außenpolitik: Ausschalten von weniger wichtigen Fragen, gutes Verhältnis mit Rußland, enge Fühlungnahme mit Italien zur Einleitung der Revision und endlich Vermeiden jeglicher Reibung mit England, denn Italien ist nur zu haben mit Englands Zustimmung. Es hilft nichts, vor diesen bitteren Wahrheiten die Augen zu schließen. Die geopolitischen Voraussetzungen und Gesetze können nicht ungestraft mißachtet werden. Die Enttäuschung würde um so größer sein. Es liegt im Wesen der geographischen Lage, daß Deutschland, solange es sich auf Europa beschränkt, die stärkste europäische Macht, sobald es aber in die Weltpolitik hinaustritt, die schwächste Großmacht ist.

Immer in Zeiten der Not besann sich Deutschland auf die Kräfte seines Bodens und gewann aus der Berührung mit ihm gleich dem Riesen Antäos neue Kraft. Auch heute neigt sich die politische Aufgabe dem Kontinent und der Organisation eines stabilen Mitteleuropas zu, das die Hegemonie Frankreichs überwindet und das Gleichgewicht wiederherstellt.

JURIJ SEMJONOW:

Das Nationalitätenproblem in der Sowjetunion

Die Untauglichkeit des zentralisierten politischen Systems trat in Rußland lange vor der Revolution in Erscheinung. Bereits nach 1905 wurde klar, daß das Land für den Föderalismus reif war. Dennoch standen seiner Einführung unüberwindliche Hindernisse im Wege. Die wirtschaftliche Entwicklung Rußlands führte offenbar zu einer Erstarkung nicht nur des russischen Bürgertums, sondern auch der nationalistisch eingestellten bürgerlichen Schichten in den nichtrussischen Teilen des Reiches. Am Ende dieser Entwicklung stand das Gespenst des Separatismus, und das machte natürlich selbst die leiseste Andeutung einer nationalen Autonomie für die russische Staatsmacht unannehmbar. Die Nachkriegsentwicklung des nationalen Problems sowohl in Europa wie auch im Orient zeigt, daß die Befürchtungen der russischen Zentralisatoren völlig begründet waren. Für den Zarenstaat, der sich zu dem krassesten russischen Nationalismus bekannte und dadurch eine entsprechende Gegenwirkung unter der nichtrussischen Bevölkerung des Landes hervorrief, hätte die Anerkennung der nationalen Ansprüche der Völker Rußlands den Beginn des Zerfalls bedeutet. Und insoweit der russische Nationalismus auch organisierte Formen annahm (die nationalistische Politik Stolypins, der russische „Faschismus“ in Gestalt des „Russischen Volksverbandes“), vermochte er nur das Ende zu beschleunigen. Es ist der Sowjetmacht nur dadurch gelungen, das Reich zu erhalten und zu befestigen, daß sie statt der absolutierenden Auf-

fassung des nationalen Grundsatzes seine Relativierung hervorgehoben hat. Nur diese Auffassung des nationalen Grundsatzes, die das Wesen der Lehre Lenins und Stalins über die Nation bildet, ermöglichte die Schaffung eines politischen Systems, in welchem der Grundsatz der nationalen Selbstbestimmung und der Grundsatz der Diktatur nebeneinander bestehen. Indem sie das Bürgertum beseitigte, raubte die Sowjetmacht dem Nationalismus alten Schlages jegliche Entwicklungsmöglichkeit. Das neue nationale Bewußtsein wird dafür aber mit einem neuem Geiste durchtränkt. Als Träger dieses Geistes erscheint der sowjetische nationale Föderalismus.

Sein Wesen wird nicht durch die Verfassungsbestimmungen allein gekennzeichnet. Die Verfassung bietet jedoch ein allgemeines Schema; in ihm tritt jene Dynamik des ungeschriebenen Rechtes hervor, die in der UdSSR., wie in jedem föderativen Staat, die wichtigsten Entwicklungstendenzen bestimmt. Die Sowjetverfassung kennt drei Arten von national-politischen territorialen Einheiten: Bundesrepubliken, autonome Republiken und autonome Gebiete. Die Züge der Eigenstaatlichkeit sind am stärksten bei den Bundesrepubliken ausgeprägt. Nur sie erscheinen als vollberechtigte Mitglieder der Föderation, deren Stellung im großen ganzen dieselbe ist, wie die der Staatenmitglieder in anderen Bundesstaaten. Die Sowjetverfassung erkennt sie sogar als souveräne Staaten an, sie gewährt ihnen das Recht des Austritts aus dem Sowjetbund, sie haben ihre eigenen Regierungen, die nach dem Muster der Unionsregierung konstituiert sind, und ihre eigenen Verwaltungsapparate; sie wirken in der Unionsgesetzgebung mit und sind in den höchsten Unionsorganen vertreten. Die Eigenstaatlichkeit der autonomen Republiken ist schwächer ausgebildet. Sie sind nicht souverän, das Antrittsrecht wird ihnen nicht zuerkannt, ihre gesetzgeberischen Befugnisse sind enger gefaßt, das Aufsichtsrecht der Union ihnen gegenüber ist umfangreicher als bei den Bundesrepubliken. — Noch enger sind die Rechte der autonomen Gebiete, deren Befugnisse diejenigen der sonstigen Gebiete der Union nicht überschreiten. Die autonomen Gebiete unterscheiden sich indessen wesentlich dadurch, daß sie nach nationalen Merkmalen abgegrenzt sind, und daß sie — gleich wie die autonomen und Bundesrepubliken — in der Zweiten Kammer der Union, im Rat der Nationalitäten, unmittelbar vertreten sind. Eine mittlere Stellung zwischen den autonomen und Bundesrepubliken nehmen die transkaukasischen Republiken Georgien, Armenien und Aserbaidshan ein (1).

Dieses System der national-territorialen Autonomien wird durch das System des Minderheitenschutzes ergänzt. Völker und Stämme, die aus verschiedenen Gründen nicht autonome Einheiten höheren Ranges bilden können, werden als „nationale Rayons“ abgeteilt; wenn ihre Bevölkerungszahl dazu nicht reicht, bekommen sie ihre „nationalen Sowjets“, die innerhalb ihrer Bezirke alle allgemeinen Verwaltungsfunktionen ausüben. Die nationalen Rayons und Sowjets unter-

scheiden sich im verwaltungstechnischen Sinne nicht von den übrigen, sie fungieren dennoch als ausgesprochen nationale Körperschaften und sorgen für die unbehinderte Tätigkeit der nationalen Gerichte, des Schulwesens usw.; ihre Amtssprache ist selbstverständlich immer die nationale (2). Als Musterbeispiel des Minderheitenschutzes in der UdSSR. erscheint die Behandlung der jüdischen Minderheit, an der man die wesentlichen Züge der sowjetischen Minderheitenpolitik verfolgen kann. Da die Juden über das ganze Gebiet der UdSSR. zerstreut sind, konnten sie nirgends eine autonome Republik oder ein autonomes Gebiet bilden. Daher wurden sie nicht in das System des nationalen Föderalismus, sondern in das des Minderheitenschutzes einbezogen. Im Jahr 1932 hatten sie 3 nationale Rayons in der Ukraine, 1 in der Krim und 1 in Ostsibirien (Birobidschan) und außerdem 199 nationale Sowjets in der Ukraine, in Weißrußland und in der Krim. Die Bildung einer nationalen jüdischen Republik ist in Birobidschan vorgesehen, sobald die jüdische Bevölkerung dort genügend zahlreich sein wird. Daraus erhellt ein wichtiger Zug der Nationalitätenpolitik der UdSSR., nämlich ihre Elastizität: das ganze System stellt eine Stufenleiter der nationalen Selbstverwaltung dar, die die Völker nach und nach ersteigen sollen. Es werden beständig neue nationale Rayons gebildet, einige haben sich bereits in autonome Gebiete verwandelt, eine Reihe autonomer Gebiete wurde zu autonomen Republiken und eine autonome Republik (Tadschikistan) hat es schon bis zur Bundesrepublik gebracht. Auch die Grenzen der nationalen Einheiten sind ziemlich flüssig. Wenn man auch bei der Abgrenzung in erster Linie den national-ethnischen Grundsatz befolgte, so berücksichtigte man indessen auch die wirtschaftlichen Bedürfnisse (z. B.: Anschluß der Stadt Ufa an die Baschkirenrepublik). Eine schroffe Ablehnung erfuhren stets die „historischen“ Ansprüche auf die Grenzgebiete, die nicht selten erhoben wurden (z. B. von Georgiern, Jakuten, mittelasiatischen Völkern). Dagegen wurde den nationalen Aspirationen einiger Völker, die durch frühere Unterdrückung besonders heruntergekommen waren, Rechnung getragen — sogar in Fällen, wo sie nicht einmal eine Mehrheit in ihren Gebieten bildeten (Krim, Burjat-Mongolische Republik, Karelien).

Sowohl der nationale Föderalismus wie der Minderheitenschutz drücken die Rechte der Völker aus. Diesen Rechten werden in der Verfassung politische Garantien für die Einheit der Union gegenübergestellt. Das politische Übergewicht der Union wird dadurch gewährleistet, daß sie die gesetzgeberische Oberhoheit und Verwaltung aller wichtigsten Angelegenheiten, sowie weitgehendes Aufsichtsrecht in ihrer Hand zusammenfaßt. Auf wirtschaftlichem Gebiet ist die Oberhoheit in bezug auf Finanz- und Steuerpolitik, Budget, Leitung der Industrie und der Landwirtschaft — insbesondere wirtschaftliche Planung — unbestreitbar. In allen diesen Angelegenheiten müssen sich die Republiken entweder nach den

Gesetzen oder „Leitlinien“ der Unionsorgane richten. Die Selbständigkeit der Republiken tritt hauptsächlich auf dem Gebiet der Kulturpolitik in Erscheinung. Die Kulturpolitik der nationalen Republiken gelangte zu ungemeiner Entfaltung und veränderte in kurzer Zeit vollständig das Gesicht der früheren „russischen“ Provinzen. Die überall einsetzende Entwicklung der nationalen Sprachen, Literaturen, Kunst, wissenschaftlichen Forschung — besonders der Heimatkunde, Geschichte und Folkloristik — zeigt, in welchem Maße das Sowjetsystem, ungeachtet seines ausgesprochen zentralistischen Charakters, zur Förderung des National-



Karte der national-autonomen Gebiete und der hauptsächlichlichen Rohstoff-Vorkommen.

bewußtseins unter den Völkern Eurasiens beigetragen hat. Dieses Wachstum des Nationalbewußtseins stellt die wichtigste Tatsache bei Beurteilung des sowjetischen nationalen Föderalismus dar. Es ist politisch viel wichtiger als manches „Reservatrecht“. Es heißt die innere Dynamik des Sowjetsystems verkennen, wenn man behauptet, es stelle einen Scheinföderalismus dar, der nur die Fassade für einen im Grunde zentralistischen Staat bildet. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Weder die juristische Oberhoheit der Union noch die Diktatur der Kommunistischen Partei können die immer klarere politische Formung des nationalen Willens bei den Sowjetvölkern verhindern — selbst wenn sie es wollten. Die nationale Willensbildung der Völker in der UdSSR. ist durch den Staat legalisiert worden,

und eben dieser Staat hat für ihren nationalen Willen neue politische Organisationsformen geschaffen. In dieser Beziehung ergänzen sich das System des Föderalismus und das des Minderheitenschutzes. Beide leisten sie ungeheuere erzieherische Arbeit, deren Folgen zur Zeit nicht voraussehen sind. Die Sowjetmacht hat es verstanden, die Leitung des ganzen staatlichen Lebens in ihren Händen zu konzentrieren. Auf diese Weise ist sie der separatistischen Gefahr weniger ausgesetzt als die alte Staatsmacht. Indem sie aber diese Einheit durchsetzte, führte die Sowjetregierung einen neuen Faktor in die politische Praxis ein, der äußerste Geschicklichkeit und Vorsicht verlangt. Denn einmal erwacht, wird sich das Nationalbewußtsein nie mit dem bloßen Schein politischer Rechte abfinden. Das weiß sicher niemand besser als Stalin, der die Nationalitätenpolitik der Sowjetunion von Anfang an leitet.

Hier kommen wir zu dem grundlegenden Problem der Nationalitätenpolitik in der UdSSR. Wenn der Exponent der Einheit die Union ist, worauf beruht dann ihre Macht? Von welcher Kraft wird sie getragen? Man antwortet gewöhnlich: von der Kraft der zahlenmäßig und hinsichtlich kultureller Kräfte stärkeren russischen (großrussischen) Bevölkerung. Diese Antwort ist nur zum Teil richtig. Es ist wahr, daß das russische Volk in der neuen Geschichte das politisch bindende Element auf dem eurasiatischen Raum war. Es ist ferner klar, daß es mehr als irgendein anderes Volk in der UdSSR. an der Erhaltung der Einheit interessiert ist. Um das zu begreifen genügt ein Blick auf die Karte der Union; ungefähr $\frac{9}{10}$ der national-autonomen Territorien liegen an der äußeren Grenze der Union, dazu noch an den empfindlichsten Stellen, zum Teil an den wichtigsten Küstenlinien; der überwiegende Teil der natürlichen Rohstoffquellen der Union entfällt ferner gerade auf die national-autonomen Neubildungen. Hinzukommt noch, daß die Russen auf dem ganzen Gebiet der Sowjetunion zerstreut sind, in den meisten Grenzrepubliken aber nur winzige Minderheiten bilden (3). Politisch und wirtschaftlich können vielleicht einige Völker der Union auch ohne Russen existieren — allerdings unter Voraussetzung eines Anschlusses an andere wirtschaftspolitische Komplexe; für das russische Volk ist dagegen eine engste politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit umliegenden Völkern unentbehrlich und ein politischer „Anschluß“ an irgendeine fremde Macht — ausgeschlossen. Es ist daher verständlich, daß die Sowjetmacht immer die stärkste Unterstützung bei der russischen Bevölkerung finden wird, die vom bevölkerungspolitischen Standpunkte aus nach wie vor die Grundlage des Reiches bildet. Trotzdem reicht diese Unterstützung allein bei weitem nicht aus, um die Einheit des Reiches zu gewährleisten: das lehrten Krieg und Revolution. Das Zarenrußland suchte seinen Halt nur bei der russischen Bevölkerung. Die anderen wurden durch die russische Armee und durch den russischen Verwaltungsapparat zum Gehorsam gebracht. Die Politik der Sowjetregierung ist ganz anders orientiert. Sie trägt in erster Linie der

fortschreitenden politischen Nationalisierung der neuen staatsähnlichen Gebilde Rechnung. Praktisch läuft die Politik der Nationalisierung bzw. „Indigenisierung“ sämtlicher politischer und wirtschaftlicher Körperschaften in den Republiken und autonomen Gebieten darauf hinaus, das russische Element als solches allmählich zu verdrängen (4). Die Russen sind überall noch immer stark vertreten, verhältnismäßig stärker als die Einheimischen, und zwar in der höheren Verwaltung stärker als in der unteren. Diese Erscheinung trägt aber keinen grundsätzlichen Charakter; die Tendenz zur Verminderung des russischen Einflusses kommt überall zur Geltung, sie wird nur durch die geringere Erfahrung und die verhältnismäßige kulturelle Rückständigkeit der Völker zeitweilig gedämpft. Eine Voraussetzung der weiteren Nationalisierung und eine Gewähr dafür, daß sie nicht zum Stillstand kommen wird, schafft die Einführung der allgemeinen Schulbildung in den nationalen Sprachen im Jahr 1931 bis 1932 (5).

Die Rote Armee und die Kommunistische Partei stellen die Bundesorganisationen dar, denen es in erster Linie obliegt, die staatliche Einheit aufrechtzuerhalten. In der Armee sind die Russen noch immer stärker vertreten als die anderen Nationalitäten (6). Dies ist zum großen Teil darauf zurückzuführen, daß die neue Armee in ihrer Anfangszeit mit Hilfe des alten russischen militär-pädagogischen und technischen Apparates geschaffen werden mußte. Sämtliche Völker Mittelasiens und des Kaukasus mit Ausnahme von Georgiern und Armeniern, sowie die ganze einheimische Bevölkerung Sibiriens und Nordrußlands, d. h. zusammen etwa 20% der heutigen Bevölkerung der UdSSR., kannten die allgemeine Wehrpflicht im alten Rußland nicht. Man kann sich leicht vorstellen, welche Schwierigkeiten heute zu überwinden sind, um alle diese Völker militärisch auszubilden. Das geschieht jetzt durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht für die gesamte Bevölkerung der Sowjetunion. Die Völker stellen aber nicht nur Rekruten für die einheitliche Armee der Union, sie bilden auch ihre eigenen nationalen Formationen, eine Tatsache von höchster politischer Tragweite.

Nur wenig anders verhält es sich mit der Kommunistischen Partei. Wenn auch hier die Russen das Gros der Partei als Ganzes bilden, so sind dennoch die einzelnen Teile sehr stark nationalisiert (7). Sowohl die Armee wie die Partei, als Organisationen der ganzen Union, müssen natürlicherweise die zahlenmäßige Stärke des Russentums in der Union widerspiegeln; indessen wird in beiden das russische Element immer mehr in das richtige Verhältnis zu den anderen Nationen gebracht (8). In den beiden Organisationen werden die mannigfachen nationalen Teile im gleichen Geiste der Einheit und der Disziplin erzogen; dieser Geist ist aber nicht der Geist des russischen oder irgendeines anderen Nationalismus. Um den Charakter jener Einheit zu begreifen, welche die Armee und die Partei verbindet, muß man ihren sozialen Bestand untersuchen. Sie werden beide aus dem gleichen sozialen Material rekrutiert, und eben dadurch wird ihr „Geist“ be-

stimmt. Den negativen Folgen der Nationalisierung stellt die Sowjetregierung das positive Moment der sozialen Gebundenheit gegenüber.

Diese Seite der Sowjetpolitik offenbart sich noch stärker auf dem Gebiet des national-wirtschaftlichen Aufbaus. Der formalen demokratischen Selbstbestimmung der Nationen tritt die Sowjetmacht mit dem Grundsatz der realen nationalen Befreiung entgegen. Man versteht darunter die Schaffung von praktischen Voraussetzungen zur nationalpolitischen Entwicklung der Völker. Allgemeiner Schulunterricht in den nationalen Sprachen, nationale Wehrformationen, Nationalisierung der Verwaltung — alles dies sind wichtige Etappen der „realen Befreiung“. Die allerwichtigste ist aber vielleicht die wirtschaftliche Hebung der Völker und die Schaffung eigener Industrieherde bei ihnen. Der Fünfjahresplan war in dieser Hinsicht der Ausdruck nicht nur der sozialen und wirtschaftlichen Politik der Sowjetregierung, sondern zugleich auch ihrer Nationalitätenpolitik. Nach dem Fünfjahresplan wurden in der Wirtschaft der nationalen Republiken viel mehr Kapitalien investiert als durchschnittlich in der ganzen Unionswirtschaft. Die nationalen Industrien wuchsen in einem weit rascheren Tempo als die der Union im ganzen, und die Verlagerung des industriellen Schwergewichts nach Osten ist gleichbedeutend mit der Industrialisierung der nationalen Grenzgebiete. Demzufolge bildeten sich in den Republiken überall Kaders ihrer eigenen „nationalen“ Arbeiterschaft. Und da die Sowjetregierung keinen bestimmten Nationalismus vertritt, ist das Proletariat allorts nicht ihr Gegner, sondern ihr Verbündeter. Eben dieses Proletariat stützte die Sowjetmacht bisher bei der Unterdrückung verschiedener lokaler staatsfeindlicher Bewegungen (die Basmatschenaufstände in Mittelasien, das Abrekentum im Nordkaukasus, die georgische Konterrevolution im Jahr 1925).

■

Die Nationalitätenpolitik in der UdRRS. bedeutet vom geographischen Standpunkte aus in erster Linie die politische Selbstbestimmung ihrer Randgebiete. Beim Vorhandensein feindlicher Einwirkungen von auswärts birgt das eine Gefahr in sich, die durch keinerlei Verfassungsgarantien aufgewogen werden kann. Das begreift man in der UdSSR. sehr gut. Eine wirkliche Garantie der Staatseinheit sieht man dort in der sozialpolitischen Einheit jener Kräfte, die das Leben der Sowjetunion sowohl im Zentrum wie in den Grenzgebieten gestalten. Indem die Sowjetmacht den nationalen Grundsatz relativierte, ordnete sie ihn dem Grundsatz der sozialen und wirtschaftlichen Einheit unter. Der Fünfjahresplan verlieh der Spezialisierung der Rayons Ausdruck; er förderte stark die Nationalisierung ihrer industriellen Wirtschaft; dafür aber bezog er sie in das System der einheitlichen Bundeswirtschaft ein. Dieselbe Aufgabe verwirklichte auf einem anderen Wirtschaftsgebiet die landwirtschaftliche Kollektivierung. In allen Fällen gewann der Grundsatz der wirtschaftsgeographischen Integrierung

über den Grundsatz der ethnischen Differenzierung die Oberhand. Dadurch wurde für die UdSSR., als Nationalitätenstaat, die einzig mögliche Lösung gegeben. Noch mehr: wie das Beispiel Chinas zeigt, kann die nationale Verbundenheit allein, beim Fehlen einer wirtschaftsgeographischen Verbundenheit, sogar bei einem Nationalstaat nicht die Integrität des Volksraumes gewährleisten. Die überkluge Ansicht, nach der die Klassenpolitik der Sowjetregierung nur eine Dekoration für den russischen Nationalismus abgibt, in dessen Fahrwasser sie sich „auch gegen ihren Willen“ bewegen muß, wird durch die ganze Entwicklung des Sowjetstaates widerlegt. In der Tat hat sich die übernationale Klassenpolitik als integrierender Faktor erwiesen. Das mag paradox klingen, und dennoch: der Grundsatz des Klassenkampfes wurde für die Sowjetvölker zur Schule der staatlichen Erziehung.

1. Die nationalpolitische Zusammensetzung der UdSSR:

Bundesrepubliken:	Autonome Republiken:	Autonome Gebiete:
RSFSR. (Russische Sowjet. Föderative Soz. Rep.)	Karelische Baschkiren- Tatarische Dagestan Krim Kasakstan Kirgisen- Jakutische Tschuwaschen- Wolga-Deutsche- Burjat-Mongolische Kara-Kalpakien-	Komi (Syrjanen) Mari Wotjaken Mordwinen Kalmüken Adygeisches Inguschen Kabardino-Balkarisches Karatschaen Nord-Ossetisches Tscherkessen Tschetschenzen Oiraten Chakassen
Ukrainische SSR.	Moldauische	—
Weißrussische SSR.	—	—
Transkaukasische Föderative Sow. Soz. Rep. besteht aus Soz. Sowjetrepublik	Aserbaidtschan	Nachitschewan Berg-Karabach
„ „	Armenien	—
„ „	Georgien	Abchasien Adscharien Süd-Ossetisches
Usbekische SSR.	—	—
Türkmenische SSR.	—	—
Tadschikische SSR.	—	Berg-Badachschan

2. Nach den letzten Angaben betrug im Jahre 1932 die Zahl der nationalen Rayons in der ganzen Union 242, die Zahl der nationalen Räte 5266. Außerdem gab es im nördlichen Rußland und in Sibirien 12 nationale Bezirke (eine Mittelform zwischen dem nationalen Rayon und dem nationalen Gebiet), die oft zwei oder noch mehr Stämme einschließen, und 388 sog. „einheimische Sowjets“. Die letzten stellen eine Art der national-personalen Autonomie dar, da ihnen nur die Einheimischen unterstellt sind.

3. Die russische und einheimische Bevölkerung in den nationalen Republiken und Gebieten nach der Volkszählung 1926:

	Russen v. H.	Einheimischen v. H.
Ukraine	9,23	80,02
Weißrußland	7,70	80,62
Transkaukasien	5,74	Georgier 30,67 Armenier 22,73 Turkotataren 28,20
Turkmenische Rep.	7,5	72,0
Usbekische Rep.	5,6	76,0
Tadschikische Rep.	0,8	78,4
Kasakstan	20,6	58,8
Kara-Kalpakien	1,6	38,1
Kirgisien	11,7	66,4

Die Mehrzahl bilden die Russen in der Karelischen Aut. Rep. (57%) und Burjat-Mongolischen (53%); in der Krim beträgt der Anteil der Russen 42%, der Krim-Tataren 25%.

4. Der Prozentsatz der Einheimischen in der Verwaltung:

	Höhere Behörden		Die ganze Verwaltung	
	1927	1930	1927	1930
Weißrußland	46,3	49,5	60,4	60,7
Ukraine	30,5	36,2	54,3	58,6
Georgien	47,4	74,1	59,7	66,1
Armenien	?	93,5	?	94,9
Aserbaidshzn	24,6	36,8	?	37,2
	Höhere Behörden			
	1929	1931		
Usbekische SSR.	11,5	38,6		
Turkmenische SSR.	8,36	37,8		
Tadschikische SSR.	14,3	?		
Kasakische Autonome Republik	12,1	23,1; im Jahr 1932: 29,9%		

5. Vgl. M. Heinemann und J. Semjonow: Die nationale Schule in der UdSSR., Pädagogisches Zentralblatt 1932, Februar-Heft.

6. Die nationale Zusammensetzung der Roten Armee im Jahre 1930:

	Im ganzen v. H.	Offizierkorps v. H.	Die ganze Bevölkerung v. H.
Russen	64,23	71,59	53,05
Ukrainer	18,56	10,32	21,27
Weißrussen	5,17	4,91	3,23
Juden	2,09	2,15	1,77
Tataren	1,69	0,73	1,99
Georgier	1,21	1,50	1,24
Armenier	1,02	0,77	1,07

Die übrigen machen weniger als 1% aus.

7. Die nationale Zusammensetzung der Kommunistischen Partei:

Russen	70,97%	Polen	1,35%
Ukrainer	8,74%	Armenier	0,78%
Juden	8,32%	Georgier	0,70%
Weißrussen	1,75%	Tataren	0,96%
Letten	1,75%		

Der Prozentsatz der Einheimischen in den Kommunistischen Parteien (im Jahr 1930):

der Ukraine	52,3 v. H.	Usbekistans	50,6 v. H.
Weißrußlands	55,5 „ „	Kasakstans	43,3 „ „
Aserbeidschans	39,4 „ „	Kirgisiens	47,7 „ „
Armeniens	89,1 „ „	Dagestans	64,2 „ „
Georgiens	64,6 „ „	Kalmükiens	73,5 „ „

Bei den nordkaukasischen Völkerschaften schwankt der Prozentsatz der Einheimischen zwischen 40 und 70%.

8. Der Prozentsatz der Einheimischen in der Kommunistischen Partei Kasakstans:

1925	33,7 v. H.	Anfang 1931	45,1 v. H.
1930	43,3 „ „	Ende 1931	50,0 „ „

ALBRECHT HAUSHOFER:**Berichterstattung aus der atlantischen Welt**

„Disarmament“, das Organ der an der Abrüstung interessierten angelsächsischen Gliederungen der Völkerbundsunion, beginnt einen ernsthaften und melancholischen Überblick über den Stand der Abrüstung und die Rüstungsindustrie (Vol. III, 4 vom 1. 4. 1933) mit einer reizvollen kleinen Geschichte, in der Unterhausdebatte am 28. Februar von dem Abgeordneten Morgan Jones erzählt: Eine große britische Waffenfirma macht in einem Teil ihrer Anlagen Munition für China und in einem anderen Teil Munition für Japan. Eines schönen Tages erschienen die Vertreter beider Staaten zu gleicher Zeit innerhalb von fünf Minuten am Fabrikeingang mit der Absicht, die Fortschritte der Fabrikation zu prüfen. Der Portier, obwohl an Handelsattachés und sogar an Minister gewöhnt, war diesem Problem hoher Politik nicht gewachsen. Er hatte nur ein Wartezimmer und führte beide Herren dorthin, bis ein Direktor herbeigerufen werden konnte. Die Vertreter grüßten einander mit orientalischer Höflichkeit, und ihre Unterhaltung kam auf den Preis, den sie für ihre Bestellungen zu zahlen hätten. Darin waren sie einig: Der Preis war hoch — viel zu hoch! Und als der Direktor erschien, fand er seine streitbaren Abnehmer versöhnt, wenigstens soweit, als sie mit vereinten Kräften einen Preisnachlaß verlangten...

Fügt man hinzu, daß Direktoren und Aufsichtsräte dieser Firma vermutlich gute Vertreter der englischen Humanität sind, die bewegliche Klage zu führen weiß, wenn es in anderen Teilen der Welt nicht ganz nach ihren Wünschen zugeht, so hat man wieder an einem kleinen Beispiel eine reizvolle Erläuterung von dem, was vom Frieden auf Erden trotz allen Konferenzen im Augenblick zu halten sei.

Je weniger Frieden es gibt, desto mehr wird vom Frieden gesprochen. Je weniger Vertrauen es gibt, desto mehr wird von Vertrauen gesprochen. Und wenn eine besondere Welle von Vertrauen durch die Welt geht, dann pflegt sie sich darin zu äußern, daß die Staatsmänner der großen und der kleinen Mächte Besuchsreisen unternehmen. Der April 1933 ist ein Monat solcher Reisen gewesen. Macdonalds Besuch in Rom — nachhaltig abgestoppt bei der Rückkehr in Paris; die Reisen deutscher Minister nach Rom; und dann ein Hin und Her auf den Strecken Wien—Rom und Budapest—Rom; Warschau—Prag und Bukarest—Paris; schließlich die Atlantikreise Macdonalds und Herriots — das alles in wenigen Wochen; äußeres Zeugnis der großen Unruhe, die über Europa liegt. Mussolinis Vorschlag eines Viermächtepaktes hat die anderen Großmächte auf den Plan gerufen. Die Front der starren Gegner jeder wirksamen Revision hat sich neu zusammengeschlossen; die polnische und die tschechische Außenpolitik sind bestrebt, ihre bisherigen Meinungsverschiedenheiten zurückzustellen, um zusammen mit Frankreich

jeden Versuch einer ernsthaften Revision der Friedensverträge zu verhindern. In England ist die Stellung des Revisionismus stark geschwächt; man wird damit zu rechnen haben, die englische Außenpolitik auf einer vor allem in territorialen Fragen sehr konservativen Linie zu finden. Es ist seit vielen Jahren zum erstenmal, daß sich englische und französische Staatsmänner gemeinsam in Washington bemühen, um eine stärkere Beteiligung Nordamerikas an einem neuen Regime der „Sicherheiten“ in Europa zu erreichen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß Roosevelt, in dessen Stab sich ein guter Schuß echten Wilsonismus' findet — in vorsichtigen, aber dennoch wirksamen Formen in die Bahnen Wilsonscher Sicherungspolitik zurücksteuert. Das würde für lange Sicht eine erhebliche Gefährdung des europäischen Friedens bedeuten; denn es ist sehr unwahrscheinlich, daß auch nur ein Teil der für dauernde Ordnung in Mitteleuropa erforderlichen Revision in eine solche „Sicherheit“ eingebaut werden könnte — um so mehr, als eine Gleichschaltung auch der revisionistischen Kräfte Europass in ihren letzten Zielen keineswegs erreicht ist. Es wird immer leichter sein, Mächte, die zu verlieren haben, zur Verteidigung eines bestehenden Zustandes zusammenzuschließen, als Mächte zu einigen, die zwar gemeinsam ändern wollen, aber doch eine sehr verschiedene Vorstellung von dem Zustand haben, der durch die Änderung herbeigeführt werden soll. Darüber besteht zwischen London, Paris und Washington Klarheit, daß es sich in diesem Sommer um die Regelung des Gesamtkomplexes von Abrüstung, Schulden, Währungen und Zöllen handelt; das Fallenlassen des Dollars durch die Regierung der Vereinigten Staaten hat diese Erkenntnis gestärkt, wo sie schon vorhanden war; geschaffen, wo sie noch fehlte. Bis zur Einigung zwischen den westlichen Hauptmächten ist noch ein weiter Weg; aber die Grundzüge einer Einigung zeichnen sich vor uns ab; wie wir schon in unserem letzten Bericht angedeutet haben, werden an die Außenpolitik der an den Vorbesprechungen nicht beteiligten Mächte große Anforderungen gestellt werden, wenn sie nicht stark in den Hintergrund gedrängt werden wollen.

Zu den Mächten, die mit starker Besorgnis die Washingtoner Gespräche verfolgen, gehört auch die Sowjetregierung, die auf der einen Seite hofft (schon mit Rücksicht auf die ostasiatischen Entwicklungen), von Roosevelt freundlicher behandelt zu werden, als sie von Hoover behandelt wurde; die auf der anderen Seite durch die doppelte Spannung ihre Beziehungen sowohl zu Deutschland wie zu England belastet ist. Die Scheidung zwischen Außenpolitik und Innenpolitik, die in ihrer strengen Form aus Zeiten überkommen ist, in denen es weder eine öffentliche Meinung im heutigen Sinn noch die Beeinflussung einer solchen öffentlichen Meinung in großem Stil durch die jeweils herrschenden Kräfte eines Staates gegeben hat — diese Scheidung zwischen Außen- und Innenpolitik wird zwar allgemein theoretisch anerkannt und mit diplomatischen Schritten aufrecht erhalten; in Wirklichkeit besteht sie kaum mehr in der alten Weise. Die Stellung sowjet-

russischer Wirtschaftsvertretungen war immer schwierig; die Durchsuchung der Arcos brachte seinerzeit den Sinowjew-Brief und seinen ungeheuren Einfluß auf die englische Gesamtpolitik eines halben Jahrzehnts; auch für andere Länder ist die Unterscheidung zwischen von Moskau geförderten Parteien, von Moskau abhängigen Wirtschaftsunternehmungen, offiziellen Handelsvertretungen (die zum Teil diplomatische Exterritorialität genießen oder beanspruchen) und Beamten des Außendienstes nicht immer leicht. Die Russen sind dabei von einer Empfindlichkeit, die sie anderen Staaten nicht ohne weiteres zubilligen; und die russische Außenhandelspolitik macht es der russischen Diplomatie möglich, Verstimmungen einen sehr wirksamen Ausdruck zu geben; ein vor kurzem an alle Wirtschaftsorganisationen der Sowjetunion erteilter Auftrag, zu prüfen, wie weit eine Umstellung des russischen Imports von Deutschland und England fort auf Frankreich und die Niederlande, Skandinavien und die Nachfolgestaaten möglich sei, mag hierfür als Beweis dienen.

Die innere Lage der Sowjetunion ist am Ende dieses Winters besonders schwierig. Es ist kein Zweifel, daß die übersteigerte Durchführung der schwerindustriellen Teile des Fünfjahresplanes letzte Kraftreserven erschöpft hat; daß vor allem die Kollektivierung der Weizengebiete keineswegs den erhofften Produktionserfolg gehabt hat. In weiten Teilen Südrußlands und der Ukraine, vor allem im Nordkaukasus und in Kasakstan — also gerade in jenen halbariden Gebieten, in die der Ackerbau in den letzten Jahren hineingezwungen ist — herrschen Verhältnisse, die auch für sowjetrussische Begriffe kaum anders als mit dem Namen Hungersnot zu bezeichnen sind. Jedesmal, wenn sowjetrussische Verhältnisse sich besonders zuspitzen, wird nach innen oder nach außen Ablenkung gesucht. Scharfe Maßnahmen gegen die „Schädlinge“ müssen den Beweis führen, daß nicht eine mangelhafte Gestaltung von Staat und Wirtschaft im ganzen (für die der Kommunismus als solcher verantwortlich wäre), sondern der böse Wille einzelner oder ganzer Gruppen von „Klassenfeinden“ für das vielfältige Versagen verantwortlich sei. Wie früher, sind es auch diesmal wieder ausländische Ingenieure, die verantwortlich sein sollen, daneben aber Vertreter der russischen Intelligenz, der gehobenen Bauernschaft, der Betriebsleiter und ähnlicher Zwischenschichten. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß in letzter Zeit eine besonders scharfe Durchsiebung und Unterdrückung in den Gebieten nichtrussischer Nationalität erfolgt, vor allem wieder in der Ukraine, bei den Wolgadeutschen und den Kaukasusvölkern. Davon ist in der Presse wenig die Rede; auf lange Sicht sind diese Vorgänge wichtiger als der groß aufgezogene Prozeß gegen englische Ingenieure, über den reichlich genug berichtet worden ist.

Unsere Leser kennen die Technik politischer Propaganda gut genug, als daß wir uns scheuen müßten, ihnen einen Auszug aus dem Bericht zu geben, der von russischer Seite über den Hintergrund des Ingenieur-Prozesses gegeben wird:

Das Vorgehen der britischen Regierung (d. h. die scharfen Forderungen, die von England aus während des Prozesses erhoben, die scharfen Maßnahmen, die noch vor dem Urteil durchgeführt wurden) . . . „beweist, daß der britische Imperialismus das Ziel hat, einen gewöhnlichen internationalen Zwischenfall in einen ernstesten internationalen Konflikt zu verwandeln, den man zu Zwecken ausnutzen konnte, die mit dem Wesen der Sache nichts zu tun haben. Und das wird durch die Politik der englischen Regierung während des Prozesses und nach der Urteilsfällung vollauf bestätigt. Das Embargo, das über einen bedeutenden Teil des Sowjetimports, ungefähr 80% aller aus der Sowjetunion nach England eingeführten Waren verhängt wurde, zeigt, was die britische Regierung bewogen hat, ihre von vornherein unerfüllbaren Forderungen aufzustellen und von der Sowjetregierung Handlungen zu verlangen, die für einen souveränen unabhängigen Staat unmöglich sind.

Die englische Regierung brauchte nur eine Ausrede, um unter dem Deckmantel rein politischer Forderungen wirtschaftliche Maßnahmen durchzuführen, deren Durchführung in einer normalen politischen Situation selbst für die heutige englische Regierung mit ihrer ungeheuren Mehrheit im Parlament unmöglich gewesen wäre. Der von der englischen Regierung selbst hervorgerufene und aufgebauchte Konflikt wurde von ihr zur Durchführung jener Beschlüsse von Ottawa gebraucht, die, da sie den englischen Verbraucher aufs ärgste schädigen, unter anderen Umständen selbst in den Reihen der Konservativen auf scharfen Widerstand gestoßen wären . . . (Diese Maßnahmen) kommen gerade im Augenblick, wo sich die Pilger von allen Seiten mit Macdonald an der Spitze nach Washington aufmachten, um gemeinsam mit dem neuen amerikanischen Präsidenten neue Methoden zum Schutz der kapitalistischen Wirtschaft vor der endgültigen Katastrophe zu suchen. Als Beitrag zu dieser ‚schöpferischen‘ Arbeit bringt das britische Imperium das Embargo auf Sowjetwaren nach Washington, d. h. die Durchführung jenes Teils der Ottawa-Beschlüsse, die beweisen, daß die englische Regierung in ihrer wachsenden Angst um ihren Einfluß in den Dominions sich auf den Weg der Imperiums-Autarkie begeben hat . . .“

So steht es auf dem geduldigen Papier der „Moskauer Rundschau“ vom 23. April 1933. So also will man, daß der Konflikt mit England in Moskau gesehen werde. Von den eigenen Zielen kein Wort! Ein Stückchen Wahrheit freilich steckt auch in einer dermaßen zugespitzten Darstellung; die Ungleichheit der Außenhandelsbilanz mit Sowjetrußland ist in England seit langem mit Besorgnis verfolgt worden; daß man sich von der Exterritorialität der russischen Handelsvertretungen gern befreit hat, ist sicher; daß das Verbot der russischen Holzeinfuhr die wirtschaftspolitische Einigung mit Kanada erleichtert, ist zweifellos. Trotzdem sollte auch die „Moskauer Rundschau“ nicht übersehen, daß die Grundursache des Konflikts das Bedürfnis der russischen Innenpolitik nach einem Schädlingsprozeß gewesen ist und nichts anderes.

In den Vereinigten Staaten wird zur Zeit in den verhältnismäßig freien Formen, die das Angelsachsentum liebt, eine Neuordnung der Wirtschaft vorbereitet, in der von der Vorstellung des liberalen Nachtwächterstaates ebensowenig übrigbleibt wie von einer mißverstandenen freien Wirtschaft. Zwei große Probleme stehen im Vordergrund: die Notlage der Farmgebiete, deren bedrohliche Zustände schließlich zur Aufgabe des Dollars und zu einer einstweilen gemäßigten Inflation geführt hat, und die Reorganisation des Verkehrswesens, auf deren Notwendigkeit wir schon mehrfach hingewiesen haben. Sie steht als große Aufgabe vor allen Staaten mit wohlausgebautem Eisenbahnnetz und wird auf die Dauer ebensowenig umgangen werden können wie eine umgekehrte Umstellung vor hundert Jahren. Damals kam der Schienenweg auf und zerstörte die bisherige Organisation des Straßenverkehrs. Jetzt holt sich der motorisierte Straßenverkehr seinen Anteil zurück; die Aufgabe heißt, das richtige Gleichgewicht zwischen Straße und Schiene zu finden. In Europa ist ein altes Straßennetz durch die Bahnen verödet worden; es belebt sich jetzt wieder auf Kosten der Schiene. In Nordamerika hat es vielfach Schienenwege gegeben, längst bevor ein Straßennetz vorhanden war. Erst während des Krieges und nach dem Krieg ist in den Vereinigten Staaten ein mustergültiges Straßennetz geschaffen worden; der Stoß gegen die Monopolherrschaft der Bahnen ist damit noch plötzlicher erfolgt als in Europa, das in dieser Beziehung mit England an der Spitze langsam nachfolgt.

Eines der wichtigsten amerikanischen Probleme ist inzwischen gelöst: die Prohibition ist gefallen. Damit verschwindet aus dem amerikanischen Leben ein sehr wesentliches Element, das einen bedeutenden Anteil an den inneren Schwierigkeiten vor allem dadurch gehabt hat, daß es den Geist der Ungesetzlichkeit durch die gesamte Bevölkerung getragen hat.

Aus dem Bereich des internationalen Rechtes sind, neben dem Weiterschwelen des Amazonas- und des Chacokonflikts, zwei Fälle von friedlicher Regelung langdauernder Streitigkeiten zu melden. Ende März haben sich die beiden mittelamerikanischen Republiken, Honduras und Guatemala, über ihre Grenze geeinigt. Handelt es sich auch nur um ein an Fläche und Bevölkerung verhältnismäßig kleines Gebiet, so ist es doch ein Streifen Landes von bedeutender Entwicklungsmöglichkeit: jenes Dreieck zwischen der Südspitze von Britisch-Honduras, dem Golf von Honduras und dem beiderseits niemals bestrittenen Besitz von Honduras und Guatemala: um das Tal des Rio Motagua, den Lago di Izabal und den Hafen Puerto Barrios, den einzigen atlantischen Hafen Guatemalas mit Bahnverbindung nach dem Inneren. Wäre der Anspruch von Honduras durchgedrungen, so wäre Guatemala von seinem Zugang zur atlantischen Küste abgeschnitten worden. So ist der größte Teil des bestrittenen Gebietes Guatemala zugesprochen worden; sogar einige wirtschaftliche Vorposten der Cuyamel Fruit Company, die von Honduras aus

arbeitet, sind an Guatemala gefallen. Beide Staaten haben den Schiedsspruch angenommen; damit verschwindet der letzte Territorialkonflikt in Mittelamerika.

Etwas später hat das Haager Schiedsgericht den Anspruch Norwegens auf die Ostküste Grönlands zurückgewiesen und das dänische Besitzrecht anerkannt. Ein anderer Spruch war nach rechtlichen Überlegungen kaum möglich. Sowohl Norwegen wie Dänemark haben die Erledigung des Streitfalls in bemerkenswert guten Formen entgegengenommen. Der König von Norwegen hat seinem Bruder, dem König von Dänemark, seinen Glückwunsch übermittelt; der König von Dänemark hat Norwegen sein Mitgefühl an dessen Enttäuschung ausgesprochen; der norwegische Ministerpräsident hat seine Landsleute daran erinnert, daß es für sie ein Stolz sei, den ersten größeren Territorialkonflikt vor dem Haager Schiedsgericht friedlich zum Austrag gebracht zu haben. An anderen Stellen der Welt denkt man weniger gerecht und weisel!

Zu den Unruheherden Südamerikas scheint sich ein neuer (wenn man will, auch ein sehr alter) zu gesellen: die Insel Cuba, die unter dem doppelten Druck einer sehr energischen Diktatur ihres Präsidenten Machado und einer beispiellosen Wirtschaftskrise zu rebellieren beginnt. Es ist sehr leicht möglich, daß die Vereinigten Staaten zu derselben Zeit, wo sie Haiti wieder einen Schein von Selbständigkeit gewähren und von der Unabhängigkeit der Philippinen sprechen, sich gezwungen sehen zu einer neuerlichen Intervention auf Cuba. Auch die verdeckten Formen der Kolonialpolitik haben ihre Schwierigkeiten.

Ein Beispiel dafür bietet in den letzten Monaten Syrien, wo die Franzosen einem verstärkten Expansionsbedürfnis der syrischen Nationalisten, sowohl gegenüber der französischen Oberherrschaft wie gegenüber den kleinen autonomen Gebieten Syriens, gegenüberstehen. Die Syrer verlangen weniger eine Ausdehnung Syriens auf Kosten der Libanonrepublik als die Aufhebung der Autonomie der Drusen und Alauten. Der französische Gouverneur hat die beiden kleinen Stämme gefragt, ob sie bereit seien, ihre Selbständigkeit zu opfern. Sie haben es leidenschaftlich abgelehnt. Nun findet sich der französische Gouverneur in einer ähnlichen Lage wie die britische Verwaltung in Indien: sie hat kleine Raumpörper und Minderheiten vor dem Verschlucktwerden durch neugeborene asiatische Nationalismen zu schützen.

Fragen der Gliederung kommen auch im britischen Reichskörper nicht zur Ruhe: Wir müssen weit in den indopazifischen Bereich hinübergreifen, um das jüngste Beispiel aufzuzeigen: Westaustralien, der durch weite Trockengebiete mit mangelhaften Verkehrsverbindungen von den übrigen Teilen der Commonwealth getrennte Gliedstaat, ist unzufrieden mit seiner Stellung im Rahmen des Ganzen und will seine eigenen Wege gehen — das heißt: aus dem „unauflöslchen“ Bunde ausscheiden. Wir glauben nicht, daß der Wunsch besteht, sich unmittelbar wieder der Londoner Zentrale zu unterstellen. So wird ein lockerer Zusammenhalt

mit Canberra bleiben müssen; welcher Ausweg gefunden wird — der des reinen Zwanges wäre sehr unbritisch —, hier wird eine Probe dafür gegeben sein, ob die geschmeidige Staatskunst Alt-Englands, von deren Geist Südafrika ein so klares Beispiel gegeben hat, auch nach Australien hinüberreicht. Gestaltwandel — nicht Auflösung!

KARL HAUSHOFER:

Bericht über den indopazifischen Raum

Strukturwandel ist das Gesetz und die große Mode der Stunde! Auch für den inneren Aufbau und Umbau von Staaten, Reichen und Erdteilen gibt es rasch um die Erde wandernde Moden. Freilich ist das innerpolitische Hemd näher als der außenpolitische Rock. Aber wer sich so ausschließlich mit der eigenen Unterkleidung beschäftigt wie Mitteleuropa, wird auf einmal erstaunt wahrnehmen, daß sich auch außerhalb die Leute verändert haben und manches an weltpolitischen Überkleidern und Schutzhüllen nicht mehr so billig zu haben und zu verkaufen ist wie ehemals.

Der bedeutsamste Strukturwandel vollzieht sich augenblicklich freilich weit seitab, vornehmlich in der indischen Welt, nicht nur in Ostasien, wo die Flugzeugbomben und Land- und Marinegeschütze dazu die Begleitmusik machen, wo aber auch in der Stille — teils auf der neuen Verbindungslinie Tokyo—Moskau—Warschau—Paris, teils durch Japans Völkerbundaustritt und Anläufe zu einem Asiatischen Völkerbund als Konkurrenzunternehmen (richtig gesehen, z. B. Voss. Ztg. 11. 3. 33), vgl. Nichi Nichi: „Oriental Autonomy“ „Transpacific“ v. 23. 2. 33, S. 7) — allerhand Wandlungen vorbereitet werden. Sie finden vorläufig noch naivere Vorklänge im neuen „China Year-Book“ oder im „Manchuria Year Book 1932/33“ (The East Asiatic Economic Investigation Bureau, Tokyo 1933 — damit man wenigstens gleich weiß, woher das Weistum kommt!).

Für den indischen Strukturwandel — spät genug und unzulänglich genug aus gegenseitigem Mißtrauen geboren — finden unsere Leser Wesentliches in dem betreffenden Weißbuch, in einer Sondernummer der „Times“ v. 18. 3. 33 mit guter Übersichtskarte.

Bange bei ihrer geopolitischen Nachbarschaft wird Ceylon und namentlich Burma, das mit seiner neuen Unabhängigkeit nicht viel anfangen kann und schwankt, ob es nicht am liebsten bei Indien bliebe oder doch in einem Bundesverhältnis, statt abgetrennt zu werden (Times, 8. 3. 33: Separation or federation; politisch-religiöser Einfluß des Buddhismus gegen Trennung.) Ähnliche Stimmungsschwankungen werden aus den Philippinen berichtet. Man beginnt auch dort angesichts gewaltiger Umwälzungen die Gefahren der Selbständigkeit der nicht wirklich Selbständigen zu erkennen! [New Yorker Nation; 28; XII., 32; Tokyo Asahi; 17. I. 33, jap.]

Unter den indischen Fürstenstaaten weigerten 15 Kathiawar-Staaten den Beitritt zum indischen Bundesstaat (Times of India, 18. 3. 33) vorweg. Kashmir (Times, 17. 3. 33) und Alwar müssen erst häusliche Ordnung schaffen.

Sehr wesentlich für den inneren Aufbau der indopazifischen Welt bleibt auch die Frage, wieweit sie der Kommunismus auflockert, der Faschismus festigt, für den in China noch die Blauhemden freistehen, nachdem Schwarz- und Braunhemden bereits weltgeschichtlich und geopolitisch vergeben sind, und Rothemden und Blusen von der anderen Seite in Anspruch genommen werden, gelb aber als alte Kaiserfarbe außer Betracht für China bleibt.

„Blauhemden“ werden denn auch von Wai Chiao-chia in der „Revue Nationale Chinoise“ (Shanghai, 14. 12. 32) als fah-shi-si (fascisti) und Stützen der Kuo Min Tang-Lehre hingestellt; aber die umsichtige Überschau des pazifischen Schrifttums zeigt auf derselben Seite der „Pacific Affairs“ 1933, S. 160, an zwei geschickten Auszügen die mächtige Bedeutung und Wucht des Kommunismus in China, seine Entwicklungsgeschichte und seinen Nährboden (Communism in China; Lowe Chuan hua; China Critic; Shanghai; 12. 1. 1933) und die Gefahr des vom Faschismus unter Grund getriebenen japanischen Marxismus. (Comm. in Japan [Jap.] Tokyo Asahi; Tokyo, 20. 1. 33.)

Der Aufsatz schließt: „Unter den vielen Gründen für das Wachstum des Kommunismus in Japan sind zwei bemerkenswert: der Mangel an Urteilsfähigkeit von seiten des Volks und die Unfähigkeit der Politik, soziale Übel zu beseitigen. So paradox es klingt: die Freiheit des Denkens ist der beste Schutz gegen die Gefahren des Kommunismus.“

„Das Verhängnis der Einseitigkeit“ als Leitwort des „Monokulturhefts“ der „Geopolitik“ hat jenseits des Pazifischen Ozeans in Honolulu ein verständnisvolles Echo gefunden (Pacific Affairs, 1933, S. 152), was wir nur mit einem erneuten Hinweis auf die Unentbehrlichkeit der „Pacific Affairs“ für eine Urteilsbildung in Fragen der Kultur, Macht und Wirtschaft rings um den Pacific beantworten können.

Dort findet sich zum Beispiel auch (P. A., 1933, S. 148) ein kurzer englischer Auszug aus einer Betrachtung des „Tokyo Asahi“ v. 2. 2. 1933 über „Die Zukunft der Kooperativbewegung in Japan“, wo der Kleinhandel zwischen den Gilden und mächtigen Verkaufsorganisationen einerseits und dem wuchtigen Großkapitalismus der Großfamilienkonzerne der Mitsui und Mitsubishi usw. andererseits eine verzweifelte Lage einnimmt und der Mittelstand zunehmend zerrieben wird.

Mit Recht prägte ein guter Aufsatz von A. E. Zischka (Berl. Lok. Anzeiger v. 12. 3. 33) unter der Überschrift: „Die reichste Familie der Welt“, eine weitere Unterschlagzeile „Japan erobert Indien“; besser gesagt: die Mitsui beginnen mit dem Versuch zum „Aufbau einer neuen Asienpolitik“ auf wirtschaftlichem Felde in Indien, wie die japanische Regierung auf politischem in Manchukuo und anderswo.

Bemerkenswert bleibt dabei, wie auf der einen Seite die starken Nachwirkungen einer sozialaristokratischen, weit mehr dem Faschismus als freihändlerischen Neigungen und ihrem Rückschlag verwandten Staatskultur mit dem Ausdehnungsbedürfnis großer Familienkonzerne zum gemeinsamen Nutzen des Inselreichs Hand in Hand gehen können, ohne beständig Kraft für gegenseitige Bekämpfung zu verbrauchen — wenigstens in Japan.

Ein Beweis dafür ist fortgesetzt die Haltung der „Far Eastern Review“, die erst wieder in ihrem Februarheft 1933 (Bd. XXIX, Nr. 2, S. 49—56) in höchst gehaltvollen Aufsätzen einen Vortrag des alten Chinakenners J. O. P. Bland über die Zukunft Chinas (The Future of China) mit der großen außenpolitischen Rede des japanischen Außenministers Graf Uchida vor der 64. Sitzung des japanischen Reichstags am 21. Januar 1933 gegenüberstellt. Auch diese Rede ist von einer außerordentlichen Offenherzigkeit, kündigte die vom 1. März blitzschnell vollzogene Besetzung von Jehol an, und ebenso weiterhin zwischen den Zeilen die Taktik, nach wie vor eine vollzogene Tatsache nach der anderen zu schaffen, bis die Aufrechterhaltung des Friedens im Fernen Osten i. e. die pax japonica erreicht (established) sei. Es klingt alles so einfach: „Die sogenannte Jeholfrage ist eben eine häusliche Frage von Manchukuo, und Japan ist natürlich verpflichtet, seine Kräfte mit diesem Lande zur Aufrechterhaltung von Frieden und Ordnung durch dieses Land zu vereinen.“ So hilft der Starke brüderlich dem Schwachen nach dem Leitwort: „Parcere subjectis et debellare superbos“... ganz, wie man das früher von Rom und Frankreich hörte.

In Japan — das nach römischer Praxis handelt — hat man die 20 faschistischen Verbände zusammengeschlossen, um die Struktur zu verfestigen, und General Araki predigt [wohl mit Recht], wie sehr gerade für den Starken Zusammenraffen der nationalen Selbstsicherheit unentbehrlich sei, wenn er — „am mächtigsten allein bleiben will“. Auch die „kokuryokwai“, die „Schwarzdrachen“-Gesellschaft ist dabei (N. B. ist kokuryoko der japanische Name des Amur!); ihr wurde eine gewisse Verbindung mit dem jähen Tode des Premierministers Inukai nachgesagt. In der Tat ist die politische Staatsmännerstrecke des indopazifischen Gebiets für das letzte Jahr beträchtlich: der „Transpacific“ (23. 2. 33) zählt so nebenbei zwei Attentate auf den chinesischen Finanzminister Soong auf; dann Sir Stanley Jackson — Gouverneur von Bengalen; J. Inouyé, japanischer Finanzminister; Baron Takuma Dan, Wirtschaftsführer; General Shirakawa; Botschafter Shigemitsu (inzwischen einbeinig geheilt); Admiral Nomura und zwei weitere Begleiter in Shanghai; Premierminister Inukai, und endlich — als Attentatsfolge — Premierminister Hamaguchi... Man sieht: auch anderswo fehlt es nicht an Spänen, wo politische Neubauten zugehobelt werden. Das sind Splitter, die beinahe schon als Balken in fremden Augen erscheinen könnten — namentlich angesichts der herben Rede Sir Austen Chamberlains über

Deutschland, das unseres Wissens allerdings den Briten nie so nahe stand wie das fernöstliche Inselreich.

Leichter freilich ist es, die Großmächtigen mit Samthandschuhen anzufassen und grob mit den früher Niedergerungenen zu sein, also den altrömischen Spruch umzukehren in: *parcere superbis et debellare subjectos*, d. h. in der Nutzenanwendung artig mit Frankreich, Japan und USA. und patzig mit Mitteleuropa zu sein. Deshalb krümmt es sich ja und will darin Wandel schaffen! Wir gestehen: mit größerer Achtung, als den kleineren Sohn eines größeren Vaters (der auf Granit biß, als er noch ganz war!) in dessen Wahlkreis Birmingham hörten wir an, was drei ehemalige Vizekönige von Rang wie Hardinge, Irwin und Reading über die neu aufgenötigte indische Verfassung im Oberhaus zu sagen hatten. Aber auch daraus klang ein „Zu wenig“ oder „Zu viel“, worin sich das erste Urteil Indiens zusammenfassen ließ.

Selten waren Indien und seine früheren Vizekönige so einig über den problematischen Wert einer Maßnahme, die beide anging! War früher der Vizekönig von Indien wohl der glänzendste Repräsentationsposten für einen Mann der weißen Rasse nichtfürstlicher Herkunft, so wird er durch die neue Verfassung der bedeutendste Kampfposten des im Grunde unvermeidlich abrollenden Rassenkriegs des 20. Jahrhunderts. Mit Recht weist ein kluger Brief an den Herausgeber d. „Times“ (23. 3. 33) darauf hin, daß diese verkörperte Hemmung der künftigen Weiterentwicklung in Indien nicht nur übermenschlicher Begabung bedarf, sondern auch in unmögliche Zweideutigkeiten zwischen Dienstnotwendigkeit und indischer öffentlicher Meinung hineingeführt werden muß, wenn er Wehrfragen, Außenpolitik und Religionspolitik außerhalb des Ringens halten soll.

Die Halbheit alles dessen, was Macdonald zuerst mit großem Anlauf zu spenden bereit scheint, und dann zurückzuckend, vor der eigenen Courage erschreckend, wieder halb an sich nimmt, die seine Anläufe nach den Rocky Mountains, den Flug nach Rom und so vieles andere kennzeichnet, kommt eben auch in seinem für England wichtigsten Regierungswerk, der indischen Verfassung, auf.

Gleichzeitig meldet sich ein anderes Auflösungszeichen: der Laboursieg in Australien, verbunden mit dem Sieg der Sezessionsabstimmung von Westaustralien — ein Zerfallsymptom, auch wenn es sich nur um rund „350 000“ (fast 400 000!) gründlich unzufriedene Westaustralier handelt, von denen jeder rund 5 qkm zur Verfügung hat, auf 2 528 000 qkm, also in Erdteilweite. Aber man wartet lieber, bis die farbigen Rassen sich das „weite, leere Land“ (namentlich im nördlichen, tropischen Teil) mit Gewalt holen, als daß man die beraubten weißen Blutsverwandten hineinläßt, die sich in ihrer Raumenge blutig und wund stoßen. Dann bemitleidet man sie zwar; aber mitten unter den bewegten Klagen des „*Manch. Guardian*“ über die verfolgten und heimatlos gemachten Juden steht Sir P. Cunliffe-Listers kühle Antwort auf den parlamentarischen Appell „zu

besonderen Anstrengungen, um Flüchtlinge in Palästina zuzulassen“: „Die Einwanderung muß nach der wirtschaftlichen Aufnahmefähigkeit des Landes geregelt werden“ (7. 4. 33). — Von 40 000 M. Besitz aufwärts!

Die Zeiten sind aber auch bei Weltmächten mit weit zerstreutem Besitz vorüber, wo die psalmodierende Linke nicht erfuhr, und die Welt nicht merkte, was die gewalttätige und wirtschaftstüchtige Rechte tat! — und wo die betrogenen Mitteleuropäer gläubig auf die schönen Worte hörten, statt dem Gegner auf die Faust und die Taten zu sehen.

Auch die Vereinigten Staaten haben — wenigstens transpazifisch betrachtet — kein rechtes Glück mehr mit der Weltschiedsrichterrolle, die ihnen die Uneinigkeit Europas und Englands Schwäche geraume Zeit anzutragen schien. Der Faschismus Japans und Italiens, hoffentlich auch Deutschlands, wie der Kommunismus eigener Art der roten Zaren spielen sie ihnen gleichmäßig aus der Hand; und es ist ein seltsames Zeichen innerer Schwäche und Ratlosigkeit, daß die USA. sich an zwei pazifischen Brandherden hinter dem Völkerbund verstecken.

„Der Vertreter Perus, Herr Calderon, vollzog seinen Ausmarsch aus der Ratstube in Genf mit der Geste von Matsuoka“ (Economist, 23. 3. 33) nach der Entscheidung des Dreierausschusses über den Streit zwischen Columbia und Peru wegen der Leticiafrage des Zutritts zum Marañon zugunsten Columbias. So konstatierte bekräftigt der „Economist“. Warum auch sollte sich der peruanische Imperialismus — obwohl kleineren Formats — sein Glashaus vom irischen Freistaat und andern Kleinen im Völkerbunde zerwerfen lassen und nicht wenigstens lieber von dem großen Nachbarn Brasilien oder den als südamerikanische Geldgeber zuständigen USA., die beide nur leider Nichtmitglieder des — [ohne Zutrittsmöglichkeit zu Amazonien oder Macht im Pazifik vergeblich mitredenden] — Völkerbundes sind.

Verlegenheit im Kleinen? Gewiß! Aber größere Verlegenheit im Großen wird es, wenn sich nun Chiang Kai Shek und die Sung-Familie überlegen, wie sie ohne Verlust von Peking und Tientsin, angesichts der Ohnmacht der Genfer Institution, der Anschauung von Roosevelts Außenamt, „man müsse die Japaner sich totlaufen lassen und könne in Ostasien nicht eingreifen“, und der sichtlichen Zurückhaltung der Sowjets, zu einem Ende des Verbrennens der sibyllinischen Bücher und dem Ankauf des immer kleiner werdenden Restes kommen wollen. Immer wieder taucht das Gerücht der Notverständigung mit Japan, Anerkennung eines unabhängigen Pufferstaates Manchukuo, Erklärung einer asiatischen Monroe-doktrin, dafür Abschüttelung aller hemmenden, ungleichen Verträge, Autonomie der Seezölle usw. auf. Liest es sich nach der Wegnahme Jehols durch die Japaner in einem kurzen, ausgezeichneten Vorfrühlingsfeldzug, gerade in der rechten Jahreszeit, nicht wirklich wie ein Absatz aus einem seither verbrannten sibyllinischen Buch, was Dr. T. V. Sung, der einsichtige chinesische Finanzminister, noch am

15. 2. 33 in Peking über die „schwere Bedeutung Jehols“ gesagt hatte, angesichts der vorausgesagten Androhung des japanischen Einmarsches?

„Jehol ist ein integrierender Bestandteil von China“ — (wie oft hörte man das schon! Auch wir glaubten es von Südtirol, Oberschlesien u. a.! für Mitteleuropa!) — „wie Kwangtung oder Kiangsu, und ein Angriff darauf wird sein, wie ein Angriff auf Nanking selbst“ — (der kann schon noch kommen!) — „Wenn ein solcher Angriff erfolgt, wird ihm die Kraft der ganzen Nation begegnen!“ — (Gerade das eben fürchtet Japan weniger von einem zum andern-mal!) — „Japan nahm den nordöstlichen Teil von China, aber jedem weiteren Vorrücken wird begegnet werden.“ — (Das geschah inzwischen unzulänglich!)

Sung persönlich denkt, wenn Japan wirklich Jehol überrenne, würde es wenig Sinn mehr haben, einen chinesischen Gesandten in Tokyo zu unterhalten, „weil Diplomatie bei einer Auseinandersetzung mit Japan nicht länger irgendeinen Nutzen habe“. — Aber hat nicht China immer erst dann in seiner Geschichte Frieden geschlossen, wenn seine Diplomatie ganz mattgesetzt war? Tröstlich mag es für die chinesischen Verteidiger Jehols immerhin gewesen sein, daß die Spitze des Gesundheitswesens, Dr. J. Heng Liu, schon Mitte Februar den Finanzminister zu einem kurzen Flug nach Peking begleitet hatte, „um die Arrangements für die Errichtung von Sanitätsanlagen und aller sonstigen ärztlichen Vorkehrungen zu überwachen“. Wer weiß, was in solchen Fällen im Fernen Osten nötig wäre und die Exaktheit des japanischen Gegners in solchen Dingen kennt, der ahnt, wie unzulänglich für die armen chinesischen Opfer des nicht als „Krieg“ benannten „Krieges“ gesorgt worden sein mag, wieviel weniger erst für die Bewohner des Kampfgebiets! Der Außenminister Lo Wen Kan, von Sapajous Meisterhand gezeichnet, im North China Herald gerade über diese Ahnungsworte Sung's als Feder-skizze gesetzt, ist der Typ eines lebenswürdigen, kurzsichtigen Mannes in seinen besten Jahren, Kantonese. Er muß von dem japanischen Botschafter Akira Ariyoshi viele spitze Briefe und Worte entgegennehmen. Wer sich nicht selbst hilft, dem hilft der Völkerbund auch nicht!

So mündet die geopolitische Tatsachenfeststellung, wie Prognose für das Frühjahr 1933 in die Erkenntnis zurück, wieviel strukturfeste und willensstarke Mächte für erkannte Notwendigkeiten gegenüber loserem, wenn auch unvergleichlich zahlenstärkeren Gebilden wagen können; und wie sehr solche Mächte, die wagen müssen, um weiterleben zu können, der höchsten Standfestigkeit, Struktur-einheitlichkeit und Willensanspannung bedürfen.

Darin wurzelt das Daseinsrecht des italienischen Faschismus, des Zusammenschlusses der faschistischen Verbände Japans und seines Griffes nach Jehol, darin auch die „Gleichschaltung“ in Mitteleuropa — trotz allen Opfern liebgewesener Vergangenheit, die sicher am härtesten gebracht hat, wer auf der Scheide zwischen Bayern und Österreich geboren ward. Die Überwindung dieser Scheide wird

hier die Probe auf den geopolitischen Erfolg dieser Vereinheitlichung sein! China hat $1\frac{1}{2}$ Millionen qkm zunächst verloren, weil es eine wirkliche Gleichschaltung nach dem Kuo-Min-Tang-System nicht für seinen Nordosten durchzusetzen vermochte. Die indische Verfassung ist „zu wenig“ oder „zu viel“, weil sie dem Strukturwirrwarr der 353 Millionen nicht nur kein Ende machte und keinen Ausgang auf ein Ende hin zeigt, sondern ihn vermehrt. Indonesien erfuhr eine peinliche Bloßstellung, weil das „Mutterland“ seinen Kompetenzen—„Mischiwashi“— [wie die Wiener sagen] — in einem unterjochten 61-Millionenreich aufrecht-erhalten zu können glaubte. In Australien lief ein einseitiger Arbeiterherrschafts-sieg sofort mit Sezessionsgelüsten von nicht weniger als dem Fünffachen des ganzen deutschen Lebensraumes an...

Wer aus dem Zeitgeschehen lernen will, der verfestigt seine inneren Verbände; er schaltet — so schwere Opfer es an Seelenleid und Kulturwerten kosten mag —, innere Reibungswiderstände, Kraftverluste aus, um schwerem Außendruck gewachsen zu sein; denn das bisherige an Außendruck ist kein Ende, sondern ein Anfang! „Auffliegenwollender Vogel duckt sich“, heißt ein Japanerwort. China und Indien müssen sich zusammenducken, verfestigen, Auftrieb gewinnen, ehe sie auffliegen; Mitteleuropa macht es ihnen vor, wie Italien es vorher tat. Geopolitisch gesehen, gibt es keinen anderen Weg aus unerträglichem Druck heraus und empor. Das ist der Wesenskern der Erfahrungen des Vorfrühlings von 1933.

Denkschrift:

Geopolitik als nationale Staatswissenschaft

Die Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik (A.f.G.) stellt uns die nachfolgende Denkschrift zur Verfügung; sie wurde von ihr den Kultusministerien aller deutschen Länder eingereicht. Wir veröffentlichen sie deshalb gern, weil sie uns klar und knapp auszudrücken scheint, was die Geopolitik im Rahmen der deutschen Neuordnung will, und weil sie erste Richtlinien für den Einbau in das Bildungswesen aussteckt.

Die Schriftleitung

1. Geopolitik — zugleich Wissenschaft und Politik

Geopolitik ist die Lehre von den Wechselbeziehungen zwischen Erde und Staat. Im Staat sieht sie den raumgebundenen Organismus eines Volkes. Methodisch unterscheidet sie die Natur- und Kulturseite des Staates. Beide durchdringen sich in Wesen und Wirkungen. Auf die Naturseite wie auf die Kulturseite des Staatslebens wirkt die Erde mit den Einflüssen von Boden, Klima und Lage. Daher der Name Geo-Politik.

Geopolitik betrachtet also den Staat als Lebensform, sucht das Zusammenwirken der im Staatsleben wirksamen Kräfte zu erfassen, das nächste Schicksal des Staates in seinen Möglichkeiten zu erforschen und dem Staatsmann Handhaben für die Staatsführung zu bieten.

Geopolitik muß darum begründet sein auf die Beherrschung von Wissen aus dem Bereich von Geographie, Geschichte, Biologie und ihren Nachbarwissenschaften. Als vergleichende Wissenschaft fordert sie Kenntnis auch fremder Staaten und ihres Zusammenlebens. In ihrem Wesen aber ist Geopolitik nicht Wissenschaft allein, sondern die Gestaltung von Einzelwissen zur organischen Auffassung des Staates und der Welt sowie ihre Anwendung im Dienst des Staates.

*

2. Aufgabenkreis

Gegenstand der Geopolitik ist der Staat. Sie ist also Staatswissenschaft. Aber nicht im Sinn der „Staats- und Wirtschaftswissenschaften“ alten Stiles. Mit Entschlossenheit vertritt sie den Staatsgedanken der nationalen Bewegung: daß der Staat die organische Einheit eines Volkes mit seiner Heimat ist. Diese Verwurzelung im Erdboden nachzuweisen, ihre Kraft im politischen Leben zu beobachten, sie dem Volk bewußt zu machen, ist Aufgabe der Geopolitik. Seit über einem Jahrzehnt geht sie ihr nach; im Zeitalter des Liberalismus hat sie nur für Teilleistungen wissenschaftliche Anerkennung gefunden, nicht als Staatsanschauung.

Im einzelnen gliedert sich die Arbeit der Geopolitik in

1. Forschung

Gegenstand sind die Lebensvorgänge im Innern des Staates und die Veränderungen in der Stellung Deutschlands gegenüber den anderen Staaten der Welt.

2. Schulung

Prägung, Begründung und Verbreitung des nationalen Staatsgedankens.

3. Beratung

Erkenntnis und laufende Beobachtung der langfristig wirksamen staatlichen Kräfte, Hinweis und Beratung für den Staatsmann.

*

3. Begründung der Aufgabenstellung

a) Forschung

Der liberalistische Staat richtete sein Augenmerk auf den Einzelmenschen und seine Betätigung. Darüber ging die Erkenntnis der lebendigen Gemeinschaft verloren, der Begriff des Staates verlor sich ins Wesenlose. Eine einzelne Betätigung des Menschen, die Deckung seines Lebensbedarfs, rückte als „Wirtschaft“ in den Mittelpunkt des liberalen Staatsgedankens. Es ergab sich eine einseitig schiefe Einstellung zu den Fragen des Lebens auf allen Gebieten; so auch in der Wissenschaft.

Wir haben ein ausgedehntes Einzelwissen auf allen Gebieten. Es ist richtungslos, weil es sich nicht auf den Staat bezieht. Darum haben wir keine Staatswissenschaft, haben keine Bevölkerungswissenschaft, fangen eben erst an, die Auswirkungen des Raumes auf die Naturseite wie auf die Kulturseite menschlicher Gemeinschaften zu erkennen.

Erste wissenschaftliche Aufgabe der Geopolitik im neuen Staat ist: Zusammenführung von Geographie, Geschichte, Biologie und Kulturwissenschaften (Recht, Soziales Leben, Wirtschaft) zu einheitlicher Staatsanschauung und zur Erkenntnis vor allem des Ablaufs der Lebensvorgänge Deutschlands.

b) Schulung

Die nationale Anschauung unseres Staates als eines organischen, im Heimatboden verwurzelten Gebildes muß jedem Glied unseres Volkes von Jugend an selbstverständliche Grundlage des Daseins werden. In diesem Sinne hat die Umbildung des Erdkunde- und Geschichtsunterrichts zu erfolgen. Im Geopolitikunterricht — in dem beide aufgehen — ist aus der Heimatkunde stufenweise das Verständnis unseres Volkes, des Reiches, seiner Geschichte und seiner Stellung in der Welt zu vermitteln, Liebe und Hingabe an die Aufgaben der Nation zu wecken.

Keiner, der im Staate tätig ist, kommt ohne geopolitische Vorbildung aus. Daher hat die Geopolitik als Grundlage zum Neuaufbau eines einheitlichen Beamtenkörpers aus neuem Geist eine große Aufgabe: die Überwindung der einseitig juristischen Ausbildung, die Brechung des Juristenmonopols.

In allen Fortbildungskursen der Beamtschaft, in der Reichswehr, den nationalen Verbänden und im Arbeitsdienst sollte Geopolitik zu den Grundlagen des Unterrichts gehören. Damit wird sie eines der Mittel, den Auslesevorgang für den Staatsdienst neu aufzubauen.

c) Beratung

Wissenschaftliche Geopolitik hat schon verschiedentlich ihre Fähigkeit zur Voraussage staatlicher Entwicklungsvorgänge bewiesen. In diesem Sinne ist ihre Arbeit auszugestalten.

Mögliche Auswirkungen politischer Vorgänge in anderen Ländern, langfristige Umschichtungen im eigenen Volkskörper, laufende Beobachtung des Deutschtums außerhalb des Reiches, Gutachten hierüber und Beratung in allen einschlägigen Fragen sind einige Aufgaben der praktischen Geopolitik.

4. Durchführung der Forderungen

a) Die Verwirklichung unserer Vorschläge kann ihrer Bedeutung für den nationalen Staat entsprechend schnell, aber sie muß schrittweise geschehen. Zweckmäßig beginnt der Aufbau sofort mit der Errichtung von Lehrstühlen für Geopolitik an allen Universitäten, wo Lehrstühle, sei es von den Staatswissenschaften, der Geographie oder der Geschichte her, frei werden.

Jeder Lehrstuhl hat von der Geographie die politische Geographie, von der Geschichtswissenschaft die historische Geographie und entweder von der Biologie, von der Medizin oder von der Bevölkerungsstatistik her die Bevölkerungswissenschaft in gegenseitiger Zusammenarbeit zu pflegen. Des weiteren ist die Wehr-

wissenschaft ein wesentlicher Bestandteil des Lehrstuhls. Ob und welche Disziplinen er sonst pflegt (z. B. Wirtschaftsgeographie, Geojurisprudenz, Kunstgeographie, Geomedizin), hängt von den zur Verfügung stehenden Persönlichkeiten ab. Aufgabe des Ordinarius jedenfalls ist es, nicht das Einzelwissen, sondern die Zusammenarbeit in einheitlich-nationalem Sinn und die Gesamtschau aller Teilwissenschaften der Geopolitik zu verbürgen.

Die AfG. wird beauftragt, die Voraussetzungen für den Ausbau der Geopolitik als Wissenschaft mit einer Denkschrift zu klären, die dem Kultusminister Vorschläge zur Neuordnung unterbreitet. Sie beruft zu diesem Zweck einen Ausschuß, dem ein Vertreter des Kultusministeriums angehört.

b) In der Schule ist als Sofortmaßnahme die bisherige „wilde“ Verwertung der Geopolitik in Erdkunde-, Geschichts- und staatsbürgerlichem Unterricht sämtlicher Schularten unter Vereinheitlichung der bisherigen Richtlinien zu legalisieren und zu empfehlen.

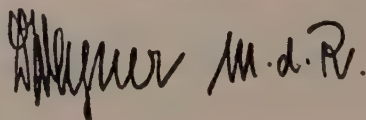
Gleichzeitig wird die Zelle „Geopolitik im Unterricht“ der AfG. beauftragt, Entwürfe für eine Einführung des Geopolitikunterrichts einzureichen.

Im Geopolitikunterricht haben die Fächer Erdkunde und Geschichte sowie der staatsbürgerliche Unterricht Platz zu finden. Es ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß der Anschluß an die derzeitigen Lehrpläne gewahrt wird. Darüber hinaus hat die Zelle an der Gestaltung der neuen Lehrpläne initiativ mitzuwirken.

c) Die Durchführung der Beratungsaufgaben der praktischen Geopolitik erfolgt im Einvernehmen mit dem außenpolitischen Amt der NSDAP. bzw. mit dem Auswärtigen Amt.

Darmstadt, 24. April 1933.

Der Leiter der Arbeitsgemeinschaft für Geopolitik



Fachberater für Geopolitik bei der Reichsleitung der NSDAP.

Biopolitik und Geopolitik

Vorbemerkung zu dem Aufsatz von L. v. Kohl

Wir begrüßen in den folgenden Ausführungen von L. von Kohl den Versuch, die Geopolitik auf Grund der Anregungen, die in letzter Zeit von allen Nachbarwissenschaften gekommen sind, wissenschaftlich neu einzuordnen. Und wir begnügen uns mit dem Verfasser in der Auffassung, daß Geopolitik eine Staatswissenschaft sei.

Doch scheinen sich uns in systematischer Hinsicht die Wissensgebiete anders abzugrenzen. Geopolitik ist die Wissenschaft vom organischen Staat. Sie gliedert sich in Raumkunde, die ihr Wissen vor allem aus der Geographie bezieht, und in Volkskunde, in der das ganze, bis heute noch in Biologie, Geschichte, Sozial- und Kulturwissenschaften verstreute Wissen über den Volkskörper zusammenfließt. Raumkunde und Volkskunde durchdringen sich.

Mit dieser Gliederung ist der Staatswissenschaft, die bisher ein wenig würdiges Dasein als Stiefkind der „Geisteswissenschaften“ führte, Weg und Ziel neu gewiesen. Sie hat Boden unter den Füßen; denn der Geograph weist sie immer wieder auf die harten Forderungen hin, welche die Erde und die mit ihr und in ihr verwachsene Geschichte stellt. Und sie hat Leben; denn von der Lebenslehre der Biologie und der Medizin her sieht sie den Staat in seiner Geschichte als die lebendige, weit über den einzelnen hinausragende Gemeinschaft von vielen Generationen, sieht die Lebensvorgänge im Volkskörper.

Über diese Zusammenhänge besteht volle Übereinstimmung zwischen L. von Kohl und uns. Nur scheint jene Grenzlinie nicht klar gezogen, die so heftig umstritten wurde und leider das Verhältnis der wissenschaftlichen Geopolitik zur Geographie lange getrübt hat: die Grenze zwischen Geopolitik und politischer Geographie. Was L. von Kohl im folgenden mit „Geopolitik“ im Gegensatz zu „Biopolitik“ bezeichnet, erscheint unter der oben gegebenen Anschauung als angewandte politische Geographie. Sie bedarf notwendig — die Arbeit unserer Zeitschrift weist seit Jahren darauf hin — der Ergänzung durch die „Biopolitik“. Aber beide zusammen erst sind Geopolitik, sind die Wissenschaft vom Staat.

Darin aber können wir L. von Kohl wieder rückhaltlos zustimmen: ihr volles Recht auf Dasein gewinnt die Staatswissenschaft erst in der Auswertung. Nicht um eine mehr oder minder geistvolle wissenschaftliche Theorie kann es sich bei ihr handeln, sondern um die Begründung, Durchführung und Anwendung einer Staatsanschauung.

Die Schriftleitung

LOUIS VON KOHL:

Biopolitik und Geopolitik als Grundlagen einer Naturwissenschaft vom Staate

Kein Geringerer als der Biologe Oscar Hertwig machte in seinem 1922 erschienenen, bahnbrechenden Werke: „Der Staat als Organismus“ den Versuch, die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung auf biologischer Grundlage zu formulieren. Trotz aller Genialität gelang ihm diese Aufgabe nicht völlig, obgleich er in seinen Grundgedanken und zum Teil auch in der Formulierung der Gesetze wahrscheinlich recht hat.

Er war aber in vielem noch an die alte, auch heute herrschende Geschichtsauf-

fassung gebunden, die das Volk und den Raum als geschichtsbildende Kräfte nicht entdeckt hat. Alle historischen Geschehnisse werden von dieser Geschichtsauffassung, falls sie über die Zusammentragung von Daten hinausgeht, bestenfalls in ein bestimmtes philosophisches System hineingezwängt; dies allerdings ist oft geistreich, manchmal auch genial. Aber es erscheint barbarisch: hier wird eine Zehe, dort eine Ferse, bisweilen auch der Kopf abgeschnitten, damit alles nur ja dem sorgfältig vorbereiteten Prokrustesbett entspreche. Die Geschichte ist, mit anderen Worten, noch immer reine „Geisteswissenschaft“, d. h. sie schwebt in der Luft, sie ist mehr Dichtung als Wissenschaft, sie enthüllt (wie alle Philosophie) nur die subjektiv gefärbten Träume ihres Schöpfers. Und sie fällt oder steht mit seiner Unfähigkeit oder Genialität.

Hertwig empfand, daß diese Geschichtsbehandlung falsch sei und daß es möglich sein müsse, feste und klare Linien statt der verworrenen und verschwommenen Nebelgestalten einzusetzen. Aber auch er stand dem Raum und dem Volk als schicksalsgestaltenden Kräften fremd gegenüber. Und hauptsächlich aus diesem Grunde mußte sein Versuch, der von einer vollkommen richtigen biologischen Betrachtung des Staates ausging, scheitern. Er hatte noch nicht jenen Stimmen gelauscht, die seit mehr als einem halben Jahrhundert eine neue Sachlichkeit in die Geschichtsbetrachtung hineinzubringen suchten. Männer wie I. G. Kohl und Ratzel hatten ja bereits längst auf die Zusammenhänge zwischen der staatlichen Entwicklung eines Volkes und seinem Siedlungsraum hingewiesen. Und von seiten der Geographie her waren die Politische Geographie und die Geopolitik schon ihren ersten Kinderschuhen entwachsen. Aber Hertwig scheint diese Entwicklung, die seinem eigentlichen Fach ja auch sehr fern lag, nicht bemerkt zu haben, obgleich er als Neolamarckist die beste weltanschauliche Grundlage einer solchen Erkenntnis besaß.

*

Wenn das Streben nach räumlicher Geschichtsbetrachtung, das Bekenntnis zur Raumgebundenheit des historischen Geschehens, sich mit der biologischen Betrachtung und der naturwissenschaftlichen Methode verbindet, wird eine neue Wissenschaft vom Staate zwangsläufig entstehen. Diese wird man zu Recht als Naturwissenschaft bezeichnen können, weil sie auf Erfahrung und auf Beobachtung der Naturkräfte und der Naturgesetze, nicht auf Dogmen der einen oder der anderen Art beruht. Denn die biologische Erkenntnis von Spezies und Umwelt als den entwicklungsgestaltenden Kräfte im allgemeinen führt die Wissenschaft vom Staate zur Anerkennung des Volkes (in seiner Blutgebundenheit) und des Raumes als der speziellen schicksalgestaltenden Faktoren im historischen und politischen Sinne. Nur durch deren Spiel und Gegenspiel entsteht ja der Staat als organische Lebensform eines bestimmten Volkes in einem bestimmten Raum. Man könnte diese neue Wissenschaft folgerichtig als Staatsbiologie bezeichnen,

weil der innere Zusammenhang des staatlichen Organismus in seiner Abhängigkeit von den biologischen Gesetzen und Kräften dadurch am klarsten gekennzeichnet wird.

Diese neue Staatsbetrachtung wird zwangsläufig zu einer Revolutionierung nicht nur unserer bisherigen Geschichtsforschung, sondern auch unserer gesamten politischen und pädagogischen Methoden führen müssen. Denn ihr ist der Staat kein „kaltes Ungeheuer“ (um mit Nietzsche zu sprechen), auch kein starrer Vertrag oder ein Skelett aus Eisen und Beton. Er ist die lebendige Lebensform eines lebenden Volkes und wandelt sich folglich mit den Kräften, die im Volke selbst wirken, also mit den Kräften der Art und des Raumes. Die Dauer eines staatlichen Zustandes, einer Staatsform, wird deshalb durch die Übereinstimmung dieses Zustandes mit der Eigenart des Volkes und des Raumes sowie durch seinen Zusammenhang mit der kontinuierlichen Entwicklung bedingt sein. Eine Staatsform, die diesen tiefsten Quellen des historischen Geschehens entspringt und im Ausdruck den nationalen Eigenschaften gemäß ist, wird deshalb länger bestehen bleiben als diejenige, die nur einem augenblicklichen Bedürfnis seine Entstehung verdankt und einen Bruch der geschichtlichen Kontinuität bedeutet.

Diese biologische Staatsauffassung führt aber auch zur Erkenntnis der Einheit aller völkischen Lebensformen. Politik, Wirtschaft, Rechtswesen und Geistesleben sind nur verschiedene Auswirkungen derselben organischen Kräfte. Sie sind eng und innig aneinandergeknüpft und beeinflussen sich gegenseitig. Aus diesem Grunde muß eine neue Naturwissenschaft vom Staate, eine Staatsbiologie, auch zu einer Umwertung des bisherigen Wirtschafts- und Kulturwissens führen.

Infolge der eigentümlichen Art des Zusammenspieles der beiden geschichtsgestaltenden Kräfte, des Volkes und des Raumes, wird die neue Staatswissenschaft sich in zwei einander ausfüllende und erfüllende Disziplinen aufspalten müssen, sobald sie systematisch aufgebaut werden soll.

Die wissenschaftliche wie die praktische Erfahrung haben uns gelehrt, daß nichts unveränderlich sei. Der Mensch wandelt sich ständig unter dem Einfluß der Umwelt, aber auch diese, ja selbst die scheinbar ewig-unveränderliche Erde, ist einer unaufhörlichen Wandlung unterworfen. Doch das Tempo dieser Wandlungen ist verschieden, und dadurch geschieht es, daß die Bewegung der Erdoberfläche, die Änderung eines geographischen Raumes unter den inneren und äußeren Kräften, die in ihm wirken, im Vergleich zu derjenigen der Menschheit kaum merkbar ist und früher überhaupt nicht in Betracht gezogen wurde. Der Raum erscheint also relativ unbeweglich. In diesem scheinbar unveränderlichen Raume bewegt sich nun der Mensch. Aber seine Bewegungen sind zweierlei Art: er bewegt sich in die Breite und in die Tiefe, im Raume und in der Zeit. Es gibt folglich sowohl eine

räumliche als eine zeitliche Entwicklung des Menschen, beide unter dem Einfluß des Raumes, der selbst unbeweglich erscheint. Nun können wir bei unserer Betrachtung eines Volkes oder eines Staates entweder die zeitliche oder die räumliche Betrachtung hauptbetonen. Und je nachdem werden wir dann von einer bio- oder geopolitischen Betrachtung sprechen müssen. Die Biopolitik beschäftigt sich also mit der historischen Entwicklung in der Zeit, die Geopolitik mit der aktuellen Verbreitung im Raum oder mit dem aktuellen Zusammenspiel von Volk und Raum. Aktuell bedeutet hier das augenblicklich Stattfindende, jedoch in dem weiteren Sinne, daß jede Epoche als aktuell oder augenblicklich betrachtet werden kann. Wir können ja überall in der Geschichte einen Schnitt machen und die Schnittstelle einer Spezialbetrachtung unterwerfen, bei der Volk und Raum als gegebene Kräfte behandelt werden, ohne daß ihrer Entstehung nachgeforscht wird. Diese Schnittstelle, die gewissermaßen dem geologischen Begriff des Horizontes entspricht, wird dann als „aktuell“ Gegenstand einer geopolitischen Betrachtung. Man kann die Unterscheidung auch in der Weise vornehmen, daß man die biopolitische Betrachtung als eine vertikale, die geopolitische als eine horizontale auffaßt.

Die Biopolitik ist die naturwissenschaftlich bedingte Geschichtsforschung. Sie untersucht, wie bereits angedeutet, die Entwicklung eines Volkskörpers und seines Lebensraumes in der Zeit. Aber während die bisherige Geschichtsschreibung sich mit der Zeitspanne begnügte, die urkundlich belegt ist, und folglich nie zu einem Verständnis der historischen Begebenheiten führen konnte (weil diese durch den oft schon vorher gestalteten Charakter eines Volkes entscheidend beeinflußt wird), kann die Biopolitik dort nicht haltmachen. Nach der bisherigen Geschichtsauffassung benahm ein Volk sich vom ersten Anfang, als ob es sich immer in seinem historisch belegten Lebensraum befunden hätte. Die Biopolitik erkennt, daß dies nicht der Fall zu sein braucht und daß ein Volkscharakter durch andere Räume bedingt sein kann. Sie erkennt auch die Möglichkeit der Rassenkreuzungen und überhaupt die Bedeutung der Rassenelemente an. Daraus folgt, daß sie untersuchen muß, aus welchen Wanderschichten und durch welche früheren Lebensräume der Charakter eines bestimmten Volkes bedingt und gestaltet worden ist. Sie muß deshalb die gesamten biologischen Voraussetzungen und Bedingungen eines Volkes darstellen. Gleichzeitig erfaßt sie die Tatsachen und Folgerungen, die sich aus der Beobachtung der Generationenfolge, des „Massenwechsels“, ergeben, z. B. das An- und Abschwollen des Volkskörpers, seine sozialen Schichtungen in ihrer Wandlung, die Anfälligkeit gegen Krankheiten usw. Und dabei muß ihre Untersuchung sowohl den Raum im weitesten Sinne wie das Volk in allen seinen Wandlungen einschließen. Sie muß ja sämtliche Kräfte erfassen, die außerhalb und innerhalb des Menschen wirken. Und von dieser Grundlage aus (die naturgemäß eine ganze Reihe von naturwissenschaftlichen Disziplinen in Betracht zieht) wird sie

der allmählichen Entstehung und Wandlungsgeschichte eines Volkes innerhalb eines bestimmten Raumes nachspüren und sie klarlegen. Sie muß, mit anderen Worten, nicht nur eine äußere, sondern eine innere Geschichte geben, d. h. den zwangsläufigen und organischen Ablauf der historischen Geschehnisse aus den gegebenen räumlichen und blutmäßigen Bedingungen. Sie stellt sich hierdurch in einen bewußten und entscheidenden Gegensatz zur früheren Geschichtsforschung, die nur die äußeren Geschehnisse darstellte und nur das Walten der Persönlichkeiten, aber nicht das Wirken der biologischen Kräfte und deren Gesetze berücksichtigte.

Die Geopolitik stellt sich eine andere, nicht weniger bedeutungsvolle Aufgabe, indem sie die horizontale Bewegung des Menschen im Raume untersucht, ihre Gesetze erforscht und feststellt. Sie zeigt vor allem den Zusammenstoß und das Gegeneinanderprallen der verschiedenen Kräfte und Kraftfelder im geographischen Raum. Deshalb erhält sie eine besondere Bedeutung für die praktische Staatskunst, der sie die biologischen Notwendigkeiten und die biologischen Folgen der politischen Handlungen entgegenhält; dadurch verleiht sie der praktischen Politik, die bisher allzusehr Willkür erschien, eine klare und zielbewußte Methodik. Da sie aber mit den vorhandenen Kräften als abgeschlossenen Einheiten arbeiten muß, ist sie im Verhältnis zur Biopolitik eine sekundäre Wissenschaft, während die Biopolitik ihrerseits als Werkzeug der Politik der Geopolitik gegenüber nur sekundäre Bedeutung hat. Wie die Biopolitik die innere und äußere Geschichte eines Volkes geben soll, könnte man vielleicht sagen, daß die Geopolitik die innere und die äußere Begründung der aktuellen Politik, der wirkenden Staatskunst zu erforschen und darzustellen hat. Damit ist ihre außerordentliche Bedeutung im politischen Leben gekennzeichnet.

Dabei darf allerdings nicht vergessen werden, daß Biopolitik und Geopolitik nicht nur keine Feinde sind, sondern erst gemeinsam das vollgültige Bild einer staatlichen Entwicklung geben können. Denn jede zeitliche Entwicklung ist ja auch eine räumliche Bewegung. Umgekehrt ist jede horizontale Bewegung auch zeitlich bedingt und nur wie ein Punkt einer langen, ja einer unendlichen Linie. Es ist ein biologischer Prozeß, der stattfindet. Deshalb hat auch die geopolitische Betrachtung die biopolitische als Vorbedingung und umgekehrt. Wenn wir den augenblicklichen Krankheitszustand eines Menschen untersuchen, genügt es ja nicht, nur die momentanen Zustände zu prüfen: auch die Gesamtkonstitution und die Vergangenheit des Kranken müssen in Betracht gezogen werden. Ähnlich verhält es sich bei der Untersuchung eines jeweiligen politischen Zustandes oder der Vorbereitung einer politischen Wandlung — die geschichtliche, d. h. biopolitische Betrachtung gibt der geopolitischen die größere Tiefe und Weite und umgekehrt.

Dieses Bild können wir weiterführen: nicht jede Konstitution antwortet in der-

selben Weise auf dieselben äußeren Reize. Folglich dürfen wir auch nicht damit rechnen, daß alle Völker dieselben Entwicklungslinien darbieten, selbst wenn sie ähnliche Räume bewohnen oder ähnlichen Reizen ausgesetzt werden. Jeder Reiz wird im Leben der Nationen je nach ihrer Art und ihrem Raum verschiedene Wirkungen auslösen müssen. Es war vielleicht der größte Fehler der bisherigen historischen und philosophischen Betrachtung des Völkerlebens, daß man meinte, dieselben Ideen könnten oder müßten sogar bei verschiedenen Völkern dieselben Formen haben. Die großen und allgemeinen biologischen Gesetze sind allerdings überall sichtbar; bei allen Völkern und in allen Gegenden wirkt das Gesetz der Gegensätzlichkeit so gut wie das der Affinität, das der Arbeitsteilung wie das der Unterordnung, aber sie wirken verschieden, weil die Völker in verschiedener Weise reagieren. Es kann folglich auch keine allgemeine Wirtschaftslehre oder eine allgemeingültige Gesellschaftslehre geben. Es gibt keine „internationalen“ Zustände, denn auch internationale Ideen müssen nationale Auswirkungen haben. Ebenso wenig gibt es einen „Staat“, sondern nur Staaten, es gibt kein „Volk“, sondern Völker, es gibt wohl eine internationale „Theorie“ des Marxismus, aber es gibt keinen „Sozialismus“, sondern Sozialismen, keinen „Kapitalismus“, sondern Kapitalismen. Bewegungen können raumauflösende und fast raumvernichtende Gedankengänge enthalten, aber auch diese werden, früher oder später, durch die biologischen Kräfte der einzelnen Räume und Völker umgewertet werden, bei denen sie wirksam sind. Sie beginnen also international und beschließen ihre Irrfahrten als nationale Bewegungen. Und erst damit erhalten sie ihre endgültige Kraft und Wirksamkeit. Denn jede Entwicklung muß im strengsten Sinne national sein, wenn sie bestehen bleiben will. Sie kann nur in einem bestimmten Raum und innerhalb eines bestimmten Volkes in der durch diese bedingte Form wirksam bleiben.

So führt uns die staatsbiologische Betrachtung — die ihren historischen Ausdruck in der Biopolitik, ihren aktuellen in der Geopolitik hat — zur wissenschaftlichen Begründung des Nationalismus, als der biologisch allein gültigen Lebensform: jedes Volk muß innerhalb seines Raumes sein eigenes und einziges Schicksal zwangsläufig gestalten und erfüllen.

HEINZ ZEISS:

Entwurzelung und Wurzellosigkeit

Beobachtungen und Fragen zum Problem der Verstädterung

1. Was ist Verstädterung?

„Zurück zur Natur“, dieser Ruf Rousseaus, den zuerst die Steglitzer Schüler im Wandervogel wieder verwirklichten, ist heute zu ungeheurer Wucht im deut-

schen Volke neu entstanden. Er begleitete die erste Angriffswelle gegen die Verstädterung. Wohl waren früher schon die Schrebergärten und die Gartenstadtbewegung Vorgeplänkel im Sinne einer Abwehr; aber es waren im Grunde nur Fluchtversuche. Lösung vom Gegner und Angriff zugleich gingen vom Wandervogel, gingen also von der großstädtischen Jugend aus. Der Kampf gegen die Verstädterung war eröffnet. Er ist seit dem gewaltigen Vorstoß der von Hitler und Mussolini entbundenen frischen Volkskräfte mit aller Heftigkeit neu entbrannt. Der Bauer steht auf! Gegen die Stadt? — Der Städter steht auf! Für das Land?

Berühren wir die Fülle der Zweifel und Fragen, die in den letzten Heften unserer Zeitschrift aufgeworfen sind, so fällt auf: in der Behandlung der Probleme „Stadt und Land“, Verstädterung und Verländlichung spricht man fast nur von Bewegung und Entwicklung der Bevölkerung. Es fehlt aber bis heute eine befriedigende Lösung für die umfassende Kennzeichnung des Begriffs „Verstädterung“. Wenn ich nun gar als Hygieniker versuche, mir die Grundfragen klarzumachen, so rieseln die Begriffe wie Sandkörner durch die Finger. Und noch mehr, es stellt nicht einmal das rechte Wort zur rechten Zeit sich ein. Ein Blick in die verschiedenen Nachschlagewerke¹⁾ kann nicht beruhigen, man findet nur die Pole „Stadt“ und „Land“ einander gegenübergestellt und dabei wieder nur die Bevölkerungsstatistik als einzige Erklärungsmöglichkeit berücksichtigt, ganz abgesehen von rechtlichen Betrachtungen über Stadt, Stadtrechte usw. Wo liegt dann die Grenze der Verstädterung? Liegt sie etwa im statistischen Begriff der Großstadt (über 100 000 Einwohner)? Und warum wären demnach die 47 deutschen Großstädte verstädtert, die kleinen Mittelstädte nicht? „Aber so monoton ist der Gottheit lebendiges Kleid nicht gewoben“, ruft K. Haushofer mit Recht aus. Wir treten zu ihm und behaupten: Genau sowenig, wie wir die Wirkungen eines verheerenden Krieges oder einer langdauernden Wirtschaftskrise auf die Gesundheit einer Bevölkerung, sei es eines Dorfes, einer Stadt, einer Landschaft oder eines Reiches, mit dem Rechenschieber, der Meßlatte und Waage allein erfassen können, ebensowenig werden wir der Verstädterung mit den Mitteln einer rein rationalen Untersuchung beikommen. Gerade weil dieses Problem zu lebensvoll und vielgestaltig und durch eine einzelne Ressortwissenschaft allein nicht zu fassen ist, entschlüpft es uns in das Land der Unwägbarkeiten und dort in die Kleinwelt der einzelnen Persönlichkeit; auch da ist es nur dann ganz erfaßbar, wenn man den einzelnen Menschen im unteilbaren Zusammenhang mit seiner toten und lebendigen Umwelt betrachtet. Aber gerade das Verhältnis des Menschen zu seiner Umwelt: seine Fähigkeit, im Heimatboden

¹⁾ A. Grotjahn und J. Kaup, Handwörterbuch der Soz. Hygiene, 2 Bände, 1912. — J. Brix, Handwörterbuch der Kommunalwissenschaften, 4 Bände, 1918—24. — L. Elster, A. Weber und F. Wieser, Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 9 Bände, 4. Auflage, 1923—29. F. Prinzing: Handbuch d. mediz. Statistik. 2. Auflage, 1931.

zu haften oder in einem neuen Boden Wurzel zu fassen, oder losgelöst von ihm geistig wie körperlich als „Nomade“ über den Boden zu treiben oder sich treiben zu lassen — diese Grundeigenschaften bestimmen seine Haltung und sein Gesicht — Städter oder nicht. Und was ist denn nun das Hauptkennzeichen der Verstädterung? Ein Kainszeichen: die Wurzellosigkeit.

Diese Wurzellosigkeit ist das Ende eines Vorgangs, einer abgeschlossenen Entwicklung. Jener Vorgang selbst aber ist die Entwurzelung, die sich aus den verschiedensten Gründen und Ursachen sowie über unterschiedliche Stadien her entwickelt, bis sie zur Wurzellosigkeit führt. Beim Durchdenken dieser Fragen wird der gleiche Fehler immer wieder begangen, nämlich den Vorgang der Entwurzelung mit seinem Endergebnis, der Verstädterung, das ist der Wurzellosigkeit, gleich zu setzen.

2. Die Entwurzelung

Ein Beispiel, um die Art dieses Vorgangs klarzulegen: vergleichen wir die Entwurzelung eines Baumes mit der des Landbewohners, wenn er in die Stadt wandert. In der ersten Zeit der Verpflanzung hat der bisher bodenständige Mensch gewissermaßen noch seinen Wurzelballen, hat er die „körperliche und geistige Erde“ mitgebracht, in die seine saugfähigen Wurzeln gebettet sind. Von dieser Erde zehrt er, aber immer mehr wird sie von der neuen Erde durchsetzt und nach und nach aufgebraucht. Körper und Geist müssen sich umstellen, denn ihr Träger ist in eine gänzlich ungewohnte, meist feindliche, Umwelt versetzt. Diese Umwelt löst einen starken Gegenreiz aus, sie bereitet den Boden für die „Versetzungskrankheiten“ vor, wie ich das kürzlich bezeichnet habe. Diese können körperlich sein — leichtere Anfälligkeit gegen ansteckende Krankheiten, die dem Landbewohner früher nicht eigen war, z. B. Tuberkulose, Erkältungen — oder seelisch: solche der Erregung und des Drucks, meist der Schwermut, der Lebensangst, kurz, des „Heimwehs“. Gerade die seelischen Verletzungen sind bei den Verpflanzten ein guter Nährboden für körperliche Schäden. Man lese hierzu bei Hellpach und Haushofer („Wehrgeopolitik“) nach. So wird der Landmann zum Stadtmensch, allerdings im Grad seiner Anpassungsfähigkeit. Denn nun gibt sich der Vorgang kund, den weitgereiste Menschen beobachten, wie sehr oft Weltstädte in ihrem innersten Wesen nur „große Dörfer“ sind, die nach außen hin das Gewand des Weltmannes tragen, aber in ihrem Wesen Sammelstätte der „Kleinstädter und Spießer“ geblieben sind. Manche behalten bewußt in großen Teilen oder in einzelnen Ständen ihr Spießertum als Abwehr gegen die Großstadt, mit der sie seelisch nicht fertig werden können. Jeder von uns kennt Beispiele, die er bei längerem Aufenthalt in solchen Städten täglich zeigen kann; ich nenne aus eigener Kenntnis nur Berlin (etwa mit Friedenau, Steglitz), Hamburg, Paris und Moskau.

„Große Dörfer“, die durch die äußeren Mittel der Technik zu einer Stadt zusammengeballt und doch wieder aufgelockert werden¹⁾. Wenn wir jedoch „Dorf“ sagen, so meinen wir nicht nur einen äußeren Zustand, sondern mehr noch einen geistigen. Wie der aus der Natur in die Domestikation versetzte tierische und pflanzliche Organismus ein verändertes Haarkleid oder eine andere Gestalt annimmt, je nach dem Boden, auf den er verpflanzt wird, so nimmt auch der Landmann in der Stadt ein anderes Gepräge an, das „bäurische“ Gesicht wandelt sich, wenn nicht in der ersten oder zweiten, dann in der dritten oder vierten Geschlechterfolge in ein „städtisches“: der Bauer wird auch seelisch zum Städter. Die mitgebrachte geistige und körperliche Heimaterde ist endgültig verbraucht, der Nahrungsstrom aus der steinigen städtischen Erde geht bis in die feinsten Kapillaren des verstädterten Menschen. Eine städtische „Nährlösung“ solch grober ungeeigneter Zusammensetzung können die feinen und feinsten Würzelchen nicht mehr vertragen, sie veröden, ihr weitverfilztes Flechtwerk verschwindet, es bleiben schließlich nur noch harte, glatte, leicht ausziehbare Wurzeln zurück. Mit einem Griff kann man den verstädterten Menschen entwurzeln, ihn an einen anderen Ort versetzen. Damit geht Hand in Hand eine entscheidende Veränderung seiner sozialen Eigenschaften und eine Verminderung der Fortpflanzungstätigkeit: die Lebensintensität sinkt. Die Wurzellosigkeit ist abgeschlossen, das Ende des verstädterten Menschen im „sozialen Tod“ ist besiegelt.

Es ist nun wesentlich, zu beachten, wie und wo dieser Entwurzelungsvorgang einsetzt, nach welchen Seiten er sich verbreitert und welche Gegenkräfte er weckt. Leider wissen wir hierüber sehr wenig. Sowohl in der Biologie, als auch in der Medizin, in den Sozialwissenschaften und in der Statistik sind nur erst Ansatzpunkte vorhanden, die Geographie und die Geschichtswissenschaften kennen die Fragestellung noch kaum. Es ist die Kernaufgabe der Geopolitik, als der Wissenschaft vom Staat, sie aufzugreifen und den Boden für das wichtigste Erfordernis zu bereiten: die Zusammenarbeit aller dieser Wissenschaften.

Einiges aber können wir heute an Hand der grundlegenden Unterscheidung zwischen dem Vorgang der Entwurzelung und dem Endstadium der Wurzellosigkeit feststellen, ohne damit schon einen Abschluß oder systematischen Umriß geben zu wollen: die Entwurzelung geht von der Stadt wie vom Lande aus. Sie ist als Einzelercheinung des menschlichen Massenwechsels stets und zu allen Zeiten in Gestalt der „asozialen Individuen“ vorhanden. Sie ergreift Stadt und Land. Nicht die Stadt schlechthin ist Sitz der Verstädterung — wir können durchaus bodengebundene Stadtbildung feststellen, die keinerlei Merkmale einer Entwurzelung zeigt. Und wir kennen Land, das weit-

¹⁾ Man vergleiche hierzu die Arbeit von Fr. Leyden: Berlin als Beispiel einer wurzellosen Großstadt in Zeitschrift für Geopolitik, Heft 3, 1933. Sie zeigt die verschiedenen Stufen der Verstädterung in den einzelnen Teilen Berlins sehr deutlich.

gehend verstädtert ist; man denke an die landwirtschaftlichen Teile Nordamerikas, Australiens oder an eines der großen sowjetrussischen Getreidekombinate und Staatsgüter (z. B. „Gigant“ bei Rostow a. Don). Man denke aber auch an die für die Verpflegung der Großstadt in deren nächster Umgebung liegenden Bauernbetriebe oder an die geistige Umstellung der Bauernbevölkerung unter dem Einfluß des großstädtischen Ferienverkehrs¹⁾.

Es kann aber auch die Stadt „verstädtern“. Im Bereich einer vom Entwurzelungsvorgang ergriffenen Stadt wird man stets verschieden geschichtete Lebensringe dieser Entwicklung finden. Neben Bezirken großer Widerstandsfähigkeit oder Gegenwehr finden sich andere, die der Entwurzelung sehr schnell erliegen. Hierbei ist für Betrachtung und Bewertung des Entwurzelungsvorgangs die Frage grundlegend, wie weit durch diesen Vorgang die Familienzelle als solche, also die Geschlechterfolge, zahlenmäßig und nach ihrem Wert geschädigt wird. Sinkt gleichzeitig mit der Einengung durch die berufliche Tätigkeit in der Stadt (Spezialisierung) die Lebensintensität des Menschen³⁾? Mit anderen Worten: Bestehen Zusammenhänge zwischen der Einseitigkeitsentwicklung des einzelnen verstädterten Menschen und der Möglichkeit, ihn leichter zu entwurzeln? Denn: Entwickelt sich diese Entwurzelung zu einer Massenerscheinung, gefördert durch plötzliches Bevölkerungswachstum, so setzt eine stärkere und ins einzelne gehende Arbeitsteilung (wiederum Spezialisierung) ein, die den Zerfall in Monokulturen vorbereitet⁴⁾.

3. Die sozialhygienische Seite der Verstädterung

Elisabeth Pfeil hat eben⁵⁾ die Frage der Verstädterung bei sinkender Bevölkerung als einen geistigen Prozeß dargestellt. Sie faßt die Sozialhygiene in ihrer heutigen Form als eine typische städtische „Haltung“ auf und schildert in großen Zügen die Folgen dieser Haltung. Wenn wir die Sozialhygiene in ihrer geistesgeschichtlichen Bedeutung erfassen wollen, wie es E. Pfeil wünscht, müssen wir in der Medizingeschichte bis zu J. P. Frank zurückgehen.

Ihn nennt man zwar den Gründer der Sozialhygiene; das trifft nur insofern zu, als man ihn ihren wissenschaftlichen Gründer für die neueste Zeit — vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zum heutigen Tage — nennen kann. Denn „soziale Hygiene“ als solche gab es seit Menschengedenken, angefangen von der Volks- und Primitivmedizin bis über die Charitas der Kirche, den deutschen Ritterorden und Josef den Zweiten von Österreich. Die Zusammenfassung im Geiste des 18. Jahrhunderts, medizinisch-revolutionär und doch abgeklärt-absolutistisch, eine

¹⁾ In den Karten zum Aufsatz Leyden a. a. O. wurde versucht, diese „Verstädterungskreise“ am Beispiel Berlins kartographisch zu erfassen.

²⁾ L. Schmidt-Kehl, Die Fruchtbarkeit mittel- und süddeutscher 1918—22 geschlossener bäuerlicher Ehen. Arch. f. Rassen- und Gesellschaftsbiologie. Band 27, 1933.

³⁾ Hierzu lese man die bemerkenswerte Betrachtung von H. Schmidt, Die Großstadttypen und ihre Beziehungen zu den Bevölkerungsvorgängen. Zeitschr. f. Gesundheitsverwaltung und Gesundheitsfürsorge. 4. Jahrgang, Heft 6, 1933.

⁴⁾ Vgl. Zeitschrift für Geopolitik, Heft 1, 1933.

⁵⁾ Vgl. Zeitschrift für Geopolitik, Heft 3, 1933.

solch eigenartige Mischung einer sozialen Hygiene bot J. P. Frank. Sie hatte noch keine städtische Haltung, im Gegenteil, sie wirkte wie eine Französische Revolution innerhalb der Medizin und war dabei doch eine „medizinische Polizei“ des allmächtigen Staates. Aus der reichen Erfahrung eines akademischen Lehrers heraus und als berühmtester Arzt seiner Zeit hatte Frank, ein unruhiger, viel und weit umhergezogener Mensch höchster städtisch-höfischer Kultur des 18. Jahrhunderts, die soziale Frage zum ersten Male mit wissenschaftlich-politischer Methode angegangen. Der dritte Stand, der Proletarier jenes Jahrhunderts, war als „Bürger“ im allgemeinen von seinen Vorschlägen betroffen, nicht der Städter als wurzelloses Element, den es als solchen damals in den politischen und wirtschaftlichen Zentren Westeuropas höchstens in Wien, Amsterdam, Paris und London gab. Die Auswirkung der städtisch-höfischen Ratio als einer auf den Schild erhobenen Gottheit setzt mit der sozialhygienischen Betrachtungsweise J. P. Franks ein.

Mit den späten Wellenringen der Französischen Revolution, 1830 und 1848, griffen die städtischen Proletariatsmassen, die Arbeiter, immer tiefer in die Geschichte der Länder ein. Geführt und verführt wurden sie von sich entwurzelnden und schon wurzellosen Bürgern der Städte, des zweiten Standes, der sogenannten „Intellektuellen“. Gleichzeitig setzte ein starkes zahlenmäßiges Anwachsen der Bevölkerung ein, die sich zur Erhaltung der neu hinzukommenden Menschen neue Formen des Zusammenlebens und des Wirtschaftens schuf. Die angewandte Naturwissenschaft in Gestalt der Technik verbunden mit der Wirtschaftsform des Kapitalismus und einer Staatsform, die dem einzelnen Individuum weitesten Spielraum gewährte, wandelte den Menschen von Grund auf um. Sie entriß ihm den heimatlichen Boden, sie warf den Bauern in die Stadt oder machte ihn zum proletarischen Landarbeiter, sie schuf den Städter und den Großstädter, aus dessen Steinwüsten sich eine lockende Werbung für die soviel bequemere neue Lebenshaltung auf das Land ergoß. In immer rasenderer Umdrehung wirbelte die Technik den Menschen über die Lande. Er brauchte gar nicht mehr den heimatlichen Boden, denn die Elektrizität vollendete seine Bequemlichkeit und damit seine Wurzellosigkeit. Durch die Elektrizität wurde der Mensch „überall zu Hause“. Sie brachte die Stadt auf das Land, sie scheint die endgültige Wurzellosigkeit des Menschen in den ersten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts zu besiegeln. Der Steckkontakt überwand die letzte Hemmung.

Begleitend und treibend steht in diesem Entwurzelungsvorgang die Sozialhygiene der letzten drei bis vier Jahrzehnte. Sie hatte mit der Entwicklung der Technik gleichen Schritt gehalten. Ein großer Teil ihres Inhalts und ihres äußeren Gesichts sind auf Vorbeugung und Verhinderung aller derjenigen Schäden zurechtgeschnitten, welche die Technik hervorruft oder verschuldet. Damit verlor die Sozialhygiene die Haltung, die ihr J. P. Frank gegeben hatte; sie hing sich an die revolutionären Ideen der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts und schwamm gegen dessen Ende, zumal im 20. Jahrhundert, im marxistisch-sozialistischen Fahrwasser eines wurzellosen Großstädtertums. Als sie dabei die Sorge für das bodenverwachsene Volkstum aus dem Auge verlor, die J. P. Frank zwar nicht mit diesen Worten, aber dem Sinne nach in seinen Schutzmaßnahmen für die Gesunderhaltung des

Bauern forderte, und als sie ihren stärksten Schutzwall um den Industriearbeiter, also den bereits wurzellosen Proletarier, oder den vom Land in die Stadt gewanderten und wurzellos werdenden Bauern und Kleinstädter im Klassenkampf aufbaute — da war der letzte Schritt zu ihrer städtischen Haltung getan. Die Sozialhygiene verstädterte, wurde eine marxistische Parteiangelegenheit, sie entwurzelt sich selbst, der letzte Schimmer einer Charitas verschwand. Die harten und gerechten Gedanken eines Frank wurden verwässert und füllten ein breites, die Ufer überquellendes Meer im neuzeitlichen Wohlfahrtsstaat, dessen Zusammenbruch wir eben erleben. Kapitalismus und Marxismus, beide als Ausdruck wurzelloser Verstädterung, hatten auch die deutsche Sozialhygiene erwürgt.

Mit dem Anwachsen der fürsorgenden Sozialhygiene kam die Verantwortungslosigkeit auf, eine Einstellung also, die nur dem wurzellosen Mensch eigen sein kann, wenn er in seiner äußeren Umwelt keine Beziehung mehr zum Boden, zu seiner Wohnstätte und zu seiner menschlichen Gemeinde, sei sie nun staatlich oder kirchlich, hat. Verantwortungslosigkeit, die durch das Geld allein sich die Verantwortung fern hält, und nochmals Verantwortungslosigkeit, wenn sie in dem Mißbrauch der sozialen Gesetzgebung das Selbstbestimmungsrecht über den Körper des Versicherten — (die Pflicht, sich für sein eigenes Volk gesund zu erhalten!) — in eine schrankenlose Ausbeutung gegenüber dem Staat verkehrt. Wir erkennen darin sofort eine großstädtische Haltung, die ein mit dem Boden, dem Haus und der Gemeinde verwachsener Mensch nie einnehmen kann. Das Zwinguri der Sozialhygiene — die Allgemeine Ortskrankenkasse — pflegte und hätschelte die Verantwortungslosigkeit und die Lebensangst des verstädterten Menschen ins Unermeßliche. Seitdem beginnt das Stadtvolk zu altern und zusammenzuschrumpfen. Aber noch mehr Schuld hat die mißverständene Sozialhygiene und Hygiene im Bunde mit der angewandten Naturwissenschaft und Technik auf sich geladen. Denn wenn der Geburtenrückgang als Zeichen und als Maßstab der Verstädterung gilt, dann tritt damit vorerst ein körperlicher Vorgang zutage, der seine geistigen Gründe in der Verstädterung hat; wie bequem macht die Sozialhygiene die Verantwortungslosigkeit — im Gebären sowohl wie im Sterben, die Schmerzen wie die Todesfurcht. Sie löst diese entscheidenden Erlebnisse aus dem Familienverband und aus dem bisherigen Lebensraum und versetzt sie in eine menschlich fremde Umgebung — unter das Personal des Krankenhauses. Im fremden Bett, ungeheilligt durch Empfängnis, Wochenbett, Krankheit und Tod des eigenen Blutes, treten heutzutage Millionen in das Leben ein, hygienisch und sauber, bewahrt vor allen Schäden einer schweren Geburt für Mutter und Kind. Und gleich hygienisch verlassen sie dies Leben, sie sterben sauber, von den Spaltprodukten einer überentwickelten pharmazeutischen Industrie schmerzlos und doch häufig allzu lange zur Qual der Familie und der eigenen im Niemandslande zwischen Leben und Tod schwebend gehalten. So ist selbst der Tod des deutschen Großstädtlers „wurzellos“

geworden, denn niemand holt den Menschen zum Sterben „nach Hause“. Lebensangst und Todesfurcht der Familie lassen ihn nicht mehr in seine vier Wände zurück, die dem wurzelhaften Menschen durch den ersten Schrei und den letzten Seufzer der Ahnen geheiligt sind. Noch ein Überbleibsel dieses Gefühls steckt in dem unwiderstehlichen Drang mancher Unheilbarer, die aus dem Krankenhaus „nach Hause“ drängen, um dort den letzten Atemzug zu tun, in dem Wunsch mancher Mutter, die das todgeweihte Kind nach Hause nimmt, damit es in „seinem Bettchen“ sterbe. Mehr beim „ungebildeten kleinen Mann“ der Großstadt denn bei ihrem „gebildeten Intellektuellen“ sieht der Arzt solche Triebe und Reste der Verwurzelung. Sogar das Symbol fehlt dem verstädterten und entwurzelten Menschen, wie es der Chinese in tiefer Zeichendeutung seinem Toten mitgibt, wo er auch sterben sollte: eine Handvoll der Heimaterde, die dem ruhelosesten Kuli überallhin bis zum letzten Tage folgt.

4. „Tatsachen“ und „Fragen“.

Wie eng das Leib-Seele-Problem, das genau vor einem Jahrhundert durch die deutsche Romantik inbrünstig ergriffen und später so schmachlich in „Kraft und Stoff“ erstickt wurde, mit der Frage der Verstädterung verknüpft ist, zeigen die vielgestaltigen Zweifel und neu ergründeten „Tatsachen“. Schließen wir gleich an die Frage von Leben und Tod an:

Wieviel Deutsche sterben heute schon den heimatlosen Tod? Wieviel kommen gleichzeitig mit vielen anderen heimatlos in einer Entbindungsanstalt oder in einem Krankenhaus zur Welt? Die Zahlen sagen: es starben 1929: 23,9% aller in Deutschland verschiedenen Menschen im Krankenhaus, während es 1911—13 nur 12,3%, 1925: 19,6%, bereits 1927: 21,3% waren, wobei die Todesfälle in Irren- und Entbindungsanstalten nicht mitgerechnet sind. Also beinahe jeder vierte Deutsche stirbt außerhalb seiner Häuslichkeit. Ähnliche Verhältnisse finden sich bei den Geburten außerhalb des Hauses. Vor dem Kriege, 1913, betrugen die Anstaltsgeburten nur 3,3%, aber gleich nach dem Kriege setzte eine gewaltige Zunahme ein, „daß sie nunmehr tatsächlich einen erheblichen Teil aller Geburten bilden“, nämlich 11,6% im Jahre 1929. In Berlin sind sogar zwei Drittel aller Geburten Anstaltsentbindungen; in Dortmund waren es 1900 24%, 1927: 32,7%; in Hamburg 1901: 43%, 1925: 43,2% und 1930: 59,9%!! Dabei sind nur die Geburten in Anstalten mit über 11 Betten gerechnet. In Wirklichkeit wird die Zahl noch viel höher sein, an die 15—20% im Reichsdurchschnitt. Man kann nach der weiteren Entwicklung annehmen, „daß in vielen Großstädten die Anstaltsgeburt heute bereits den Normalfall, die Entbindung im Privathause die Ausnahme bildet.“ Aber auch die Unterschiede bei den deutschen Ländern mit sogenannter vorwiegend ländlicher Bevölkerung sind nicht ganz klar. Einer Abnahme der Anstaltsgeburten beim Vergleich der Jahre 1925 und 1929 für Oldenburg von 22,5%, Ostpreußen 13,6%, Baden 8,9% stehen z. B. eine Zunahme in Braunschweig um 38,4%, Sachsen (Land) 65,75%, Pommern 34,3% gegenüber. Wo ist hier „Stadt“ und „Land“? Sicherlich liegen hier tiefere Ursachen zugrunde, die über das Leib-Seele-Problem in die gesellschaftlichen Aufbauveränderungen eingreifen. Hierfür zieht Goldstein¹⁾ die Wohnungsnot, die Hilfsmittel der Anstalten, die Rettungsmöglichkeiten für das gefährdete Leben von Mutter und Kind, den Wunsch nach schmerzloser Entbindung, die Steigerung des weiblichen Heiratsalters, die Frauenerwerbsarbeit und die Sozialversicherung heran, also wieder Auswir-

¹⁾ R. Goldstein, Die Zunahme der Anstaltsentbindungen im Deutschen Reiche, Archiv für Frauenkunde, Band 18, 1932.

kungen städtischer und großstädtischer Einrichtungen. Die Ratio erscheint auf dem Plan: „Die Zunahme der Anstaltsgeburten ist gleichzeitig mit dem neuen intensiven Impuls, den Industrialisierung und Rationalisierung seit dem Krieg erfahren haben, eingetreten. Sie bedeutet auch ihrerseits ein Stück Rationalisierung, Rationalisierung des menschlichen Lebens.“

Hieran noch ein Satz: „Auf dem Lande kommen Zwillinge häufiger vor als in der Stadt, auch wenn man die Häufigkeiten innerhalb gleicher Altersgruppen der Mutter miteinander vergleicht.“ Und die Erklärung hierfür?¹⁾

Nehmen wir ein anderes Beispiel, den Einfluß des städtischen Lebens auf die äußere körperliche Erscheinung des Menschen, auf seine physiologischen Lebensverrichtungen, auf ihre krankhafte Verwandlung, die Grotjahn als „soziale Pathologie“ bezeichnete. Sie ist weiter nichts als die Störung des erdgebundenen Menschen durch Technik und Verstädterung. So hat der Leipziger Hygieniker Kruse²⁾ versucht, die verschiedensten Rassenmerkmale kritisch gegeneinander abzustimmen. Gelegentlich der Betrachtung der Ursachen über die Verkürzung des Kopfes (vgl. Kruse: Die Langköpfe in der Stadt und auf dem Dorfe) stellt er fest, daß die Langköpfe in ihrer Fruchtbarkeit gegenüber den Kurzköpfen zurückgehen.

„So ist es zwar richtig, daß die Städter, soweit man das statistisch verfolgen kann, sich weniger stark vermehren als die Landbewohner — aber die Behauptung, die Städte seien gewissermaßen ein Grab der Langköpfe, ist deshalb noch nicht richtig, weil sich ziemlich überall bei uns nachweisen läßt, daß die Städte eine etwas langköpfigere Bevölkerung beherbergen als die Dörfer. Denn diese Erscheinung wird nicht dadurch bedingt, daß die Langköpfe mehr landflüchtig sind als die Kurzköpfe, sondern weil das städtische Leben mehr Langköpfe erzeugt.“ Kruse führt mehrere Beispiele an. Er nennt als sichere Tatsache, daß bei den in den Städten Geborenen, ganz unabhängig davon, ob die Eltern schon in Städten geboren sind oder nicht, eine Verlängerung, also eine Langschädelbildung in den badischen, mitteldeutschen und westdeutschen Städten sich findet. „Allerdings mit Sicherheit nur in den Städten und Landschaften, die nicht allzu kurzköpfig sind.“ Bei der Betrachtung über die Hautfarbe führt Kruse deutsche, italienische, schwedische und englische Beobachter an, die einen Unterschied bei Stadt und Land gefunden haben. „Die Städter sind dunkler als die Landbewohner. Ist es das städtische Leben, das die Farben vertieft, oder streben die dunklen Elemente mehr nach der Stadt als die hellen, ist also ein Umwelteinfluß oder eine Auslese dafür verantwortlich zu machen?“ Bei dem Einfluß von Wanderungen auf die Körpergröße gibt Kruse u. a. an: „Die in der Stadt (Dresden) geborenen Söhne von Zugewanderten oder von Eltern, die Halbzugewanderte, Halbstadtgeborene sind, d. h. Halbstädter, befinden sich anscheinend unter günstigeren Verhältnissen. Die längere Zeit in der Stadt Eingewohnten, die Vollstädter, scheinen aber wieder unter den städtischen Einflüssen zu leiden.“ Auch ein englischer Untersucher behauptet, das Leben in London beeinflusse die Körpergröße ungünstig. Unklar sind die Unterschiede auf dem Lande selbst, zwischen selbständigen Bauern und Landarbeitern. Virchow³⁾ sagte bereits 1886: „Es sind daher keineswegs die Extreme, welche man in den Städten zu suchen hat. Da nun aber die Mehrzahl der großen und größeren Städte ihr Wachstum einer verhältnismäßig neuen Zeit verdankt, so wird man mit ziemlicher Sicherheit schließen können, daß gerade die mehr seßhafte Bevölkerung des Landes und der kleinen Städte die Trägerin der typischen Eigenschaften ist, der Brünetten sowohl wie der Blonden.“

¹⁾ O. v. Verschuer, Die biologischen Grundlagen der menschlichen Erblichkeitsforschung, Archiv für Frauenkunde, Band 18, 1932. — ²⁾ W. Kruse, Die Deutschen und ihre Nachbarvölker. Neue Grundlegung der Anthropologie, Rassen-, Völker-, Stammeskunde und Konstitutionslehre nebst Ausführungen zur deutschen Rassenhygiene. Leipzig 1929.

³⁾ R. Virchow, Gesamtbericht über die von der Deutschen Anthropol. Gesellschaft veranlaßten Erhebungen über die Farbe der Haut, der Haare und der Augen der Schulkinder in Deutschland. Archiv für Anthropologie, Band 16, 1886.

Das sind nur einige „Tatsachen“, die jedoch, je näher wir sie ansehen, sich um so mehr in Fragen wandeln. Denn im Grunde ist nichts fest umgrenzt. Schon der Unterschied zwischen „Städter“ und „Nichtstädter“ ist bei der starken Verstädterung Deutschlands und Englands oft nicht mehr durchzuführen. Ist allein der mangelnde seelische Positivismus, also die Wurzellosigkeit, ein Kennzeichen der Stadt — und der Großstadt? Die gleiche Frage hat die Schriftleitung dieser Zeitschrift mit anderen Worten aufgeworfen, um ein neues Fragezeichen zu setzen. Es gibt aber beinahe nur noch Fragezeichen! Denn die Wissenschaft, die hier mit der Geopolitik zusammen Auskunft geben könnte, die Bevölkerungswissenschaft oder Volkskunde fehlt uns¹⁾. Sind die Eroberungen des Landes durch die Ortskrankenkassen, durch Elektrizität, Film und Rundfunk, durch die Hygiene²⁾, durch Massenpsychosen der Mode, der Kunst und der Literatur usw. Zeichen einer Verstädterung Deutschlands und seines „Volkes ohne Jugend“?

Wir sprachen bisher nur vom Städter und Bauern. Wie weit ist aber etwa der Seemann verstädtert? Bietet die See der Verstädterung ein größeres Gegengewicht durch die Schwere und Gefahr ihrer äußeren Natur? Oder liegt auch beim Seemann die Gefahr der Wurzellosigkeit, die er trotz seines schweifenden Lebens im Grunde nie besessen hat, in der Höherentwicklung der Technik? Hat das Segelschiff die Entwurzelung der seefahrenden Bevölkerung aufgehalten oder hat die Erfindung des Dampfschiffes und der Dieselmotore sie gefördert?

Ist es nicht auffallend, daß die Mehrzahl der Auslandsdeutschen außerhalb der Heimat in Städten wohnt? Daß die hauptsächlichen Stützen des mittelalterlichen Deutschtums im Auslande von dem Städtebund der Hanse geführt wurden? Daß die Kultur des mittelalterlichen Deutschtums und Italiens in der Stadt und im Kloster verankert war, besiedelt von Menschen, von denen einzelne in ihrem Dasein weit und lang herumstreiften, manchmal noch weniger sesshaft als die heutigen. Und doch waren sie verwurzelter, festgewachsen und kaum vom heimatlichen Boden zu lösen? Wo liegt also die Grenze zwischen Stadtkultur und Stadtmonokultur, zwischen Stadtleben und Verstädterung?

Fragezeichen über Fragezeichen! Wir holen sie bewußt herauf, nachdem ich eingangs versucht habe, wenigstens einige Grundgedanken zu klären. Denn in der Aufstellung dieser Fragen, die wir demnächst einmal gesammelt veröffentlichen wollen, zeichnet sich ein ganz neues, bisher unbegreiflicher Weise übersehenes Wissensgebiet von entscheidender praktischer Bedeutung für die deutsche Staatsführung ab — ein Arbeitsfeld für das junge Geschlecht, das seinen Staat neu und lebendig, das ihn ihm selbst erlebt: die Bevölkerungswissenschaft, die Volkskunde.

¹⁾ Vgl. den Aufsatz von L. von Kohl und die Vorbemerkung zu ihm in diesem Heft.

²⁾ Konrich, Die europäische Konferenz über Landhygiene in Genf. Blätter des Deutschen Roten Kreuzes. 10. Jahrgang, Heft 8, 1931.

HANS HUMMEL: Büchertafel

Allgemeines

1. **Konrad Olbricht:** Das Erdbild von heute. Wiss. u. Bildung 280. 126 S., 30 Abb. Quelle & Meyer, Leipzig 1932. Geb. RM. 1,80.

Ein Versuch, das Weltbild auf 126 Seiten zu umreißen und dem Laien eine gewisse Einführung in die weltwichtigen Fragen zu geben, scheitert an der Vielfalt der Fragen, die auf den Autor einstürzen. Immerhin verdient der Versuch O.s Anerkennung für die Auswahl. Methodisch hat sich O. an die frühere Literatur gehalten. Die Skizzen leiden unter schlechter Wiedergabe.

2. **R. N. Coudenrove-Kalergi:** Revolution durch Technik. 101 S. Paneuropa-Verlag, Wien 1932. Kt. RM. 2,20, geb. RM. 3,80.

Neben glücklichen Formulierungen finden sich in dem neuen C.-K. Gemeinplätze und Phrasen. Jedes Buch C.-K.s zeigt die merkwürdige Individualität eines hartgesottenen Idealisten, der durch Tod und Teufel seine weltbefriedenden Gedanken verfiicht. Wirstellen schon oft fest, daß wir die Welt anders sehen als C.-K.

3. **Manfred Langhans-Ratzburg:** Geopolitik und Geojurisprudenz. 36 S. Frommann, Jena 1932. Geh. 60 Pf.

Wir sind L.-R. für die prägnante Skizzierung von Herkunft, Methode und Begriff der Geopolitik in dem ersten Teil des Heftchens dankbar. Im zweiten beschäftigt sich L.-R. mit den Fragestellungen der Geojurisprudenz, seinem eigentlichen Forschungsgebiet, seiner eigenen Erfindung.

4. **Erich Seeberg:** Staat und Religion. Samml. gemeinverst. Votr. 159. 32 S. Mohr, Tübingen 1932. Geh. RM. 1,50.

Mit der Beziehung zwischen Staat und Religion hat sich die junge deutsche Generation genau auseinanderzusetzen. Nicht um den Primat des einen oder des andern festzustellen, sondern um zu einer tieferen Auffassung vom Wesen des Staates und der Nation zu gelangen. S.s Arbeit beschränkt sich auf die Darstellung des Zustandes, aus der jeder Interessierte klar die Fronten herauslesen kann.

5. **Erhaltung und Pflege erbgesunder, kinderreicher Familien.** 135 S. Berlin 1932.

Bericht über die Tagung der Kinderreichen im Juli 1931. Von großem Interesse für praktische Bevölkerungspolitiker.

6. **Krumm:** Der Sozialismus der Hitlerbewegung im Lichte Spenglerscher Geschichtsforschung. 29 S. Geldern 1932.

Die Ideenwelt des nationalen Sozialismus wie er sich in der neuen deutschen Bewegung auswirken soll, ist identisch mit dem Begriff Sozialismus, wie in Spengler definiert. Ein kluger Beitrag zur Ideengeschichte der NSDAP.

7. **Die Welt um Deutschland:** Ein Bücherverzeichnis. 1. Nachtrag. 52 S. Deutsche Zentralst. f. volkst. Büchereiw., Leipzig 1932. Geh. 85 Pf.

Bibliographie der neueren weltpolitischen Literatur Deutschlands mit kurzer Inhaltsangabe, gut ausgewählt und sorgsam geordnet.

8. **Bibliographie d'histoire coloniale 1900—1930.** Hrsg. v. Martineau, Roussier Tramond. 667 S. Leroux, Paris 1932.

Eine außerordentlich interessante Arbeit der Franzosen und Engländer. Die Bibliographie der deutschen Kolonien umfaßt ganze 8 Seiten, für Belgien sind 80, für Frankreich 200 da. Zwar verständlich, wenn man bedenkt, daß die Zusammenstellung über die deutschen Kolonien von Géroock-Straßburg gemacht wurde, wenn auch der Herausgeber bedauert, daß man wegen „der Kürze der Zeit“ eine deutsche Autorität nicht habe bekommen können. Es ist eben besser, wenn man keine Vergleiche mit der sorgsam Literatur des zur Kolonisierung „ungeeigneten“ Deutschland hat. Ansonsten ist die Bibliographie ausgezeichnet und erfüllt seinen Zweck, die nurwissenschaftlich-friedliche Durchdringung der französischen Kolonien zu erweisen!

9. **Ewald Banse:** Wehrwissenschaft. 58 S. Armanen-Verlag, Leipzig 1933. Kt. RM. 1,20.

B. gibt in knapper, guter Form eine Übersicht über die Wehrwissenschaft. Abschnitte: Wehrgeopolitik, Kriegswirtschaft und -technik, Kriegsgeschichte. Das Buch ist für die Wehrerziehung des Volkes von Nutzen, ferner dürfte es für die Umgestaltung der Hochschulen von Wichtigkeit sein, die dieser wichtigen Disziplin den gebührenden Platz einzuräumen hat.

RUDOLF KJELLÉN

In meinem Vertrieb ist jetzt auch

Grundriß zu einem System der Politik

8°, 105 Seiten • Broschiert RM 2.—

Daß wir keine Wissenschaft vom Staat haben, ist eine Tatsache. Nur sie erklärt es, warum eine so weitgehend ausgebaute Staatsauffassung wie die Kjelléns nicht Allgemeingut geworden ist. In diesem Werk gibt er eine Systematik der Politik auf der Grundlage seiner organischen Staatslehre.

Die Ideen von 1914

Eine weltgeschichtliche Perspektive

8°, 46 Seiten • Broschiert RM 1.25

Kaum jemand wird dies kleine Heft ohne Verblüffung aus der Hand legen: hier hat ein Mann, der Deutschland tief begriff, mitten im Kriege erfaßt, was dieser Krieg brachte, was später die nationale Revolution in Deutschland vollenden sollte. Die Überwindung von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, der Sieg des „Helden“ über den „Händler“, — dies Ergebnis von 1933 sah Kjellén schon im Weltkrieg heranreifen.

✱

In meinem Verlag bisher schon:

Der Staat als Lebensform

Vierte Auflage • 8°, 228 Seiten • Leinen RM 4.—

Das Grundwerk der organischen Staatsauffassung — jenes Erlebnis des Staates, das Deutschland und Italien der liberalistischen Verwässerung des Staatsgedankens entgegensetzen. Sprachlich und in der Gedankenführung ein schönes, wohl-abgewogenes Werk klar und leichtfaßlich geschrieben.

**KURT VOWINCKEL VERLAG GMBH.
BERLIN-GRUNEWALD**

Hier abschneiden und einsenden:

Aus dem KURT VOWINCKEL VERLAG, BERLIN-GRUNEWALD, erbitte:
RUDOLF KJELLÉN:
☐ System der Politik • RM 2.—
☐ Ideen von 1914 • RM 1.25
☐ Staat als Lebensform • RM 4.—

NAME:

ANSCHRIFT:

Politische Bücher von bleibendem Wert

In dem sich überstürzenden Geschehen unserer Zeit mit seiner Flut politischer Literatur werden nur die Bücher bestehen bleiben, die wirklich wesentlich sind. Zu diesen wenigen politischen Werken gehören

Das ewige Reich

Von **Moeller van den Bruck**. Herausgegeben von **Hans Schwarz**. Ganzleinen RM 5.50, kartoniert RM 4.—

Man erkennt in diesem Werke Grundriß und Anlage der gewaltigen Konzeption und des großen Wurfes, die Moeller für unser Jahrhundert zu dem gemacht haben, was die Zusammenfassung von Fichte und Hegel für das vorige war. Pommer'sche Zeitung, Stettin

Der preußische Stil

Von **Moeller van den Bruck**. Mit einem Vorwort von **Hans Schwarz** und 30 Bildtafeln in Kupfertiefdruck. Ganzleinen RM 7.80, kartoniert RM 5.80

Hier schreibt ein edler Sohn und Nachfahre des preußischen Klassizismus, nicht ohne die Resignation, die dem echten Preußen immer zu eigen war trotz der Liebe zu Tat und Werk, von hoher Gesinnung und reiner Wahrhaftigkeit, ein protestantischer Idealist, dem der andersgeartete, der süddeutsche Mensch, seine Achtung, ja seine respektvolle Verehrung nicht vorenthalten kann. Münchener Neueste Nachrichten

Die Botschaft des Ostens

Fascismus, Nationalsozialismus und Preußentum.

Von **Carl Dyrssen**. Ganzleinen RM 4.30, kartoniert RM 2.85

Die Fragen, die heute jeden Deutschen zutiefst beschäftigen, werden hier beantwortet aus einem so gründlichen geschichtlichen und weltphilosophischen Wissen heraus, daß dieses Buch für jeden einen starken Eindruck bedeutet. Schließ'sche Zeitung, Breslau

Landschaftliche Politik

Von **Otto Weber-Krohse**. Steif kartoniert RM 3.80

Hier wird zum ersten Male bis in seine Konsequenzen hinein ein Neubau des Reiches gezeigt, der die heute in oft unnatürlichen staatlichen Grenzen neutralisierten landschaftlichen Kräfte wieder frei macht. Lüneburger Tageblatt

Sie erhalten die Bücher durch die

Hier abschneiden und einsenden:
Buchvertrieb-Gesellschaft m. b. H.
Berlin-Schmargendorf · Postfach

- Von der Buchvertrieb-Gesellschaft Berlin-Schmargendorf · Postfach erbitte ich
- ☐ Moeller van den Bruck: Ewiges Reich. Leinen — Kart.
 - ☐ Moeller van den Bruck: Preussischer Stil. Leinen — Kart.
 - ☐ Dyrssen: Botschaft des Ostens. Leinen — Kart.
 - ☐ Weber-Krohse: Landschaftliche Politik. Kart.
- Name: _____
- Anschrift: _____